

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis 3.30 Mk., vierteljährlich 11.10 Mk., halbjährlich 20.40 Mk., jährlich 39.60 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Solenelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeinwohlige Inserate und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleins Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abdruckt täglich außer Montags.

Fürstenblut und Bürgertränen.

Mord bleibt Mord, einerlei ob er an einem König von Portugal oder an einem Häuptling der Hereros begangen wird, von gemieteten Briganten oder von einem wohlbestallten Henker im Namen des Gesetzes. Das ist der Grundsatz, zu dem sich die moderne Zivilisation durchgerungen hat, zu dem selbst an dem schlimmsten Verbrecher nicht mehr Vergeltung üben, Rache nehmen zu müssen glaubt, sondern nur ihn unschädlich machen und eventuell bessern will. Weshalb denn auch die „Kreuz-Zeitung“ es bitter bedauert, daß man die Mörder des Königs Carlos nicht würde köpfen können, da dort die Todesstrafe abgeschafft sei. Ob das „Berliner Tageblatt“ dies Bedauern teilt, ist nicht recht klar. Andererseits ist es jetzt bekannt, daß die sozialistischen wie die liberalen Parteien Rußlands eine eifrige Agitation für die Abschaffung der Todesstrafe betreiben. Wenn das russische Volk in die Lage kommen sollte, über seinen Kaiser zu Gericht zu sitzen, kann man demnach mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß man sein Leben schonen und versuchen wird, ihn zu einem nützlichen Bürger heranzubilden. Das wäre auch politisch das Klügste. Denn die Erfahrungen Frankreichs mit Ludwig Capet sowohl wie die Erfahrungen Preußens in Hannover haben gezeigt, daß man mit einer Dynastie am ehesten fertig wird, wenn man ihr das Vermögen entzieht. Nimmt man einem Fürstentum das Haupt, so setzt es neue Häupter auf; wenn es aber kein Geld mehr hat, so geht sein Gottesgnadentum sicher flöten.

Wir fordern also nicht, wie einst die Bourgeoisie, „Tyrannenblut“. Allein, ob Fürstenblut, ob auf der Straße vergossenes Blut des Volkes, das Blut hat in unseren Augen das gleiche spezifische Gewicht und den gleichen moralischen Wert. Wir machen hier keinen Unterschied, und das unterscheidet uns von der bürgerlichen Menschenfreundlichkeit. Das Mitgefühl der Bourgeoisie entwickelt sich in umgekehrten Verhältnis zu der sozialen Pyramide: es ist tief unter dem Gefrierpunkt gegenüber den breiten Volksmassen, wo die Not und das Leid am größten sind; es erwärmt sich in dem Maße, wie die soziale Schicht sich verdimmt, und erhält eine Fieberglut auf den Höhen, wo die Fürsten stehen.

Zugleich hat uns der harte Kampf der Zeit gelehrt, Handlungen auf politischem Gebiet auch dann, wenn wir sie politisch oder moralisch verurteilen, politisch zu bewerten. Mag auch eine Tat an und für sich sinnlos oder verriecht sein, so bleibt doch, wenn sie wichtige politische Folgen nach sich zieht, die Frage übrig: wie kommt es, daß eine Verriechtheit zu einem politischen Ereignis hat auswachsen können? Wie berechtigt diese Frage ist, dafür gibt die Haltung der „Kreuz-Zeitung“ eine vorzügliche Illustration. Die „Kreuz-Zeitung“ benutzt die Gelegenheit, um neue Anarchistengesetze, größere Machtbefugnisse der internationalen politischen Polizei zu verlangen. Nun steht aber schon jetzt soviel fest, daß dieser politische Mord mit dem Anarchismus am wenigsten zu tun hat! Doch selbst abgesehen davon! Hat denn nicht gerade die Geschichte Spaniens und Portugals eklärt, daß die Polizei mit dem Anarchismus nie fertig werden kann? An politischen Verfolgungen und Brutalitäten scheinlichster Art hat es dort sicher nicht gefehlt — der Anarchismus ist aber dadurch nicht eingedämmt, sondern umgekehrt großgezogen worden. Gehen wir nun aber weiter, von der Polizeitaktik zur allgemeinen politischen Taktik hinüber. War denn der politische Mord in Portugal das Ergebnis eines Uebermaßes von Freiheit? War er nicht vielmehr die Folge der politischen Diktatur? Will man keine Vogelstrauchpolitik treiben, so ord man sich nicht mit moralischer Entrüstung behelfen, sondern aus diesen Zusammenhängen wichtige politische Lehren ziehen. Die Macht des modernen Staates besteht darin, daß in kompliziertes Gebilde mit mannigfaltigen Funktionen ist, innerhalb dessen sich das gesellschaftliche Leben abspielt. Diese ganze Mannigfaltigkeit der Organisation der Funktionen wird durch die Diktatur, die in einer Hand vereinigt, außer Betrieb ist. Die Diktatur hebt de facto den Staat auf und findet die omnipotente Regierungsgewalt oben ihre Stütze in anarchistischen Zuständen unten. Das ist in Portugal, das ist in Rußland der Fall! Da die öffentliche Tätigkeit der politischen Parteien inhibiert so entwickeln sich politische Sekten, Verschwörergruppen, entsteht ein Guerillakrieg ohne Maß und ohne Wahlmittel. So schafft diese wahnwitzige Unterungspolitik sinnlose Zustände, unter denen Handlung, die an und für sich irrational ist, sich noch künstlich zweckmäßig erweisen kann. Wie eben jetzt in Rußland. Denn man mag sich noch so sehr auf den Kopf stoßen, daß die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß dieser Königsmord fürs erste zum Sturz der Diktatur Franco geführt hat.

Das andere, was uns von der Bourgeoisie unterscheidet, auf dem Gebiet der Moralität ist. Der Gegensatz zwischen der Gutmütigkeit des König Carlos

und der Brutalität der Diktatur verschärft nach unserem Empfinden die Tragik der Situation. Tausende schrien nach Brot, Tausende lagen im Staube, aber über dem Elend, dem Jammer, über den Leichen und den brennenden Wunden des Volkes schwebte mit glückselig behäbigem Lächeln diese — mit den Worten des „Berl. Tagebl.“ — „übermäßig beleibte Gestalt“ und bekam rosige Backen! So waren die Gegensätze und wir scheuen uns nicht, sie tatsachengetreu darzustellen. Ein anderes aber ist es, wenn man, wie das „Berliner Tageblatt“, erst ein brühwarmes Mitgefühl mit dem König ostentativ zur Schau trägt, um ihn gleich darauf, mit traurigem Munde und listig zusammengekniffenen Augen, sich als Horkshirer Schweinchen zur Verlesung des Publikums vorzuführen. Dafür haben wir kein Verständnis.

Nicht nur reaktionäre Blätter wie die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tagesztg.“, die am liebsten in Deutschland selbst eine Diktatur Franco einführen möchten, sondern auch liberale Zeitungen wie die „Post-Ztg.“, die „National-Ztg.“ finden selbst jetzt noch Worte der Rechtfertigung oder der Anerkennung für das Regime Franco. Wir können nicht in das gleiche Horn blasen. Francos Art, mit der Beamtenkorruption fertig werden zu wollen, ist nicht neu. Sie wird ebenso gut in China wie in der Türkei wie in Rußland angewandt. Da wird gelegentlich irgend ein Satrap oder Minister mit den weitesten Vollmachten ausgerüstet, um Musterung zu halten und die Korruption zu beseitigen. Wie eine Windbraut jagt dann dieser Diktator durch das Reich, segt durch die Kanäle und wirbelt eine Menge Staub auf. Nach kurzer Zeit ist die Staubschicht so dick wie vorher. Was wir wollen, ist etwas ganz anderes; wir wollen eine Organisation des Staats und politische Zustände, die die Korruption nicht aufkommen lassen!

Wenn wir das alles in Erwägung ziehen, so kommen wir zum Schluss, daß wir keinen Grund haben, angesichts der Ereignisse in Portugal, dem Freisinn gleich, uns die Augen zu reiben, um Tränen fließen zu lassen. Wir überlassen der Bourgeoisie gern ihren rührseligen Fürstenschmerz, mag er sich gleich bei seinem internationalen Charakter zu einem Welt-schmerz auswachsen.

Anti-Modernismus.

Die sonderbaren Glaubensstreiter, die mit einer ihrer sonstigen Natur ganz fremden Verwegenheit gewagt hatten, die Enzyklika „Pascondi domini“ des Papstes zu kritisieren, fallen vor dem Drohen der römischen Kurie einer nach dem anderen heidenmütig um. Nachdem jüngst der Professor für Kirchengeschichte an der Universität Straßburg und päpstliche Hausprälat Ehrhard in der „Königlichen Volkszeitung“ seine eigenen Ausführungen bedauert und sich als überzeugter Anti-Modernist bekannt hat, kommt jetzt auch auf Befehl des Erzbischofs von Bamberg der Pfarrer Würzberger von Klausheim und widerruft feierlich, was er vor kurzem geschrieben hat. Er erläßt in der „Augsb. Post-Zeitung“ eine öffentliche Erklärung, in der er seine Angriffe gegen die Enzyklika und die daran anknüpfenden Bemerkungen mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurücknimmt und damit die Versicherung verbindet, daß ihm jeder Angriff auf das katholische Dogma und die kirchliche Autorität ferngelegen habe. Auch beklagt er es „schmerzlich“, daß seine Ausführungen Aergernis erregt hätten.

Jetzt fehlt nur noch, daß auch Herr Dr. Joseph Schniber, Professor der katholischen Dogmengeschichte an der Universität München, seine Kritik in der „Internationalen Wochenschrift“ widerruft. Zwar hat er sich so scharf gegen das Treiben des römischen Alerus ausgesprochen, daß er nicht revozieren kann, wenn er sich nicht lächerlich machen will, aber vielleicht kommt er, gestärkt durch den Heiligen Geist, doch zur Ansicht, daß die Lächerlichkeit der Exkommunikation vorzuziehen ist. Selbst wenn Herr Professor Schniber widerruft, bleiben jedoch seine Ausführungen über die eigenartige Wissenschaftlichkeit der römischen Kurie interessant. So heißt es z. B. in seinen Darlegungen:

„Schon jetzt hat daher die Enzyklika, das kann sich niemand verhehlen, dem Ansehen der katholischen Wissenschaft erheblich geschadet; nur Männer, die vom wissenschaftlichen Betrieb unserer deutschen Hochschulen keine Ahnung haben, konnten auf den Gedanken kommen, Forscher und Forscherin in unerträgliche Fesseln zu schlagen und die innere Gebundenheit ins Ungemessene zu steigern, die den tiefsten Grund der schweren Krise bildet, in der sich die katholische Wissenschaft befindet.“

Doch mit dem Gefühl des Argwohnes, mit dem man den theologischen Fakultäten begegnet, eine gewisse Wertschätzung und Geringschätzung der Wissenschaft überhaupt Hand in Hand geht, ist begreiflich und nicht zu bestreiten. . . .

Es wähnt, die Wissenschaft kommandieren zu dürfen wie die Rauchsahträger. Für wissenschaftliche Ueberzeugungstreue geht ihm vollends jedes Verständnis ab. Von ihrem Standpunkte aus kann die römische Kirche ein inneres Verhältnis zur Wissenschaft überhaupt nicht haben. Ihrer Lehre gemäß vom Heiligen Geiste geführt und erleuchtet, erfreut sie sich ja ohnehin längst des Vollbesitzes der göttlichen Wahrheit. Sie weiß daher von vornherein alles Bessere, ist über allen Irrtum

erhaben und von menschlicher Wissenschaft und Gelehrsamkeit so wenig abhängig, daß sie, sie allein, den Prüfstein und Maßstab aller Wissenschaft abgibt und den Wahrheitsgehalt aller, nicht etwa nur der theologischen, sondern sogar der profanen Forschung nach der Uebereinstimmung mit ihren Lehren bestimmt. Der Gelehrte mag forschen, jahre-, jahrzehntelang; der römische Monsignore entscheidet, so wenig er von der Sache verstehen mag. Und das mit Recht. Denn der Gelehrte will und soll ja nur ermitteln, was Wahrheit ist; der Monsignore stellt fest, was kirchlich ist.“

Viel weiter als der Professor Ehrhard und der Pfarrer Würzberger geht übrigens die ehrsame „Germania“ in ihrem heftigen Bestreben, sich vor den Augen Roms zu rehabilitieren und sich als das verirrte Schaf hinzustellen, das sich in einer schwachen Stunde durch den Teufel Vitru dazu hat verleiten lassen, die Ehrhardschen Ausführungen abzurufen. Sie veröffentlichte schon am Sonntage einen vier Spalten langen Artikel des antimodernistischen Professors Dr. Heiner in Freiburg (Breisgau), daß Herr Ehrhard die päpstliche Enzyklika gegen den Modernismus ganz falsch verstanden habe, denn innerhalb des Dogmengebäudes der katholischen Kirche gestatte diese völlig freie Forschung. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Ehrhard fordert Anerkennung des Rechtes der theologischen Forschung, sich auf allen Gebieten der theologischen Wissenschaft zu betätigen“. Aber wo ist eine solche Betätigung unterstellt, wenn sie sich innerhalb der kirchlichen Dogmen hält? Nicht deshalb ist der Modernismus verurteilt, weil er wissenschaftlichen Fortschritt durch mehr Geschichte, Kritik usw. auf den theologischen Gebieten wollte und erstrebte, sondern weil er seine natürlichen Grenzen überschritt, das Dogmengebäude der Kirche untergrub und an den ewigen Fundamenten des Christentums rüttelte. Man verwechselt doch nicht das Objekt der Diskussion! Die Enzyklika richtet sich nicht, wie Ehrhard fälschlich behauptet, gegen die „historisch-kritische“ Theologie als solche, sondern nur gegen jene modernistische, die völlig absieht von dem göttlichen Charakter der Offenbarung, sowie überhaupt des Christentums, und die falschen Grundsätze des Agnostizismus, sowie des Evolutionismus auf dem Gebiete der Theologie überträgt.“

Freie Forschung „innerhalb des Dogmengebäudes“; ein prächtiger Karnevalswitz. —

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission zur Vorberatung des Reichsvereinsgesetzes beriet in der Sitzung am Mittwoch eine neue als § 2a beantragte Bestimmung, wonach gegen die durch die Polizei erfolgte Auflösung eines Vereins ein Rechtsweg im ordentlichen Gerichtsverfahren geschaffen werden soll. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) hatte einen Antrag gestellt, nach welchem die ordentlichen Gerichte in solchen Fällen als Rechtsinstanz gelten sollten. Da die Regierungsvertreter aber diesen Antrag bekämpften, so zog der geordnete Vorkämpfer ihn zurück und brachte dann in Verbindung mit seinem Vorkämpfer Dietrich (kons.), Junk (natl.) und Kolbe (sp.) folgenden neuen Antrag ein:

„Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden.“

Die Auflösungsbestimmung kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, und wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung angefochten werden. Die endgültige Entscheidung über die Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.“

Abg. Lehner (3.) nahm den zurückgezogenen freifinnigen Antrag sofort wieder auf.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu diesem Gegenstand folgenden Antrag eingebracht:

Auflösungen von Vereinen können von dem Inhaber des Ortes der Verammlung und von dem Unternehmer des Verbandes durch Beschwerden der vorgelegten Behörde angefochten werden. Die Frist zur Beschwerde beträgt 14 Tage und ist von der Zustellung des Bescheides an zu berechnen.

Gegen die Entscheidung in der Beschwerdeinstanz kann der Beschwerdeführer innerhalb zwei Wochen die Klage erheben. In Staaten, in denen ein Verwaltungsgerichtsverfahren besteht, finden auf diese Klage die Vorschriften über das Verwaltungsgerichtsverfahren Anwendung, sofern als oberste Instanz die Berufung an ein oberstes Verwaltungsgericht zugelassen ist, das aus unabhängigen richterlichen Beamten besteht und an dem Mitglieder der Verwaltungsbehörden nicht teilnehmen dürfen.

Wo kein solches Verwaltungsgerichtsverfahren besteht, ist die Klage bei der Zivilkammer des Landgerichts zu erheben, gegen deren Entscheidung der Kläger Berufung an das Oberlandesgericht einlegen kann. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts steht dem Kläger die Revision an das Reichsgericht ohne Rücksicht auf die Höhe des festgesetzten Streitwertes zu. Die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Zivilprozessordnung finden auf dieses Verfahren Anwendung.

Die Verwaltungsgerichte und Zivilgerichte sind in keiner Weise an die Entscheidungen der Verwaltungsbehörden gebunden.“

Der Antrag wurde in eingehender Weise vom Genossen Begian begründet, der aus der Praxis heraus die Notwendigkeit eines ordentlichen, unabhängigen Rechtsverfahrens und die Unzulänglichkeit der Normen der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung nachwies, wobei sehr oft die Verwaltungsbehörde die Veranlassung zur Auflösung und damit zur Klage gegeben habe, zum Richter werde

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Der Antrag Zehner, der frühere freisinnige Antrag, wurde mit 12 gegen 16 Stimmen abgelehnt — dagegen stimmte der gesamte Block — und dann der freisinnig-konservativ-national-liberale Kompromißantrag mit allen gegen die drei Stimmen unserer Vertreter angenommen.

Hierauf begann die Beratung des Artikels 3, der von der Annahme der Verfassungen handelt. Dabei erklärte Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, daß die Annahme der öffentlichen Versammlungen notwendig sei, um die Polizei in den Stand zu setzen, die nötigen Maßregeln zu treffen, die im öffentlichen Interesse geboten seien. Jedenfalls solle die Annahme nicht zur Störung oder Behinderung von Versammlungen oder Schlägen benutzt werden. Auch zu diesem Paragraphen lagen eine große Anzahl von Änderungsanträgen vor, zu denen zunächst Abg. Tröger für die Freisinnigen und Abg. Trimborn für das Zentrum sprach.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Die Ereignisse in Portugal.

Die Regierung läßt noch immer strenge Zensur, die benutzten läßt, daß der Sturz Francos nicht ausreichend war, um volle Verhütung zu schaffen. Das Volk kennt die Korruption der monarchistischen Parteien zu genau, um von ihrer Rückkehr zur Macht Besserung zu erhoffen. Allerdings scheint das neue Ministerium eingesehen zu haben, daß die Diktatur unmöglich geordnet ist. Es hat eine allgemeine Amnestie verkündet, alle diktatorischen Gesetze abgeschafft und will die politischen Gefangenen freilassen. Die Kugeln, die den König getroffen haben, haben auch der Gewalt Herrschaft ein Ende gemacht.

Ueber das Attentat und seine Urheber fehlen noch immer genauere Nachrichten. Doch ist es jetzt schon sicher, daß die ersten Meldungen, die die Attentäter als ausländische Anarchisten oder gedungenen Mörder bezeichnet haben, unwahr waren. Die Polizei hat, als das Attentat geschehen war, vollkommen den Kopf verloren und blindlings in die Menge hineingeschossen. Dabei wurden gänzlich Unbeteiligte getötet, die dann die Polizei als Königsmörder ausgegeben hat. Einer dieser „Königsmörder“, Dacosta mit Namen, war bei einem Zuhälterhändler angeheiratet, dessen Geschäft in der Nähe des Tatories gelegen ist, und sein Prinzipal erklärt eidlisch, er habe ihn wenige Minuten vor dem Morde zur nahe Post geschickt, um Briefmarken zu kaufen. Das allein habe seine Anwesenheit auf dem Tatorie veranlaßt.

Ebenso unschuldig sind die drei Personen, die nach dem Königsmord verhaftet und von der Polizei schwer verletzt wurden. Sie mußten bereits freigelassen werden. Es ist daher nur mit Vorsicht anzunehmen, wenn aus Lissabon heute gemeldet wird, es sei der Polizei nunmehr gelungen, drei Personen zu verhaften, die an der Ermordung des Königs unmittelbar teilgenommen haben. Wir geben noch folgende Depeschen wieder:

Neue Kämpfe?

Lissabon, 5. Februar. Das Blatt „O Mundo“ berichtet aus Lissabon: Trotz scheinbarer Ruhe gäre es überall. Man besorgt, daß Arree und Maxine sich an den Unruhen beteiligen werde. Die Republikaner erinnerten daran, daß der jetzige Kabinettschef Ferreira gelegentlich einer Reuterlei, die seinzeit auf dem „Banco da Caria“ und dem „Dom Carlos L.“ ausgebrochen war, sein Versprechen, die Reuterer zu begnadigen, nicht gehalten habe. Weiter berichtet das Blatt, daß die Aufwiegelung der Bevölkerung in Portugal tatsächlich den Republikanern zuzuschreiben sei.

Die Stellung der Republikaner.

Lissabon, 5. Februar. Der Führer der Republikaner, Machado, erließ im „Seculo“ eine Erklärung, woraus hervorgeht, daß die Partei die Verantwortung für die Gewalttat gegen den König und den Thronfolger entschieden ablehnt. Die Tat sei der Siedehitze der Leidenschaft entsprungen, welche durch die Diktatur und ihr Walten hervorgerufen worden sei. Die Parteileitung habe bisher Mäßigkeit gehalten, die überhöhten Temperaments in Schranken zu halten. — Amara erklärte in einem Interview: Unser Land hat schon genug gekostet, wir wollen ohne Blutvergießen zum Siege kommen. Der friedliche Weg ist zwar vielleicht etwas länger, aber unser Ziel bleibt bestehen und erwartet uns, indes wir uns stärken und vorbereiten.

Das Memeler Denkmal.

Von Ludwig Thoma.

Im Lärm des Garden-Prozesses ist die Aufmerksamkeit von einer anderen Prozedur abgelenkt worden, die viel größere Beachtung verdient als der süße Rutil-Standal. Zu Königsberg in Preußen wurde am 4. Januar 1908 der Schriftsteller Rardwald wegen Majestätsbeleidigung und Verleumdung des Memeler Denkmal-Ausfühlers zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil — in jedem Kulturstaate unmöglich, in Rußland vielleicht denkbar — ist im heutigen Preußen ein typisches Beispiel.

Und ein sehr lehrreiches. Es weist uns Sündensünden die Notwendigkeit, auf der Gut zu sein, die Kultur unserer Reichspflege vor Preußen zu schützen und scharfe Wacht zu halten gegen die sich ständig wiederholenden Angriffe auf unsere Freiheit. Die Zeit mag bald kommen, da alle süddeutschen Regierungen, alle Volksvertreter ohne Unterschied der Parteien unsere intakte Reichspflege zu schützen haben werden. Das erste Erfordernis ist absolutes Mißtrauen gegen jede Anbiederung der preussischen Regierung.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, welche lächerliche Komödie die versprochene Wälderung des Majestätsbeleidigungsparagraphen bedeutet. Man kann es nur bedauern, wenn das demokratische Süddeutschland diesen Entwurf dem Staatssekretär nicht vor die Füße wirft, und nicht rund und nett ausspricht, daß unsere Bestimmungen wie unsere Institutionen und solche Gnadenbeweise verachten lassen.

Den Jagstaken, welchen die Unabhängigkeit des Deutschen Reich immer noch den Blick für die Notwendigkeiten eines Kulturstaates trübt, wollen wir diesen Prozeß Rardwald vor Augen führen.

Am 23. September 1807 wurde in Memel ein Denkmal für die Königin Luise enthüllt.

Hundert Jahre nach dem erbärmlichsten Zusammenbrüche, den die europäische Staatengeschichte kennt, suchte man in Preußen das Bedürfnis, wie allem und jedem, so auch den Jenseitserlehnungen ein Denkmal zu errichten. Natürlich wollte man nicht einen von den vielen Kapitalisationsfreudigen Generalen verewigen. Man wählte die Idealfigur der Königin Luise, deren Bedeutung

Der Schuldige.

Madrid, 5. Februar. Das Blatt „Geraldo“ berichtet, daß der progressivste Dissident Alpuin aus Lissabon geflohen und am 30. Januar in Spanien eingetroffen ist. Alpuin erklärte, die Ermordung des Königs und des Thronfolgers sei die Folge eines spontanen Ausbruches der Volkswut ohne Intervention einer Partei: der Hauptschuldige sei Franco. Die Regierung werde stürzen, wenn sie nicht sehr freiheitlich regiere. Portugal habe bewiesen, daß es sich nicht wie eine Schafherde leiten lasse.

Franco.

Paris, 5. Februar. Aus Lissabon wird gemeldet: Das „Diario Illustrado“, das Blatt der Regeneratoren-Partei, veröffentlicht die von Franco ausgehende Erklärung, daß Franco sich vollständig und endgültig aus dem politischen Leben zurückziehe.

Die Neuwahlen.

Lissabon, 4. Februar. Ministerpräsident Ferreira will die Neuwahlen für die Cortes im April stattfinden lassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar 1908.

Militärische Nachlese.

Aus dem Reichstage. Heute endlich raffte sich der Stellvertreter des Kriegsministers, General Sixt v. Armin zu einer eingehenderen Verantwortung der kritischen Ausstellungen an der Militärverwaltung auf. Natürlich fand er in vielen Worten alles in schönster Ordnung. Mit schönem Feuer bezeichnete er die Kommandogewalt des obersten Kriegsherrn als die Grundlage der ganzen Heeresverwaltung.

Das trug ihm ein Lob erster Klasse aus dem Munde des Herrn v. Oldenburg-Januschau ein. In seinen Reden bekommt man den ostüblichen Junkergeist unverwässert, ungeduldet zu kosten. Auch heute wieder schmetterte er im Jarde-Dialekte seine haherfüllten Angriffe auf die Sozialdemokratie hervor. Das Verhalten der Fraktion bei der Kundgebung des Präsidenten wegen der Lösung des Königs von Portugal zeige, daß man die Sozialdemokratie „nicht mit Schokolade behandeln“ dürfe.

Genosse Jubel erwiderte dem Oldenburger prompt, daß er wohl Lust verspüre, als starker Mann die Rolle des Franco in Deutschland zu spielen. An Franco selbst habe es sich aber wieder einmal deutlich gezeigt, daß solche Männer in der Nacht wohl der größten Bestialitäten fähig seien, daß sie aber in der Stunde der Gefahr es sehr eilig hätten, ihre kostbare Haut in Sicherheit zu bringen. Dann wies Jubel an der Hand einer Fülle von Einzelfällen nach, in wie hohem Maße auch heute noch Mißhandlungen beim Militär vorkämen.

Aus der weiteren Debatte ist eine zweite Rede des Abg. Haensler besonders beachtenswert, der bei seinem sachverständigen Urteil über die Möglichkeit, die Dienstzeit der Kavallerie um ein Jahr abzukürzen, durchaus stehen blieb.

Dann kam es zur Abstimmung über die vielen Resolutionen. Hier mag nur hervorgehoben werden, daß die sozialdemokratische Resolution auf Verabreichung der Dienstzeit für alle Mannschaften auf ein Jahr abgelehnt wurde. Dafür erhoben sich nur die Sozialdemokraten.

Antisozialpolitik im Junkerhause.

Im Dreiklassenhause war am Mittwoch die Beratung des Delbrück-Etats bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung angelangt. Es war zu erwarten, daß die aus dem Reichstag herausgewählten national-liberalen Scharfmacher Deumer und Hilb sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, unter dem im voraus verbürgten Beifall der Junker ihrer scharfmacherischen Schleifsteinweherei zu fröhnen. Deumer wiederholte die durch diese ewigen Wiederholungen nicht gewinnende Redensart vom Automobiltempo in der Sozialpolitik, und sang das auch nicht gerade neue Magedel über die „Belastung der Unternehmer“. Deumers Fraktionsfreund Woly schimpfte über das viele Injuzieren, wodurch den Arbeitern das Verantwortungsgesühl abgenommen werde, und Herr Hilb entrißte sich über die öffentliche Abstimmung der Knappschafvertreter bei den geseiterten Dorimunder Verhandlungen. Das gewählte Körperschaften in der ganzen Welt öffentlich abzustimmen pflegen, sofern es sich nicht um Wahlen handelt, scheint dem

in der absoluten Bedeutungslosigkeit ihres Herrn Gemahls bestand.

Es wird erlaubt sein, über die verstorbene Königin so und so zu denken.

Ihre Eigenschaften als Gattin und Mutter waren sehr gute. Sie interessieren uns aber nicht; ja, sie interessieren auch ihre Zeit nicht. Denn was gehen diese familiären Tugenden den Dritten an? Tugenden, welche sie mit einigen Hunderttausenden Frauen teilte? Bemerkenswert ist nur die Rolle, welche die Königin in öffentlichen Angelegenheiten gespielt hat.

An der Seite eines jungen, talentvollen Mannes wäre sie nie herorgetreten, denn sie hatte kein großes Licht auf den Scheffel zu stellen.

Nun fand sich aber für sie die Möglichkeit, noch außen zu wirken, und es fand sich die Gelegenheit.

Die Möglichkeit war Friedrich Wilhelm III., und die Gelegenheit war der greiole Zusammenbruch eines verfaulten Staatswesens.

Vor 1806 ist von einer Wirksamkeit der Königin Luise wenig zu hören.

Entweder sah sie die Dinge nicht, welche um sie herum geschahen, und welche den Bau des großen Friedrich so vollständig unterwühlten, oder sie ließ sie geschehen.

Sie nahm mit dem Herrn Gemahl vergnügt das Geschenk an, welches ihnen das „Lorsche Ungeheuer“ mit Hannover machte, empöte sich dabei wohl ein bißchen, wie der Emporkömmling mit den allerbesten Familien Ursprung, vertraute aber sonst auf den lieben zünftigen Ritter, der am Sarge Friedrichs Theater gespielt hatte, und vertraute auf die unüberwindliche Armee Preußens. Dabei drückte sie wie ihr Herr Gemahl die Augen zu, wenn die Soldaten viehisch mißhandelt wurden, oder wenn die Herren Gardeoffiziere das bürgerliche Rad anlegelten.

Anno sechs begann sie eine Rolle zu spielen. Eine wenig reizvolle.

Sie protegierte die Kriegspartei am Hofe und gehörte zu den Zuberzählischen, welche von der frederigianischen Armee Wunderdinge erwarteten.

Als die Gardeoffiziere ihre Säbel vor der französischen Gefandtschaft wechten, sandten sie für ihr mutvolles Verhalten vermuthlich auch bei ihrer Königin ein gütiges Räbeln.

Man weiß, daß Napoleon sich in einem Bulletin ziemlich wegwerfend über die preussische Amazone geäußert hat.

In den Schulbüchern steht, daß er die edle Königin beleidigt habe. Doch hat er nur einem Gefühl Ausdruck verliehen, welches zwei Menschenalter später so heftige Angriffe gegen die Kaiserin Eugenie hervorrief.

westfälischen Vermagnaten unbekannt zu sein. Immerhin hat er etwas wie Konsequenz. Seine Entrüstung über die öffentliche Abstimmung der Knappschafvertreter hat seinen einst so unerschütterlichen Glauben an die Vortrefflichkeit der öffentlichen Wahl für das Abgeordnetenhaus ins Wanken gebracht. Die Junker waren wenig zufrieden mit dieser Konsequenzmachelei ihres Bruders im Scharfmacher; wo es ihm in den Kram paßt, weiß der Junker, der sich sonst so gern auf den steinigen Herdspielt, sich mit Konsequenzen trefflich abzufinden. Dagegen jubelten die bescheidenen Freisinnigen der Belehrung des Saulus in einen Paulus wie einem welthistorischen Ereignis zu.

Im Lande der Blinden ist bekanntlich der Einäugige König, und die maj- und sinnlosen Scharfmacheren der National-liberalen erlaubten dem Geschäftsführer der Hirsch-Dunderschen, dem Abgeordneten Goldschmidt, als fortgeschrittener Sozialpolitiker aufzutreten. In dem Hause der Selbstadlereronen erscheint Hirsch-Dunderscher Talmi-Trade-Unionismus als das alleräußerste Maß zulässigen Radikalismus.

Der Zentrumabgeordnete Bruß, dem seine eigenen christlichen Gewerkschaftsbrüder mehr als einmal mindestens sahrlässige Preisgebung der wichtigsten Arbeiterinteressen nicht bloß vorgeworfen, sondern schwarz auf weiß nachgewiesen haben, gewann es auch diesmal nicht über sich, den Scharfmachern mit etwas wie Energie entgegenzutreten. Ganz bescheiden berief er sich auf den Reichstagsabgeordneter, Schokoladenindustrius und Keimchwärmer Strefemann, um sich die Erlaubnis zu einem bescheidenen Zweifel an der von Deumer mit hohen Tönen gepriesenen Syndikatsvortrefflichkeit zu erkaufen. Einem so anspruchlosen angeblischen Arbeitervertreter können auch Junker und Scharfmacher einen kleinen Gefallen tun, und so nahmen sie dann einen harmlosen Antrag an, der Erhebungen über die Wirkungen der Antiknappschafnovelle verlangt. Was bei solchen preussischen Erhebungen herauszukommen pflegt, weiß man ja.

Der Rest der Sitzung wurde von meist recht belanglosen Lokalschmerzessklagen ausgefüllt. Der Zentrumabgeordnete Busch trieb ein bißchen Hugelappensozialpolitik und forderte Ferien für die Arbeiter in den Staatsminen.

Am Donnerstag kommt der Etat der Bauverwaltung heran.

Die Zudersteuer.

In der Kommission wurde bekanntlich ein konservativer Antrag, der die Genehmigung der Brüsseler Zuderkonvention von einer Ermäßigung der Zudersteuer von 14 auf 10 M. abhängig machte, mit allen Stimmen gegen die der Freisinnigen angenommen. Die Regierung wollte diesem Antrage nicht zustimmen und küßte mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, das in letzter Zeit, wie es scheint, von der Regierung wieder mehr regarbiert wird, Verhandlungen an. Diese haben auch zum Ziel geführt. Man einigte sich dahin, daß die Parteien die Regierungsvorlage ohne Zusatz annehmen, daß dagegen gleichzeitig ein Gesetzentwurf eingebracht wird, welcher die Ermäßigung der Zudersteuer von 14 auf 10 M. zum Gegenstand hat. Diese Ermäßigung soll jedoch erst eintreten, sobald durch andere Steuererlasse die erforderlichen Erlageinnahmen des Reiches geschaffen sind.

Die bürgerlichen Parteien haben sich also wieder einmal den Befehlen der Regierung gefügig erwiesen. Es ist damit aber nicht nur die Zudersteuerherabsetzung verschoben, sondern die Regierung erhält damit gleichzeitig ein Kompensationsobjekt für die Finanzreform. Wir hören jetzt schon die liberalen Entschuldigungsreden, sie müßten für die neuen indirekten Steuern stimmen, damit die Regierung die Zudersteuer herabschne. Deshalb muß bereits heute gesagt werden, daß die bürgerlichen Parteien es sind, die der Regierung dieses PreSSIONSMittel in die Hand gegeben haben. —

Zur freisinnigen Wahlrechtsaktion.

die am letzten Sonntag bei Duggenhagen stattfand und in der brutalen, hausknachtsmäßigen Hinausbeförderung eines harmlosen jugendlichen Zwischenrufers ihren dramatischen Höhepunkt erreichte, sendet und der tafräftige Mittel der freisinnigen Versammlungs-„Freiheit“, Herr Schöler, eine angeblische Richtigkeitstellung. Der torpulsive Herr mit den hervortragenden entwidelten Fähigkeiten eines Kadetkafeporiers nimmt sich heraus, unsere Darstellung des Sachverhalts in der Sonntagversammlung als „im wesentlichen unrichtig“ zu bezeichnen. Er beruft sich darauf, daß er sich schon von Anfang an als Ueberwachender der Versammlung gegen erwartete sozialdemokratische Störungen gefühlt und deshalb im Hintergrunde des Saales Platz genommen habe. Aber der vorrichtige Herr hat in seinem Berichtungsbeifer übersehen, daß auch hinter ihm noch Leute gesehen haben, und diesen ist gerade er durch sein Verhalten und durch seine provozierenden Zwischenrufe gegen die angeblischen „Sandal-

Dem Gefühle, daß Frauen nicht kriegerisch sein sollen.

Nach Jena begann die Leidenszeit, welche und in diesen Bildern und langweiligen Anelboten geschildert worden ist.

Langweilig für jeden, der die Leiden eines tüchtigen Volkes erster nimmt als familiäre Kübrigkeit.

Uebrigens fand Friedrich Wilhelm III. in den herzergreifenden Zuständen seines Memeler Aufenthalt noch immer Gelegenheit, seine heimliche Natur auszuleben und die großen Reiter seines Volkes mit mißtrauischen Cuengeleien zu verägen.

Wenn es der königlichen Familie damals auch nicht allzu gut ging, so hatte sie es immer noch besser als die Mehrheit ihrer Untertanen vor Jena.

Und besser, als die Reiter Preußens nach Leipzig und Baderloo.

Es gibt wohl verschiedene Arten, geschichtliche Begebenheiten zu beurteilen, obwohl Tatzachen eine zwingende Logik besitzen sollen.

Eine Art ist die kindliche. Sie besteht darin, über Schuld und Vergeltung hinweg grobe Ereignisse als Kübrüde zu behandeln.

Die fortgesetzte Gesichtsäußerung hat aus dem Zusammenbrüche des preussischen Staates eine larmoyante Hohenzollerntragödie gemacht.

Eine ihrer wirksamsten Szenen ist die berühmte Tilsiter Begegnung. Königin Luise als Wittstellerin vor Napoleon.

Für sich ist die Szene nicht von ergreifender Teaurigkeit. Der Sprung vom hochtrabenden und unbegründeten Stolz in die Stimmung, welche ein Unabengesuch bedingt, ist unsympathisch; die Stellvertretung des Mannes, der überdies König war, in einer solchen Situation, ist bescheiden.

Die Vorstellung, daß von der Nührung eines Napoleon irgend etwas zu erreichen war, ist nicht überwältigend.

Die Hilflosigkeit des Staates konnte vor der Welt nicht stärker kloppeligi werden als durch diesen Versuch der Königin, der oben drein ausfichtlos war.

So bedeutet nur den kindlichen, welche des Volk als Familie und den König als Papa betrachten, jene Tilsiter Begegnung das Schmerzlichte in Deutschlands Erniedrigung.

Wer über das Hörsche und Persönliche wegsieht, kann zu der hartberzigen Meinung kommen, daß die Königin wie ihren Mann, so auch das System vertrat, welches mit Zug und Recht geschlagen worden war.

Zum Glück für Preußen lebten in Memel neben dem Königs-paar einige Männer, welche diese Wahrheit begriffen und den Staat von innen heraus kurierten.

Die volkstümliche Historie erzählt wenig oder nichts über die

mäher" schon lange vorher aufgefallen. Diese Leute haben den Zwischenfall von Anfang bis Ende genau beobachtet. Sie finden die Darstellung des "Vorwärts" in der Dienstagnummer noch milde, da sie die empörenden Einzelheiten der freisinnigen Hausknechtsbetätigung und den besonderen Anteil des Herrn Schäler daran mit Stillschweigen übergeht. Es kann gern nachgetragen werden, daß ungefähr ein Dutzend freisinniger Gelder unter Führung des Schäler an den Tisch stürzten an dem der harmlose Zwischenruf gefallen war; daß die Gelder dort im wütendsten Rasenstößen und mit rotglühenden Schälern den Zwischenrufer anführten; daß dieser sich bereitwillig erhob und zum Wehen aufschied, was aber den freisinnigen Hausknechten augenscheinlich zu lange dauerte, so daß sie sich plötzlich ohne weiteren Grund in brutaler, widerlicher Weise lässlich an dem jungen Manne vergrißen; daß sie ihn unter Anwendung aller ihrer Leibeskräfte hinter seinem Tische hervorzogen; daß sie ihn, als er sich in berechtigter Notwehr gegen die rohen Angreifer sträubte, von allen Seiten schoben und stießen und durch die Reichen der mannhafte zuschauenden freisinnigen Versammlungsteilnehmer zerrten; daß insbesondere Herr Schäler dem jungen Manne noch an der Tür des Saales einen Stoß verleihte, der seine hervorragende Verherrlichung der Reduktion des Hinauswerfens in übertrafender Weise bekräftigte. Sollte Herr Schäler in seinem abwechselungsreichen Dasein einmal mit der Schriftstellerserei nicht mehr vorwärts kommen, so braucht er nicht zu verzagen: ein Mann von seinen Qualitäten findet sofort Unterstufung in den Reihen der Schynmannschaft oder noch eher der Portiers, die vor den Türen zweifelhafter Lokale schwartend stehen.

Der Herr Schäler konstruiert in seinem Schreiben an uns eine sozialdemokratische Verschwörung, durch die das ruhige Wasserlein der freisinnigen Sonntagsandacht hätte gestört werden sollen. Das ist genau dieselbe dreist aus seinen biden Hausknechtstingern gefoggene Verleumdung wie die weitere Behauptung, daß die Zwischenrufe von Anfang an und planmäßig von demselben Verschwörertrio ausgegangen seien. Zwischenrufe erfolgten von verschiedenen Seiten, bald vorn, bald hinten, bald links, bald rechts, aber keineswegs in turbulenter Weise. Sie wurden im Gegenteil fast sämtlich so zaghaft und leise vorgebracht, wie sie sich vielleicht ein freisinniger Spielbürger erlaubt; im hinteren Teile des Saales waren sie bedächtig auch gar nicht zu verstehen. Es waren ganz bedeutungslose Zwischenrufe, wie sie in jeder größeren Versammlung vorkommen. Die Nervosität der Versammlungsleiter und des Herrn Schäler hätten sie noch weniger zu hören brauchen als die gelegentlichen Weisheitsreden, mit denen das freisinnige Auditorium über die gehässigen Angriffe der Redner gegen die Sozialdemokratie quittierte. Die ganze Affäre zeigt nur, daß die Freisinnigen auch in soweit gehörigem Trabanten des Fürsten Wilow sind, als sie sich seine zweiseitige Haut zugelegt haben: nach links sind sie von einer so mimosenhaften Empfindlichkeit, daß sie schon durch das Summen einer Fliege aus der Fassung gebracht werden; nach rechts haben sie sich mit der Dickfeigkeit eines Rhinoceros gewappnet, weder die Chreie des Herrn Wilow noch die Fußritte ihrer junkerlichen Blodbrüder kränken sie deshalb in ihrer freisinnigen Ehre.

Verletzung freisinniger Grundsätze?

Nicht nur Herr Barth und Herr v. Gerlach sollen wegen mangelnden Respekts vor den Kapazitäten des Freisinn aus der freisinnigen Vereinigung ausgeschlossen werden, sondern auch gegen den der freisinnigen Vereinigung als Hospitanten angehörenden Reichstagsabgeordneten Dr. Neumann-Hofer wird, wie die "Berl. Volksztg." meldet, von seiten gewisser Intrantsigen der freisinnigen Volkspartei ein förmliches Respektreiben veranfaßt, weil er bei der Beratung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstag für den Geschäftsordnungsantrag der Sozialdemokraten gestimmt hat, daß die Debatte nicht abgebrochen, sondern am nächsten Tage fortgesetzt werde. In dem Wahlkreise des Abg. Dr. Neumann-Hofer wird jetzt eine von der dortigen Organisation der freisinnigen Volkspartei, die, nebenbei bemerkt, aus neunzehn Personen besteht, beschlossene Resolution verbreitet, die erklärt, daß Herr Dr. Neumann-Hofer dadurch "die Grundsätze des Freisinn verlegt" habe (!).

Der angegebene Grund erscheint uns schon deshalb als hinlänglich, weil richtige Freisinnige a la Mugdan und Fischel gar keine Grundsätze haben.

Bemogelung der Handlungsgeldhelfen.

Bekanntlich hat die Regierung einen Gesetzentwurf beim Reichstag eingebracht, wonach der § 63 des Handelsgesetzbuches zwingendes Recht erhalten, d. h. daß der Prinzipal nicht mehr das Recht haben soll, mit seinen kaufmännischen Angestellten einen Vertrag abzuschließen, in welchem der Gehälte auf die Weiterzahlung des Gehältes

im Falle seiner Erkrankung verjüngt. Eingehen soll der Prinzipal das Gehalt um die Höhe des Krankengeldes kürzen dürfen. In den Plenarverhandlungen des Reichstags vom 11. und 13. Januar erklärten die Redner sämtlicher Parteien, daß sie dem Abzug des Krankengeldes nicht zustimmen würden, weil der Gehälte während seiner Erkrankung größere Geldausgaben habe als in gefunden Tagen und dann auch, weil ihm das Gehalt ja auch nur sechs Wochen lang bezahlt werde, während die Krankheit häufig länger dauere. Das klingt sehr mutvoll und mancher Handlungsangestellte mag schon in dem Glauben an die Ehrlichkeit der gesonnenen Melden die Aenderung der Regierungsvorlage in seinem Interesse als sicher angenommen haben. Die nationalliberalen Kommissionsmitglieder ließen denn auch schon, bevor noch die erste Sitzung stattfand, einen entsprechenden Antrag. Wie vorausgesehen war, erklärte sich die Regierung mit aller Entschiedenheit gegen die Aenderung, und nun begann für die bürgerlichen Parteien die Sorge, ihren von vornherein in Aussicht genommenen Umfall nach außen als notwendig erscheinen zu lassen. Das scheint ihnen einige Schwierigkeiten zu bereiten. Die zum 31. Januar festgesetzte zweite Sitzung der Kommission wurde auf Mittwoch, den 5. Februar, und diese wiederum noch in letzter Minute auf acht Tage später verlegt. Die Regierung will, so verlautet jetzt, die Vorlage zurückziehen, wenn sie annehmen muß, daß sie keine Mehrheit findet. Das ganze steht einer mit den Blockparteien vereinbarten Komodie sehr ähnlich, denn es ist hundert gegen eins zu wetten, daß man jetzt erklären wird, lieber nehmen wir die Regierungsvorlage an, ehe wir den heutigen Rechtszustand mit seiner zweierlei Judikatur weiter bestehen lassen. Natürlich ist das zum mindesten Selbstbetrug, denn den Kommissionsmitgliedern ist wohl bekannt, daß nach dem heutigen Stand etwa 98 Prozent der Angestellten von einer Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches im Sinne der Regierungsvorlage einen erheblichen Nachteil haben würden.

Verfassungsbrech in Preußen.

Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 2. Februar cr., sollte in Liependorf, einem Orte im Kreise Friedeberg, eine Versammlung unserer Partei stattfinden. Es war gelungen, den Wirt zur Hergabe seines Lokales zu bewegen. Vor Jahren hatte im selben Ort schon mal eine Versammlung stattgefunden, später stand und das Lokal nicht mehr zur Verfügung.

Die Versammlung wurde angemeldet, worauf der Amtsvorsteher dem Einberufer folgendes Schreiben übermittelte:

Reuteich, den 30. 1. 08.

„Die Volksversammlung am 2/2. 08 in Liependorf wird nicht genehmigt, da Zwed und Fischel nicht benannt ist.“

Der Amtsvorsteher, Acherleben ist sein Name, ist also dermaßen gesegensduldig, daß er annimmt, er habe eine Versammlung zu genehmigen. Weil Zwed und Fischel (Herr A. schreibt "Fischel") nicht benannt ist, verbietet er sie einfach. Auf telegraphische Beschwerde beim Landrat wurde der Amtsvorsteher eines Besseren belehrt und er erteilte die Anmeldebefreiung. Zu gleicher Zeit erließ er aber an den Wirt — der seinen Saal hergab — folgenden Erlaß:

Reuteich, d. 30./1. 08.

Erlaube Ihnen die Volksversammlung am 2/2. 08 nicht abhalten lassen zu wollen.

Der Amtsvorsteher

Acherleben.

Durch dieses Schreiben, das der Mann in seiner amtlichen Eigenschaft zeichnete, hat er sich unbedingt eines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt schuldig gemacht. Das heißt der gute Herr auch selbst empfunden zu haben, da er das Schreiben mit geheim (sogar doppelt unterlirichen) bezeichnete.

Beide Schriftstücke zeigen wieder, wie es mit dem Versammlungsrecht in Preußen bestellt ist. Gäßen sich unsere Genossen oder der Wirt einschüchtern lassen, wäre die Versammlung unmöglich gewesen.

Gegen die Zigarrenbanderole.

Am Dienstag tagte in Berlin eine vom „Deutschen Zigarrenhändler-Bunde“ einberufene, überfüllte Versammlung, die zur Frage der geplanten Zigarrensteuer auf Rauch-, Kau- und Schnupftabak Stellung nahm. Der Reichstagsabgeordnete Böhle, der von Beruf Zigarrenhändler ist, ging in über einstündigem Vortrage näher auf die zur Verhandlung stehende Materie ein. Nachdem in der Budgetkommission wiederum einige hundert Millionen Ausgaben bewilligt seien, trete nun natürlich für die Regierung die Deckungsfrage in den Vordergrund. In erster Linie solle da der Tabak herhalten. (Stürmischer Protest.) Es sei aber nicht möglich, diese geplante Steuer durchzuführen, ohne Tausende

trages größte, der einem Gneisenau mißtraute und nach den schmuckvollen Karlsbader Beschlüssen die Jugend seines Landes in Achtung warf, der Mann, der in der Rot eine Verfassung versprach und im Blut sein Wort zurückgab, ist abgetan.

Die Anklagechrift der Geschichte wird durch die Tränen der Königin Luise nicht verwaschen, und ihre laute Mahnung geht im Lärm einer Enthüllungsfest nicht unter. Wen sollte meinen, daß das Preußen von heute stark genug ist, um die Wahrheit über sein Unglück von 1807 zu ertragen.

Zu der Tat haben sich vor der allersorgreichsten Entwicklung Preußens verschiedene Historiker freimütig äußern dürfen. Nach dieser glücklichen Periode ist es anders, und nach 1888 ist es noch schlimmer geworden. Heute haben Liebedeiner das Wort.

Das höchlichste ist, daß die Wahrheit nicht autoritativ plump unterdrückt wird, sondern daß man unter Wahrung der äußerlichen Formen des Rechtes illegale Offenheit und Gefinnung befreit.

Der Artikel der Königsberger „Volkszeitung“ vom 21. September 1907 brachte nur geschickliche Reminiszenzen, welche unanfechtbar sind. Dabei waren beschimpfende Worte vermieden; die Keuherung Humboldts war mit Quellenangaben zitiert.

Aber Kardinal hieß die Remeler Denkmalsentheilung eine Tragikomodie und sprach von der „Schandfäule“ von Remel. Diese Bezeichnung ist nicht in schamendem Sinne gemeint, denn das Monument stellt eine zerbrochene Schandfäule dar, und jedes konservatorische Blatt hatte den gleichen Ausdruck bei untertänigster Schilderung des Kunstergewisses gebraucht.

Nun erhob man Anklage nicht etwa wegen Verleumdung der in Gott ruhenden Königin Luise oder des ebendasselbst befindlichen Königs Friedrich Wilhelm III., sondern man fand eine ausfallsreichere Unterlage.

Man sagte: wenn ein Denkmal beleidigt wird, welches der Kaiser enthält, so ist damit der Kaiser beleidigt.

Logisch ist das ja nicht. Aber logisch muß es auch nicht sein. Also wurde das Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet und sängemäßig zu Ende geführt.

Das Ende war eine Gefängnisstrafe von fünfviertel Jahren für den Verfasser des Artikels.

Dieses Urteil erging ein Jahr nach jenem hochherzigen Erlasse, welcher die Milderung im Majestätsbeleidigungsverfahren zusicherte.

Wir Süddeutschen betrachten diese Hochherzigkeiten und Gerechtigkeiten aus der Vogelperspektive.

von Existenzen, Arbeiter, Händler usw. wirtschaftlich zu vernichten. Um diese 40%, Millionen Reingewinn, die man sich aus der Steuer verspreche, zu erzielen, wolle die Regierung über Leichen gehen. (Stürmischer Beifall.) Es müsse daher alles aufgegeben werden, um die abermalige Belastung der wirtschaftlich ohnehin so schwachen Schultern zu verhindern. Die Schaffung einer straffen Organisation sei daher unumgänglich. (Langanhaltender Beifall.) Die schlagenden Argumente des Redners machten auf die Versammlung ersichtlich einen tiefen Eindruck. Auch die Debatte gestaltete sich außerordentlich anregend. Alle Redner sprachen sich, in teilweise sehr scharfer Form, gegen die geplante Steuer aus. Zum Schluß gelangte eine Protestresolution an die Adresse des Reichstages einstimmig zur Annahme.

Sie trauen sich nicht.

Die Maßregelung von Barth und Gerlach ist der freisinnigen Reaktionsgemeinschaft zunächst nicht gelungen. Die freisinnige Vereinigung scheint gegen die Gebote der Fischel und Barthide noch einige Widerstandskraft zu besitzen. Aber aufgehoben ist nicht aufgehoben; die Angelegenheit wurde dem auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen eingeleiteten gemeinsamen Ausschuss der drei linksliberalen Parteien zugewiesen. Wir finden dies sehr richtig, weil dadurch der Ausschuss und das ganze Wesen der sogenannten liberalen Einigung sehr deutlich gekennzeichnet werden. Diese liberale Einigung hat nämlich nur den Zweck, die wichtig demokratischen Elemente durch die Mugdons, Fischels und Barthides zu majorisieren, und wenn sie sich das nicht ruhig gefallen lassen wollen, hinauszuswerfen. Und diese liberale Einigung war der politische „Königsgebäude“ Raumanns!

Zur Entartung des Freisinn.

Die Jenaer Freisinnigen und Liberalen hatten auf Sonntag, den 2. Februar gemeinsam eine Versammlung einberufen, um zu der Wahlrechtsreform in Sachsen-Weimar Stellung zu nehmen. Die Versammlung war jedoch in der Hauptsache von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei besucht, nur etwa zwei bis drei Duzend liberale und freisinnige Kämpfer hatten sich eingefunden. Nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Polz-Weimar wurde eine Resolution vorgelegt, die für den sachsen-weimariischen Landtag das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderte. Diesen Antrag bewilligten unsere Parteigenossen, um mit den Freisinnigen eine sächsische Abrechnung zu halten. Es wurde den Herren nachgewiesen, daß die beiden freisinnigen Vertreter am 16. Februar 1906 im weimariischen Landtag gegen den Antrag der Sozialdemokratie auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts gestimmt haben und man deshalb keinen Sozialdemokraten mehr zumuten könnte, zu glauben, daß es den Freisinnigen und Liberalen mit dieser Forderung ernst sei. Der Referent erklärte darauf, daß die freisinnigen Abgeordneten nur aus dem Grunde gegen den Antrag gestimmt haben, weil gleichzeitig gefordert worden sei, daß auch alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen das Wahlrecht erhalten sollten. Eine solche Forderung ginge den Freisinnigen zu weit. (!) Unsere Parteigenossen gingen natürlich bei ihren Ausführungen auch auf die Blockpolitik und die Wahlrechtsdebatten im preussischen Landtag und im Reichstag ein und beantragten schließlich eine Resolution, die für den sachsen-weimariischen Landtag sofort die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung forderte. Zugleich war in der Resolution den freisinnigen Abgeordneten im preussischen Landtage und im Reichstage die schärfste Mißbilligung über ihr zweideutiges Verhalten anlässlich der Wahlrechtsdebatten ausgedrückt. Diese Resolution wurde von den freisinnigen und liberalen Herren unterschlagen, man ließ sie trotz des Protestes nicht zur Abstimmung bringen. Alle demokratischen Prinzipien wurden über Bord geworfen, man verließ einen Gewaltstreik. Die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer verließen darauf den Versammlungssaal, etwa zwei bis drei Duzend Blodbrüder verduht dreinschauend zurückzulaufen.

Unser „Platz an der Sonne“.

Von unserer kostspieligen asiatischen Kolonie Kiautschow entwirft Dr. Rudolf Schachner von Tsingtau aus folgendes Bild:

„Unser teurer Besitz im gelben Meere! Als was war er gedacht, als Stützpunkt der Kriegsmarine oder als Handelskolonie? Als jener hat er seine Bedeutung verloren, als dieser noch keine erlangt. Es ist heute nichts als eine Kaserne mit Truppen, die man bei stürmischen Wirren in 24 Stunden nach Tientsin bringen kann. Gegen 3000 Mann Besatzung sind das ganze Rückgrat des wirtschaftlichen Lebens, für ihre Häuser werden Ziegel gebrannt, sie geben den Handwerklern Beschäftigung, Bierbrauer, Fleischer und Bäcker leben von ihrem Bedarf, und die dicke Schaar von Sommergästen, die am sanften Strande baden, sind auch nur zugezogen, da sie in einem deutschen Städtchen sich heimischer fühlen, als sonstwo im asiatischen Osten. Für das Militär und jene Mühsiggänger sind breite Prachtstraßen nach allen Richtungen gezogen, und es ist nicht zu lächeln, wenn Franzos in einem Ausfluge in kürzester China von einem von großen Gesichtspunkten aus für Jahrzehnte aufgestellten Bedarfsplan spricht, für den man die Hauptstraßen sich hartnäckig erkämpfen läßt. Für Wiesbadens Umgebung könnten diese nicht schöner gedacht werden, weit genug, um das Militär in breiter Reihe marschieren zu lassen. Fußgängerlich mit Cuabereinfassung und Cuaberrinnen, ein Meißel, Monolithen auf der abschüssigen Stelle, Laternen in kurzen Abständen, Musterstraßen für den fernem Osten, kaum irgendwo sonst zu finden. Ein Jahrhundert wird ihre Seiten nicht bebauen, ihre Fläche nicht bebelen...“

Die letzte Hoffnung, die sich an Tsingtau anknüpft, ist ja noch sein Ausblick als Handelsplatz mit Vollendung der Schantungbahn. Heute ist der Handelsplatz leer, nur der subventionierte Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, der alle fünf Tage eintrifft, bringt mit seiner dürftigen Ladung für wenige Stunden Leben auf den Landungsplatz. In Wild und Stillschweigen begegnet uns seit Jahr und Tag noch ein anderer Dampfer, der meist im großen Hafen vor Anker liegt, um dort einen Charterprozeß seines Eigentümers mit der russischen Regierung abzuarbeiten; er gibt dem Bericht zu tun, zahllos Dampfer, die aber sonst ein toter Gast. Als jüngst einmal zufällig 5 Dampfer sich im Hafen „drängten“, hat man, wie man sich in Tsingtau misgelaun erzählt, schnell eine Photographie gemacht, um sie dem üblichen schon gefärbten Bericht für den Reichstag beizulegen.“

Und dieser Sonnenplatz hat uns über hundert Millionen gekostet; ja einschließlich der Kosten für den China-Kreuzzug weit über dreihundert Millionen Mark!

Fußangel wehrt sich.

Johannes Fußangel, der ehemalige Zentrumsabgeordnete, ist ein zäher Geselle; er denkt nicht so ohne weiteres den Platz zu räumen, von dem ihn die lebenden Zentrumskreise und seine lieben Kollegen von der ultramontanen Prekonditionierung so gern verdrängen

Stellung, welche Königin Luise zu den Reformen Steins und Hardenbergs einnahm.

Ein wahrheitsgetreuer Bericht würde kaum auf die Tränen drüsen der hingebenden Untertanen wirken.

Die Königin wollte sich nicht in die Lage finden, welche die Verarmung des Landes geschaffen hatte.

Die blutigen Notgroßen, welche für allernotwendigste Hilfeleistungen bestimmt waren, wollte sie zu einer Reise nach Petersburg verwenden, und als Stein das Ansuchen entrüstet zurückwies, setzte sie die Entlassung des unbequemen Ministers durch. Seine Kämpfe sind wie die Leiden Hardenbergs unendlich größer und wichtiger als die Familienschmerzen, welche in Remeler Königszimmern ausgehört wurden.

Viele Jahre später hat Hardenberg einmal bitter gesagt, der Mut, den er gegen Verdächtigungen und Intrigen beweisen mußte, stünde vielleicht höher als der Mut, den man zum Erstürmen einer Batterie aufwenden müsse. Alexander v. Humboldt oder sogar von der Königin Luise, sie sei „selbstständig, verschlagen und verstedt“. Man hat allen Grund, patriarchalische Lügen zu zerstreuen.

Legenden sind schädlich, auch wenn sie mit dem Beiworte „fromm“ herausgehüpft zu werden pflegen. Sie machen die Lehren der Geschichte unrichtig.

Wer daran zweifelt, mag die Rede nachlesen, welche Kaiser Wilhelm II. bei der Enthüllung des Remeler Denkmals gehalten hat.

Er versicherte der aufstrebenden Festversammlung, daß nur Mangel an Frömmigkeit die Niederlagen von 1806 und 1807 herbeigeführt habe.

Es wäre recht bedauerlich, wenn diese Auffassung preussischer Gemeingut würde, denn sie könnte zur Wiederkehr der schädlichen Zustände von damals führen.

An Frömmigkeit, falscher und ehter, hat es nicht gefehlt.

Aber ein Staat, in dem jede freisinnige Regierung ersüßt wurde, in dem alle guten Kräfte einigen Privilegierten zuliebe lahm gelegt waren, mußte der Siegfried des jugendlichen Preussens erliegen.

Stein und Hardenberg hatten ihrem Volke besseres zu geben als Frömmigkeit.

Freilich wurden ihre Namen bei der Remeler Enthüllungsfest verdrängt. Dafür mußte der Familientradition zuliebe ein Friedrich Wilhelm III. als Gesundheitskuraturieren.

Vor der Geschichte ist dieser König, der für das simple Gefühl des Dankes so klein war, abgetan. Der Mann, der nach Waterloo Arndt abschießte, Zahn einsperzte, Schleiermacher überwaschen ließ, der Post zeitweilig wegen des Tauroggerer Ver-

mühen. In Gasse bei Hagen, wo ihm neulich von tapferen Zentrumsmitgliedern eine Verammlung gesprengt wurde, haben seine Anhänger einen neuen katholischen Verein gegründet, der sich „Vereinsverein, katholischer Bürger- und Arbeiterverein“ nennt und die Förderung katholischer Lebens- und Wiens auf allen Gebieten, insbesondere auch auf politischem und sozialpolitischem Boden im Sinne des Zentrums zum Zweck hat. In der „Fudangelschen“ „Westdeutschen Volkszeitung“ heißt es dazu: „Verleger Fudangel, der auf den Wunsch der Begründer des Vereins erschienen war, um die Sache in die richtige Bahn zu lenken, teilte mit, daß auch an anderen Orten Vereinsvereine mit dem gleichen Programm in der Gründung begriffen seien. Er erörterte auch die Möglichkeit, diese Vereine zu einem Verbande zu vereinigen.“ — Wenn der Kampf der zwei Zentrumsrichtungen in Hagen so fortgeführt wird, wie er jüngst mit der Sprengung der Fudangelschen Verammlung eingeleitet hat, dann wird man aus der Geschichte dieses ultramontanen Bruderkampfes noch recht angenehme Dinge hören. —

Aus einer kleinen Garnison.

Der 24 Jahre alte Leutnant Kochmann vom 8. Kaiserlichen Chevauleger-Regiment hat sich in Dienste erschossen. Die Ursache des Selbstmordes ist ein Liebesverhältnis, das Kochmann mit der Gattin eines Offiziers vom gleichen Regiment hatte. Als Kochmann zum Duell gefordert wurde, verübte er Selbstmord. —

Oesterreich.

Gegen die Junkerpolitik Preußens.

In dem österreichischen Delegationsauschuß ist gestern von Seiten der Regierung gegen die Politik der preussischen Regierung Stellung genommen worden. In Vertretung des Ministers des Aeußern erklärte Baron Call, daß Oesterreich der deutschen bzw. preussischen Regierung bekannt gegeben habe, daß Oesterreich in der Frage der von Preußen beabsichtigten Einführung von Schiffsabgaben an den geltenden Uebereichten mit allem Nachdruck festzuhalten gesehen sei.

In der Tat widerspricht ja die von den preussischen Junkern propagierte, verkehrseindliche Politik der Schiffsabgaben den internationalen Verträgen. Nicht minder wichtig ist, daß die Regierung Oesterreichs, der unsere Genossen in dieser Frage das Gewissen geklärt haben, endlich gegen die schmachvolle, arbeiterfeindliche Politik Preußens gegen die ausländischen Arbeiter Front macht. Sie kann das um so eher, als die Kontraktfaberri, die die preussische Regierung durch den Legitimationszwang einführen will, den Handelsverträgen direkt widerspricht. Baron Call teilte mit, daß die österreichische Regierung der preussischen ihre Bedenken über die Forderung, daß den Arbeitern an der Grenze deutsche Legitimationspapiere ausgestellt werden, bereits mitgeteilt habe; die Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Bezüglich der Massenandrangweisungen kroatischer Arbeiter aus Deutschland erklärte der Redner, daß aus den Informationen der diplomatischen Vertretungen hervorgehe, daß die Nachfrist von der Ausweisung von 100 kroatischen Arbeitern aus Gelsenkirchen erfuhrden sei. Tatsächlich seien nur etwa 15 Kroaten wegen Arbeitsmangels entlassen worden, worauf etwa 20 Arbeiter die Arbeit freiwillig niedergelegt haben. Die Bezeichnung Kroaten sei am Rheine nur ein Sammelname für fremdsprachige Arbeiter.

Rußland.

Die Todesstrafe für Stössel.

Gegen Stössel, den heldenhafteu Verteidiger Port Arthur, den Befehl der höchsten preussischen Ordens pour le mérite, hat in der Verurteilungsverhandlung vor dem obersten militärischen Gerichtshof der Oberstaatsanwalt die Todesstrafe beantragt. Dieselbe Strafe verlangte er auch für Stössels Mitkuldige, die Generale Kod und Reib. Der Staatsanwalt wies Stössel läge, Fälschung und Feigheit nach. Er habe unter Umständen kapituliert, in denen das Gesetz keine Kapitulation kennt. Durch ihre Handlungsweise hätten sie die Armee getäuscht. —

Marokko.

Der heilige Krieg.

Tanger, 4. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Fünftausend Mann haben gestern Marakesch verlassen, um in den heiligen Krieg zu ziehen.

Fes, 4. Februar. Die heimliche Verbreitung einer maurischen Zeitung aus Tanger, die für Abdul Kwis eintritt und die Propagation Mulay Hafids als ungültig bezeichnet, hat hier große Aufregung hervorgerufen. Man fährt fort, den heiligen Krieg zu predigen. An Mulay Hafid ist nochmals ein Brief mit der dringenden Bitte abgesandt worden, nach Fes zu kommen.

Paris, 5. Februar. Ueber Tanger wird aus Casablanca berichtet, daß Oberst Pontegourd auf Befehl des Generals d'Amade mit einer Expedition nach Jamit-Almassi gesandt wurde. Der Oberst überrumpelte die Kavallerie und griff sie an. Es kam zu einem heftigen Gefecht. Die Franzosen zerstörten alle in der Umgebung befindlichen Niederlassungen. Hierauf erfolgte ein neuer Angriff seitens der Marokkaner, welche mittlerweile Verstärkungen erhalten hatten. Bei diesen Kämpfen fielen 500 Marokkaner. Die Franzosen waren eine Zeitlang stark bedrängt und feuerten 700 Granaten ab. Der Kampf dauerte bis Mittag; hierauf erhielten die Franzosen Verstärkung seitens der Küstenkolonnen.

Gewerkschaftliches.

Der Notstand der Statistik.

Die Fischbed und Freund, wie ihre journalistischen Helfershelfer sind weiter bemüht, die Not der Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen, indem sie dieselbe leugnen. Herr Fischbed erklärte im Berliner Stadtparlament die Zahlen der Berliner Gewerkschaftskommission für wertlos, weil eine Nachprüfung der Zählung im Jahre 1901 angeblich Differenzen ergeben habe. Die Arbeitslosenzählung, von welcher er sprach, war eine Zählung in den Metallwarenfabriken Berlins, wobei nach der damaligen Angabe des Kühnemänner-Verbandes einige hundert weniger arbeitslos sein sollten. Behauptungen von dieser Seite sind natürlich für Herrn Fischbed Beweise.

Die darauf folgende wichtigere allgemeine Arbeitslosenzählung, die unter Leitung eines Statistikers vom Statistischen Amt der Stadt Berlin vorgenommen wurde und das Ergebnis von 59 638 Arbeitslosen für Berlin und 77 051 mit den Vororten ergab, wurde von ihm gewissenhaft ignoriert. Seine Worte waren dieselben, mit welchen er damals die Arbeitslosen abschüttelte.

Auch Herr Dr. Freund übte damals die Manöver wie heute.

Prüfen wir nun einmal die Zahlen, welche man uns als „wertlos“ bezeichnet, nach, so sehen wir, daß diese Zahlen größtenteils aus der fortlaufenden Arbeitslosenzusammenstellung des paritätischen Arbeitsnachweises, dem Herr Dr. Freund vorsteht (!), stammen!

Das „wertlos“ trifft also in erster Linie Dr. Freund und seine Arbeitsnachweistatistik!

Leider hat auch der Vorkieher des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sich zu ähnlichen Aeußerungen hinreißten lassen.

Daselbe Amt, welches seit Jahren von derselben Stelle sein statistisches Material bezieht und noch vor wenigen

Wochen einem Vertreter der Gewerkschaften gegenüber erklärte, daß die Berliner Gewerkschaftskommission die einzige Stelle sei, woher das Statistische Amt brauchbares und gutes Material bekäme. Alle anderen Organisationen hätten verjagt! (Wie ist Ihnen, Herr Goldschmidt, der Sie ja auch das Material als minderwertig bezeichnen?)

Aber auch früher schon ist dieselbe Kommission wegen Lieferung brauchbaren statistischen Materials zu den Haushaltungsbudgets öffentlich belächelt worden.

Seit Jahren arbeitet das Statistische Amt mit der Kommission zusammen und mit einem Mal soll deren statistisches Material wertlos sein?

Herr Fischbed, das haben Sie sich wohl nicht recht überlegt, oder Sie waren wieder einmal schlecht informiert.

Der Herr Stadtverordnete Nathan hat Herrn Fischbed im Stadtverordnetenkollegium richtig geantwortet: So lange die Stadt Berlin auf diesem Gebiete nichts leistet, haben deren Vertreter kein Recht, sich mißbilligend über die Erhebungen anderer Körperchaften zu äußern. — Dies um so weniger, fügen wir hinzu, wenn von der anderen Stelle verjagt worden ist, mit den in Frage kommenden Instanzen zusammen einwandfreies Zahlenmaterial herbeizuschaffen.

Berlin und Umgegend.

Geldsucht oder Schwindsucht?

In Wildwest von Berlin, in der Pariser Straße, sollte eine Verammlung des „Pauhandwerkerbundes von Groß-Berlin“ stattfinden. Herr Dr. Nathanson wollte einen Vortrag über „Zweck und Ziele der gelben Gewerkschaften“ halten. „Man muß der Sachkenntnis wegen auch mal bei den Gelben vorsprechen“, dachten wir und einer unserer Berichterstatter machte sich auf den Weg. Er fand die „Verammlung“ in dem Hinterhüßchen eines kleinen Bierlokals, wo im günstigsten Falle zwei Duzend Personen Platz finden konnten. Immerhin mangelte es nicht an Raum, denn es kam nur ein knappes Väterduzend zusammen. Nachdem diese sich vorn im Bierlokal lange genug herumgedrückt hatten, begaben sich 6 oder 8 Mann in die „Versammlungshalle“, wo sie vom Vorstand lebnuläßig erwartet wurden. Später kamen noch einige hinzu. Unser Berichterstatter wollte auch hinein, als er sich aber als Zeitungsmann zu erkennen gab, wurde ihm erklärt, das sei „nichts für die Presse“. Man schloß sich offenbar am wohlsten unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Im Organ des Herrn Rebins, dem „Dund“, war eine große Anzeige erschienen und man hätte bei der sonstigen rührigen Agitation der Gelben immerhin eine kleine Verammlung erwarten können, aber es kamen weniger Leute zusammen wie zu einem Jahlabend des kleinsten Bezirks unserer Genossen. — Ob Herr Dr. Nathanson sich aufgeopfert und noch gesprochen hat, oder ob er „Zweck und Ziel der Gelben“ für sich behielt, wissen wir nicht. Nur daß eine solche gelbe Bewegung wirklich nichts Inypolantes bietet, das wurde und klar.

Die Differenzen in dem Stickerbetriebe Hugo Herz, Alte Jakobstr. 88, sind durch Verhandlungen zugunsten der dort Beschäftigten beseitigt. Die Firma hatte es fugeweise vorgezogen, den Forderungen ihrer Angestellten gerecht zu werden, ehe es zur Arbeitsniederlegung kam. Mögen sich die anderen Stickerbetriebe hieran ein lehrreiches Beispiel nehmen.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Handlungsgehülfeu und -Gehülfeinnen Deutschlands konnte im Jahre 1907 einen erfreulichen Mitgliederzuwachs feststellen. Zu Beginn des Jahres 1907 zählte der Verband 6892 Mitglieder, am Jahreschlusse aber 8194 (nämlich 3631 männliche und 4563 weibliche). Das ergibt einen Reinzuwachs von 1502 Mitgliedern, der um so höher zu veranschlagen ist, als der Verband seine Mitglieder ja nicht nur im Kampfe gegen die Prinzipalpolitik zu werben hat, sondern gegen die Gleichgültigkeit und den Ständebüßel der eigenen Kollegen kämpfen muß. Während andere Verbände dem Ständebüßel der Handlungsgehülfeu schmeicheln, um leichter Mitglieder einzufangen, erblüht der Zentralverband seine Aufgabe darin, die Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage aufzuklären und sie zu überzeugten Mitstreitern zu erziehen. Wenn im neuen Jahre jedes Mitglied seine Pflicht tut und nach Möglichkeit hilft die Reihen verstärken, dann wird der Verband am Schlusse des neuen Jahres einen noch größeren Zuwachs verzeichnen können als im verfloffenen Jahre 1907 und die Mitgliederzahl in das zweite Rehniaufend hineinwachsen.

Wie man Dividende macht!

In den „berühmten“ Siemens'schen Glasfabriken zu Dresden und Döhlen reicheten die Arbeiter folgende Forderungen ein: 1. Jehnständige Arbeitszeit einschließlich der Pausen; 2. Abschaffung des Einträgerlohnabhühens vom Lohne des Glasmachers; 3. Gleiche Mietsentschädigung auf halbe wie auf ganze Arbeitsplätze; 4. Bezahlung schlechten Glases, gesprungener und geschmolzener Flaschen. Außerdem wurde für die Hohlglasmacher u. a. gefordert, daß die Arbeitsstunden, die auf das Hafeneintragen verwendet werden, mit 40 Pf. pro Stunde entschädigt werden.

Es ist interessant, einiges aus der Begründung wiederzugeben, die in zwei großen Glasmacherverfammlungen von den Verbandsfunktionären und von Arbeitern der Glasfabriken gegeben wurden. Man kann daraus ersehen, was heute noch in Großbetrieben in der Nähe einer Großstadt möglich ist. Solche Forderungen sollten überhaupt nicht mehr gestellt zu werden brauchen:

In fast allen Glasfabriken besteht heute schon weniger als 11 Stunden Arbeitszeit. Und selbst die ist bei der außerordentlich gesundheitsgefährlichen Arbeit noch viel zu lang. Prof. Dr. Hirt sagt in seinem Werk: „Die Staubinhalationskrankheiten der Arbeiter und die von ihnen besonders heimgeleschten Gewerbe“, daß die Glasarbeiter (Schleifer), die in der Mitte der zwanziger Jahre zu schätzen beginnen, eine durchschnittliche Lebensdauer von 42 1/2 Jahren haben. Wer mit 15 Jahren anfängt, schließt nicht länger als bis zum 30. Lebensjahre. Das Durchschnittsalter der Glasarbeiter beträgt — 33 Jahre. Viele Glasarbeiter sind infolge der furchtbaren Hitze und der dadurch bedingten großen Flüssigkeitsaufnahme magenkrank oder leiden an Krankheiten der Verdauungsorgane.

In folgermaßen bewerteten Betrieben sollte unter keinen Umständen länger wie acht Stunden gearbeitet werden. Bei der Firma Siemens wird heute noch elf Stunden gearbeitet.

Die zweite Forderung: Abschaffung der Bezahlung des Einträgerlohnes durch den Glasmacher ist deshalb umso mehr berechtigt, als bei Siemens die Glasmacher seit der Einführung von Gestellen zum Eintragen nur die halbe Arbeitskraft eines Einträgers gebrauchen — ein Einträger bedient zwei Glasmacher — trotzdem aber jeder einen vollen Einträgerlohn beziehen müssen. Der eine Teil flieht in die Tasche der Firma! Wiederholt sind deshalb Klagen beim Gewerbegericht auf Rückzahlung des zu Unrecht abgezogenen Lohnes eingedrückt worden. Das Gewerbegericht hat sich seinerzeit auch auf den allein möglichen Standpunkt gestellt und die Firma verurteilt. Sie erzielte aber in einer berufungsfähigen Klage vor dem Landgericht ein entgegengesetztes Urteil. Und seitdem wird die fonderbare Praxis unentwegt weiter gelüßt, die von einem Gewerberichter einmal als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet wurde.

Bei der Firma wird die Praxis gelüßt, alle schlechtesten Arbeitsprodukte, auch wenn die Schuld daran nicht an dem Arbeiter, sondern an den unzulänglichen Einrichtungen des

Betriebes liegt, vom Lohn abzuziehen, so daß es manchmal vorkommen kann, daß der Glasmacher wenig oder gar nichts herauskommt. Das ist eine Manipulation, die durch nichts gerechtfertigt ist. Es ist unerhört, daß in diesem Betrieb das ganze Risiko des Betriebes dem Arbeiter aufgebürdet wird.

Die Forderung, daß der Arbeiterauschuß anerkannt wird und aus der freien Wahl der Wahlberechtigten hervorgeht, ist ja im Gesetz begründet. Bisher wurde er als Nichts behandelt. Früher, wo aufrechte Arbeiter die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten suchten, wurden diese einfach gemachregelt.

Hochinteressant ist auch die Forderung, daß das Hafeneintragen pro Stunde mit 40 Pf. bezahlt wird. Bisher bekamen die Hohlglasmacher für diese keineswegs angenehme Arbeit, die sechs Stunden in Anspruch nimmt — 98 Pf. Es ist kein Scharz.

Und dieser Betrieb, in dem solche Forderungen überhaupt noch gestellt werden müssen, verteilte beim vorigen Jahresabschluss 16 Proz. Dividende, für das letzte Geschäftsjahr sind bei 1 200 000 Mark Abschreibungen 18 Proz. Dividende vorgeschlagen!

Ein originelles Mittel, die Gewerkschaften zu bekämpfen, haben die großen schlesischen Textilwerke Reithner u. Kahne erfunden, dieselbe Firma, die im vorigen Jahre für den „Entdecker“ von „Dehern“ eine Bezahlung von 25 Mark aussetzte. Im Sonntag sollte für die Arbeiter der Waldenburger Niederlassung der Firma dort eine Verammlung stattfinden. Darauf erhielt der Fabrikportier Auftrag, an die Verammlungsbesucher auf der Straße Bettel mit folgendem Inhalt zu verteilen:

„Der sozialdemokratische Apostel Frische, Einberufer der heutigen Textilarbeiterverammlung in Waldenburg, wurde gestern bei der Straffammerverhandlung in Hirschberg wegen Beleidigung unserer Firma-Inhaber zu acht Tagen Gefängnis und Tragung aller Kosten verurteilt.“

Ober-Waldenburg, den 2. Februar 1908.
Schlef. Textilwerke Reithner u. Kahne, Abteilung Waldenburg.
Hubert Winkler, Direktor.

Und mit solch kleinlichen Mitteln glaubt man den Vormarsch der Textilarbeiterbewegung aufhalten zu können!

Interessante Zahlen.

Von der Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe in Dresden gibt der Geschäftsbericht der Zahlstelle Dresden des Deutschen Holzarbeiterverbandes ein drastisches Bild. Nach dem Ergebnis der ausgefüllten Jahresfragearten waren im verfloffenen Jahre 1908 Holzarbeiter 54 869 Tage arbeitslos, also jeder von ihnen durchschnittlich 42 Tage. 822 Holzarbeiter waren 27 683 Tage krank, kommen auf jeden 83 1/2 Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurden an Bezugsberechtigte ausgezahlt an 1429 Mitglieder für 18 307 Tage 33 481 M. An Krankenunterstützung an 484 Mitglieder für 9865 Tage 7387 M. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle fiel infolge der schlechten Waukonjunktur, Arbeitslosigkeit, Abreise von 5000 im ersten Quartal auf 4797 am Ende des vierten Quartals. An Verbesserungen wurden von der Organisation erreicht für 1800 Personen (vom 1. Februar 1907 an) 1 Stunde wöchentliche Arbeitszeitverlängerung, außerdem für 1650 Mitglieder eine wöchentliche Lohnerhöhung von 1,70 M. pro Woche. Von 3174 Mitgliedern, die die Fragebogen ausgefüllt haben, waren 1295 = 41 Proz. politisch organisiert, 2295 = 72,1 Prozent Leier der Arbeiterpresse, 1683 = 58 Proz. Mitglieder eines Konsumvereins.

Achtung, Formet! In der Eisengießerei von C. F. Dittes zu Berdau sind Lohnabhüge bis zu 40 Proz. vorgenommen worden. Auch in den übrigen Gießereien Berdau sind Lohnregulierungen angelegt. Die Formet werden darum ersucht, Berdau bis auf weiteres unter allen Umständen zu meiden.

Beigelegter Kampf.

In der gestrigen Verhandlung zwischen Vertretern der Zentralvorstände des Deutschen Senefelder-Bundes und des Verbandes der Buch- und Steindruckereihülfsarbeiter mit dem Verband deutscher Steindruckereibesitzer im Beisein von Münchener Vertretern wurde eine Einigung erzielt. Infolgedessen nehmen in München die Streikenden am Donnerstag resp. Freitag die Arbeit wieder auf und die von seiten der Arbeitgeber in München erfolgten Kündigungen werden wieder zurückgezogen.

Husland.

Die Hafen- und Transportarbeiter Skandinavien's hielten in der verfloffenen Woche im Vollsbaue zu Helsingborg einen Kongress ab, an dem 42 Delegierte aus Dänemark, Schweden und Norwegen teilnahmen. Es wurde die Frage erwogen, ob es möglich und zweckmäßig sei, die in Betracht kommenden Organisationen der drei Länder zu einem gemeinsamen skandinavischen Transportarbeiterverband zusammenzufassen. Dieser Plan konnte jedoch nicht verwirklicht werden, weil die Hafen- und Transportarbeiter in den drei Ländern in Verbänden organisiert sind, die teils eine große Zahl anderer Arbeiter mit umfassen, und dadurch allzu verschiedenartig zusammengesetzt sind. Der Kongress beschloß aber, daß die Organisationen, die ganz oder teilweise aus Transportarbeitern bestehen, bei Lohnkämpfen einander tatkräftig unterstützen sollen, und stellte dafür bestimmte Regeln auf, namentlich die, daß, wenn in einem Hafenplatz von einer der Organisationen die Sperre über Schiffe verhängt wird, diese Schiffe auch in den Hafenplätzen der anderen Länder als gesperrt gelten sollen, soweit die Macht der betreffenden Organisationen dazu ausreicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Krise.

Frankfurt a. M., 5. Februar. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus New York sind bei den Baldwin-Lokomotivwerken in Philadelphia zehntausend Arbeiter entlassen worden.

Harte Zeiten.

Bremen, 5. Februar. (W. T. B.) Nachdem vor längerer Zeit die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, beschloß der Bremer „Bulkan“ nunmehr den Betrieb an den Montagen im Februar und März einzustellen.

Die Erde bebte.

Frag, 5. Februar. (W. T. B.) Gestern 6 Uhr früh erfolgten in Aich zwei ziemlich starke Erdstöße. Gleichzeitig wurde in Graslitz ein anhaltendes Erdbeben verspürt. Heute früh wiederholten sich in mehreren Orten des Erzgebirges, besonders im Graslitzer Bezirke, die Erdstöße in erheblich verhärteter Rage.

Zäher Stimmungswechsel.

Petersburg, 5. Februar. (W. T. B.) Das Schicksal der Flottenvorlage scheint endgültig entschieden zu sein. Aus Beratungen der Parteiführer geht bereits hervor, daß die Vorlage abgelehnt werden wird. Ein Konflikt mit der Regierung soll sich durch die Ablehnung durch die Reichsduma nicht ergeben. Man erwartet, daß das Marineministerium die Vorlage zurückziehen und eine neue einbringen werde, die den Wünschen der Dumamajorität Rechnung trägt.

Ob Nikolaus bei der Königin-Mutter von Portugal in die Schule gehen will?

Reichstag.

95. Sitzung vom Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kommissare. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Heeresverwaltung.

Die Beratung wird beim Titel: Ministergehalt nebst den dazu beantragten, bereits mitgeteilten Resolutionen fortgesetzt.

Abg. Vogt (Holl., wirtsch. Bg.): Die Behauptung, daß die Mehrforderung von 10 Millionen Mark bei der Naturalverpflegung für das Heer eine Folge der Politik ist, ist falsch; denn nur der geringste Teil der Verpflegung wird eingeführt, und überdies sind die Getreidepreise auch im Auslande gestiegen. Schuld ist vielmehr die Bevorzugung der Industrie, wodurch der Landwirt gezwungen ist, teurer zu produzieren. Die Industrie hat uns Landwirten die Arbeiter genommen; es ist notwendig, mit der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat Halt zu machen, damit die Landwirtschaft wieder gleichberechtigt mit der Industrie wird. Die Sozialdemokraten klagen über die Arbeitslosigkeit; ohne den Aufschwung der Landwirtschaft wäre sie noch größer. (Sehr richtig! rechts.) Durch Regelung der Urlaubsberechnung zur Erntezeit kann die Heeresverwaltung den Landwirten entgegenkommen. Aber statt auf die Landwirtschaft nimmt man auf die Wünsche der Offiziersdamen Rücksicht. Ein tüchtiger Soldat erhielt keinen Urlaub, weil die Frau Majorin auf seine Dienste als Jurist nicht verzichten wollte, obwohl sein Vater ihn während der Ernte dringend brauchte. Ebenso sollte man den Soldaten Gelegenheit geben, landwirtschaftliche Kenntnisse zu erwerben, wie es in Bayern bereits geschieht, und wie es unsere Resolution überall fordert. Die Sonntagruhe sollte für die Soldaten strenger durchgeführt werden, vielfach kommt es heute vor, daß Kavalleristen und Artilleristen am Sonntag mit Häufelschneiden beschäftigt werden. — Eingehend wendet sich der Redner gegen die grausame Unsitte, die Pferde zu supieren (den Schwanz kürzen); jeder Besitzer eines supierten Pferdes sollte mit einer erheblichen Steuer belegt werden.

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter Oberst v. Gebtsattel: Die bayrische Heeresverwaltung hat mit den landwirtschaftlichen Fortbildungskursen erst sehr geringe Erfahrungen gemacht; soweit diese reichen, sind sie günstig.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bp.): Nachdem der leitende Staatsmann Ersparnisse beim Heerwesen in sein Programm ausdrücklich aufgenommen hat, können wir von der Heeresverwaltung wohl Erfolge in dieser Richtung erwarten. — Dem Abg. Roske gegenüber bemerkte ich, daß die Freisinnigen die Ausführungen über die Notwendigkeit der Reform des Militärstrafrechts zuerst und schon seit langem in die Form von Anträgen gebracht haben. Leider haben unsere fortgesetzten Bemühungen wenig Erfolg gehabt. Die Mißbilligung der Mißhandlungen seitens der oberen Stellen hilft nichts, ehe wir nicht zu einer materiellen Reform des Militärstrafrechts kommen. Ich habe den Eindruck, daß der oberste Kriegsherr schlecht informiert ist, sowohl über die Soldatenmißhandlungen als über die politische Tragweite dieser Mißstände. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Warum kommen wir nicht weiter? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Weil Ihr schlapp seid! Weiterkeit.) — Wir bedauern herzlich die Krankheit des Herrn Kriegsministers. Wer hätte nicht die vollste Sympathie mit dem Austritte des Herrn Kriegsministers in der Affäre Kollfeshorden? Wir alle doch! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was ich nicht! Große Weiterkeit.) — Der General Sigi v. Armin hatte gar keine Veranlassung, sich gestern über die angebliche Antastung des Militärkabinetts zu entsetzen. (Beifall links.) Wir müssen das Recht des Parlaments gegenüber dem Heere nachdrücklich wahrnehmen. (Lebhafter Beifall links.) In die Kommandogewalt des allerhöchsten Kriegsherrn zu taufen, liegt uns völlig fern. (Natürlich! bei den Sozialdemokraten.) Redner gibt eine Geschichte des Militärkabinetts seit dem Jahre 1800 unter besonderer Veranschaulichung des Geschehens der Kriegsminister v. Kameke und Bronsart v. Schellendorf, die im Kampfe mit dem Militärkabinetts den kürzeren gezogen haben. — Wir haben keine Gefühle verletzt und konnten deshalb erwarten, daß der Vertreter der Heeresverwaltung unserem Freunde Schröder höflicher antwortete. — Die Befugnisse des Militärkabinetts gehen so weit, betreffen unter anderem auch die Angelegenheiten der Militär-

justiz (Lebhaftes Hört! hört! links und im Zentrum), so daß die Frage aufzuwerfen muß: wozu haben wir denn eigentlich noch einen Kriegsminister? (Sehr gut! links.) Das Militärkabinetts müßte dem Kriegsministerium unterstellt werden, das die Verantwortung zu übernehmen hat. Wir erblicken in dem Militärkabinetts den Hauptgegner jeder modernen, großzügigen Reform des Militärstrafrechts. Das Beschwerderecht muß verbessert werden, denn die Ueberspannung der Disziplin untergräbt die Gerechtigkeit. Ferner müssen wir uns dagegen wenden, daß durch gewisse Tricks die Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei Kriegsgerichten ausgeschlossen wird, nicht durch Rücksicht auf die Armee, sondern durch heimliche Rücksichtnahme auf einzelne Personen. Gegenüber dem Kollegen Dr. Mugdan hat der Vertreter des Kriegsministers behauptet, jeder Subalternbeamte könne in ganz Deutschland Reserveoffizier werden. (Lachen links.) In der Theorie ist das richtig, in der Praxis ist es anders. (Sehr richtig! links.) Ebenso hat der Vertreter des Ministers bestritten, daß die Offiziere sich lastenmäßig abhelfen. Damit wird er in weiten Kreisen wenig Glauben finden. Die Klagen darüber werden erst aufhören, wenn die Offiziere sich sagen, daß sie zwar Soldaten sind, aber darum nicht aufhören, Bürger zu sein. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Generalleutnant Sigi v. Armin: Ich muß bestritten, gestern gegen den Abg. Schröder scharfe Ausdrücke gebraucht zu haben; ich habe lediglich betont, daß die unbefristete Kommandogewalt des Königs aufrecht erhalten werden muß. Dasselbe betone ich auch gegenüber dem Abg. Müller-Meinungen. Die Unterstellung des Militärkabinetts unter das Kriegsministerium wäre aber eine solche Beschränkung; deshalb kann von ihr keine Rede sein. (Beifall rechts.)

Abg. Wieland (D. Bp.): Ersparnisse beim Heereswesen, besonders bei der Kavallerie, wären wohl möglich, z. B. durch eine Vereinheitlichung der Uniformierung der Kavallerie. Die Verbesserung des Abg. Bebel nach einer ausgedehnten militärischen Jugend-erziehung kann ich nur unterstützen. Auch die Behauptung des Abg. Bebel, daß in den sechziger Jahren in Württemberg die Dienstzeit für die Infanterie kürzer war als jetzt, ist richtig; trotzdem haben 1870 und 1871 die Württemberger ihre volle Schuldigkeit getan. Wenn die Dienstzeit bei der Infanterie auch nicht auf ein Jahr herabzusetzen ist, so könnte sie doch unbedenklich so weit heruntergesetzt werden, wie sie dasmal in Württemberg war. — Die Erhöhung der Löhne der Mannschaften ist dringend notwendig und ich bitte die Regierung, sie in wohlwollender Erwägung zu ziehen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Oldenburg-Januschau (kons.): Wir stimmen dem Vertreter des Kriegsministers zu, daß die Kommandogewalt des Königs nicht beschränkt werden darf; der Ton des Generals Sigi v. Armin gegen den Abgeordneten Schröder war auch keineswegs erregt, aber wenn es sich um eine Frage handelt, die den Lebensnerv des Offizierkorps berührt, so muß ein General einen energischen Ton anschlagen. (Zustimmung rechts.) Das Verhältnis der Offiziere zum König ist ein persönliches, ein so persönliches, daß auf die Entschuldigungen des Königs gegenüber einem Offizier weder Presse, noch Oeffentlichkeit, noch Reichstag Einfluß gewinnen darf. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon längere Zeit die Ehre, Mitglied dieses hohen Hauses zu sein, und ich weiß, daß der Reichstag notwendig ist (große Weiterkeit), und ich beteilige mich, soweit ich das kann, an seinen Verhandlungen. Als Offizier war ich von der Notwendigkeit der Existenz des Reichstags nicht überzeugt. (Lebhafter Weiterkeit.) Als Leutnant erschien es mir wunderbar, daß 400 Herren sich berufen fühlten, mit meinem alten König und seinem großen Kanzler mitregieren zu wollen. (Schallende Weiterkeit.) Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie Kadeit Rambohr! Seitdem haben sich meine Auffassungen geändert. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber nur wenig! Weiterkeit.) Ueber den Fall Gaebele ist schon genügend geredet. Am 25. wird eine neue Verhandlung stattfinden. Wenn Sie nun meinen, die Richter lassen sich durch Ihre Reden beeinflussen, so sollten Sie dies nicht versuchen; meinen Sie aber, wie ich, die Richter lassen sich nicht beeinflussen, so haben die Reden doch erst recht keinen Zweck. (Weiterkeit.)

Ich möchte dem Vertreter des Kriegsministers als alter Kavallerieoffizier für die Verteidigung der Kavallerie danken, wobei ich nicht Anspruch darauf mache, als Sachverständiger zu gelten. (Weiterkeit.) Ich stehe da ganz auf dem Standpunkte (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Des Generals v. Li-bert!) des Vertreters der Militärverwaltung, daß die alten Offiziere mit den Fortschritten der Technik nicht Schritt halten können. Außerdem

haben schon drei Sachverständige den Abgeordneten Bebel in Verwirrung gebracht; ich will ihn nicht als vierter noch ganz konfuse machen. (Weiterkeit rechts.) Die Erhöhung der Soldatenlöhne würden wir mit Freuden begrüßen. Aber niemand kann dem Soldaten in Geld ersetzen, was er dem Vaterlande geben muß, wenn er zwei Jahre lang den Ehrenrock des Königs trägt. Die Verkürzung der Dienstzeit muß doch einmal eine Grenze haben, sonst kommen wir zur Miliz, die von der Sozialdemokratie nur gefordert wird, weil sie glaubt, mit ihr bessere Geschäfte zu machen als mit unserer Heere. Wenn der Abgeordnete Bebel sich darauf beruft, daß Napoleon schon mit 25 Jahren ein großer Feldherr war, so könnte man ebenogut sagen: Weg mit den Universitäten, alles Blech (Weiterkeit), Newton war Schlofferlehrling und wurde der große Physiker, Frauendörfer war, ich weiß nicht was (große Weiterkeit), und wurde doch der größte Physiker Bayerns. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und Kadeit! Weiterkeit.) Der Abg. Bebel begrüßt die Kriegervereine als Mittel zur sozialdemokratischen Aufklärung. In meinem Verein hätten Sie dazu keine Gelegenheit. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Meine Leute sind ohnedies klug genug. Was das Duell angeht, so ist es gerade als Militär oder Offizier mit dem Rechte der Uniform gar nicht so einfach, zu einem Duell zu kommen. (Weiterkeit.) Wenn man das gekloppt wird, ist es ja ganz wurscht, ob man die Bestimmungen beachtet hat oder nicht. Wenn man aber nicht tot ist, ist es doch unangenehm, einige Jahre zu sitzen. (Weiterkeit.) In der Schweiz trifft bei der Miliz die Schlappheit der Bestimmungen, die ziellose Freiheit und Freizug der Soldaten mit den schwersten Soldatenmißhandlungen, der Diktatur des Säbelregiments zusammen. Der Abgeordnete Roske behauptete, daß er ganze Stöße von Soldatenmißhandlungen hätte, sie aber nicht vorbringen wolle. Wer laßt das! Sie haben nicht! (Große Weiterkeit rechts.) Nicht einen einzigen Fall von Soldatenmißhandlungen in diesem Jahr! Der Abgeordnete Roske verlangte die Aufhebung der Disziplinargewalt der einzelnen Offiziere. Ein Schwabronen- oder Kompagnieausführer wäre gerade das, was uns noch fehlte. (Weiterkeit rechts.) Wenn ein Gerichtshof jemandem wegen Ungehorsam sofort ins Loch schleppen läßt, kann er sich auch erst beschweren, nachdem er eingesperrt gewesen ist. (Weiterkeit.) Gerade wir haben es schon immer bedauert, daß man jeden Kowoj und jeden rücksellosen Verbrecher erst noch unterzucht, ob er auch seinen Verstand hat. In dieser Beziehung müssen der Wissenschaft einige Zügel angelegt werden (große Weiterkeit links), weil sie sonst alles unter dem Gesichtswinkel des gestörten Menschenstandes betrachtet. Zu den Fällen Hohenau-Lynar ist gestern von links gefagt worden, die Leute gehören ins Zuchthaus. Ganz unsere Auffassung, während Sie das früher für eine selbstverständliche Ausübung menschlicher Rechte hielten. (Weiterkeit.) Mit dem Abgeordneten Bebel habe ich manche Berührungspunkte gefunden. (Große Weiterkeit.) Wir halten beide den Revisionismus für Schwindel. (Anhaltende Weiterkeit.) Das hat die Sozialdemokratie erst jetzt wieder durch ihr Benehmen bei der Radridr von dem erschlitternden Morde in Lissabon gezeigt. Ich wiederhole das, um den Schlafmühen und Tranlampen in Deutschland, die glauben, daß man der Sozialdemokratie mit Schokolade beisimmt, ein Licht aufzustecken. (Weiterkeit.) Ihr Haß gegen das Offizierkorps und unsere Liebe zu ihm entspringt demselben Boden. Der „Vorwärts“ schrieb vor einigen Jahren in einem Artikel, der mir gefallen hat: „An dem preussischen Wahlrecht hängt der icheige Zustand Preußens, Deutschlands, Europas, der Welt. Darum Sturm gegen dieses Wahlrecht!“ Aber nach dem Wahlrecht müssen Sie noch eine andere, letzte Nacht überwinden, ehe Ihr Zukunftsstaat in Erfüllung gehen kann, von dem keiner weiß, ob er ein großes Zuchthaus oder ein großes Irrenhaus sein wird. (Weiterkeit rechts und bei den Freisinnigen.) Denn davor steht die deutsche Armee und das deutsche Offizierkorps, das sich an jenem neuen Tage von Saint-Privat im Sonnenglanze seines alten Ruhmes zeigen wird. (Lebhafter Beifall rechts. Abg. Dr. Wagner beklammert Herrn v. Oldenburg namens des Vereins deutscher Studenten.)

Abg. Haendler (Z.): Die Ausgestaltung des Heerwesens ist nicht lediglich Sache der Sachverständigen, sondern auch Pflicht der Volkvertretung. Unsere Infanterie, unsere Feldartillerie ist nicht schlechter geworden durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Alle Argumente, die gegen die Verallgemeinerung der zweijährigen Dienstzeit angeführt werden, sind durch die Erfahrung

Weiter nach vorwärts kamen wir diesmal nicht, oder nur durch eingestreute Solofänge von Robert Franz. In ihm ist Sing-sang und Effekt überhanden. Paula Weinbaum hat mit ihrer besonders in der Tiefe sympathischen Altstimme uns den Meister wieder nahegebracht. Wädhlen wir doch ihn und die wenigen ihm Gleichwertigen auch als Chorkomponisten öfter hören — für die „Typographia“ würd' es nicht zu schwer sein! ss.

Humoristisches.

— Ein liberaler Winternachtsstraum. (Komische Komödie frei nach Shakespeare, aufgeführt vor Theaters-Wilow und seiner Gattin Hippolyta-Feudalia.) Der Bräutigam: „Nur keine Angst haben! Ich bin ja gar kein richtiger Löwe, ich bin ja bloß der Stadtrat Fischel!“

— Peters, der Beleidigte. (Er läuft mit dem Haupt der Jagdja von einer Straßmann zur anderen. Schließlich fällt ihm noch ein Landgericht ein, vor dem er noch nicht gelaggt hat): „Weinab' hat' ich's vergessen!“

— Gesichtsklektion. Melior: „Was wissen Sie über Karl den Großen zu sagen?“ — Brimamer: „Er beherrschte dreißig Jahre das Frankenreich und außerdem noch knapp 14 Tage das Repertoire des Lessing-Theaters.“ („Lustige Blätter.“)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Neuen Schauspielhaus findet die große Schillerfeier von „Iphigenie auf Tauris“ erst Sonnabend, den 15. Februar, statt. — Im Hebbeltheater wird nächste Woche die tragische Komödie „Der Andere“ von J. Wab zur Aufführung gelangen.

— Musikchronik. In dem nächsten Sonntagskonzert des Schiller-Theaters in Charlottenburg kommt das Streichquartett op. 64 Nr. 5 von Haydn und das Streichquintett op. 163 von Schubert zum Vortrage. Das Gesangsprogramm wird angeführt von dem Frauenchor des Konservatoriums Rindtorth-Scharwenka. — Das Mozartorchester wird am 10. Februar im Mozartsaal zur Erinnerung an den fünfundsiebzigjährigen Todestag Wagners Werke des Meisters zur Aufführung bringen. Außerdem wird das Violinkonzert von Brahms und „Tod und Verklärung“ von Strauss geboten. Als Violinkünstlerin tritt zum ersten Male die ungarische Geigerin Stefi Beyer auf.

— So klug wie zuvor. Die erlebte Welt, die im Reapel zugleich weltmännisch, mobilitisch und gut katholisch (das geht sehr hübsch zusammen) sein will, ist in nicht geringer Verlegenheit verfaßt. Die „Salome“ von Strauss wird im San Carlos-Theater gespielt und ist das Ereignis des Tages. Die Alerikalen haben gegen die Aufführung gewettert und die Schönen, die den Weichheit besaßen, wissen nicht, ob die Oper unmoralisch ist oder nicht. Der Erzbischof ist von ihnen befragt worden und hat den weisen Spruch getan: jeder Christ solle in der heiligen Sache sei eigenes Gewissen fragen.

Kleines Feuilleton.

Eine Statistik der Herrscherrscheit der Staatskämpfer. Jehu, Präsidenten, zwei Jare, zwei Sultane, ein Schah und eine Kaiserin sind nach der Auffassung eines englischen Blattes im verflochtenen Jahrhundert als Opfer ihres Berufs gefallen, und in den acht Jahren des neuen Jahrhunderts sind drei Könige, eine Königin und ein Präsident gefallen. Im Juli 1900 erlag König Humbert in Verolge einer Angul und jetzt hat der König von Portugal denselben Tod gefunden. Am 5. September 1901 wurde in Buffalo Präsident Mc Kinley von Leon Czolgosz durch eine Angul verwundet und starb neun Tage später. In früherer Erinnerung stehen noch die Ereignisse von Belgrad, denen im Juni 1903 König Alexander und Königin Draga zum Opfer fielen. Die Riste der im 19. Jahrhundert getöteten Staatskämpfer beginnt mit Jar Paul I., der in der Nacht vom 23. zum 24. März 1801 von unflüchtigen Edelrenten erdolcht wurde. Sieben Jahre später, am 8. Mai, wurde Sultan Selim III. auf Befehl Mahmutas IV. im Gefängnis erdolcht. Dann tritt eine längere Pause ein, die 1831 durch die Ermordung des Grafen Capo d'Istria, des Präsidenten von Griechenland, und 1854 durch den gewaltsamen Tod des Herzogs Karl von Parma unterbrochen wird. Am 13. August 1860 fällt Fürst Danilo I. von Montenegro, eine Woche nach seiner Thronbesteigung, als Opfer der Mordthat, und am 14. April 1865 wird Abraham Lincoln, der sechzehnte Präsident der Vereinigten Staaten, im Fords Theater in Washington von dem Schauspieler John Wilkes erschossen. 1868 folgt die Ermordung des Prinzen Michael Obrenowitsch von Serbien und neun Jahre später die des Präsidenten von Ecuador Dr. Moreno. Am 4. Juni 1876 stirbt Sultan Abdul Aziz Chan im Kerker, wie sich erst viele Jahre später herausstellte, durch die Hand von Mörder, und fünf Jahre später, im Juli 1881, trifft die Angul der Mörder wieder einen Präsidenten der Vereinigten Staaten, den General Garfield. 1887 erfolgt das furchtbare Bombenattentat, dem in Petersburg Jar Alexander II. zum Opfer fiel, 1890 wird Präsident Menendez von San Salvador und vier Jahre später Präsident Carnot von einem italienischen Anarchisten erdolcht. Es folgen: 1896 Schah Nadir-Din von Persien, 1897 der Präsident Vorka von Uruguay, 1898 Präsident Barrios von Guatemala. Im September 1898 fällt an den Ufern des Genfer Sees Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, von Luchenis Stahl getroffen.

Die Urheber dieser Attentate sind von den verschiedensten Motiven bewegt, wie denn der Thronmord ja in den verschiedenen Jahrhunderten, unter den mannigfaltigen Verfassungen geht, von den konträren Doktrinen (von den Jesuiten bis zu den Terroristen) geleitet und gerechtfertigt und von den Dichtern verherrlicht worden ist. So ist dieselbe Tat bald ein Akt erhabender Befreiung, bald ein Ausfluß der Rache, der Rivalität, oder des Wahnsinns.

Die Verdrängung des Pferdes durch das Automobil tritt sehr deutlich in den Fesseln der vordere französische Heeresverwaltung

alljährlich angestellten Pferdezahl zutage. In den 20 Pariser Stadtbezirken hat die Zahl der Pferde in einem Jahrzehnt um mehr als ein Zehntel abgenommen. Sie betrug 1897 92026, im Jahre 1907 dagegen nur noch 83458. Dabei muß bemerkt werden, daß die richtigen Erdarbeiten, die namentlich mit dem Ausbau der Untergrundbahn zusammenhängen, eine Vermehrung der Reitpferde nötig gemacht haben, die schwerlich von Dauer sein wird. Auch ist wohl in naher Zukunft die Umwandlung des Omnibusverkehrs in einen Automobilverkehr sowie die Zunahme der Automobildroschalen zu erwarten. Die Zahl der Omnibus- und Droschalenpferde hat schon im verflochtenen Jahrzehnt um fast 6000 abgenommen, sie beträgt aber immerhin noch über 22 000. Besonders charakteristisch ist die Verminderung der Pferde in den eleganten Vierteln, wo das Luxusgeschäft die Hauptrolle spielt. Im Viertel der Champs-Élysées beträgt sie ein volles Drittel (2878 gegen 4473), im Quartier Meneau ein Viertel. — Es ist begreiflich, daß die französischen Agrarier über diese Entwicklung schon zu jammern angeheben haben. Für die Pariser Bevölkerung aber hat sie trotz der gesteigerten Gefahren der Straße vor allem den Vorteil, daß der Einfluß der schlechten Straßenreinigung, der namentlich im Sommer in den Vierteln mit starkem Wagenverkehr äußerst unangenehm empfunden wird, weniger fühlbar werden wird.

Musik.

Den geräumigen und gut akustischen Blüthneraal hatte am Dienstag der Gesangsverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer „Typographia“ gewählt, um durch ein volkstümliches Konzert weitere Kreise zu erfreuen. Mit Verdrängung konnte man dieser Schar von etwa 150 Mann zuhören. Sie sind von ihrem Chorleiter Alexander Weinbaum ganz besonders auf sorgfältige Schattierungen der Tonstärke sowie auf deutliche Aussprache hin geschult. Dazu kommt noch die Verwendung der besseren Klangfarbe, die im Tenor eher aus Härte als aus Weiche heranzieht; jedenfalls fehlt nichts an Klarheit und Durchsichtigkeit, Bündigkeit und Bestimmtheit.

Man erinnert sich wohl noch, wie vor einigen Jahren von einer einflussreichen Seite her das salbige volkstümliche Lied gegen eine Art Gesession in der Männergesangsmusik ausgepielt wurde. Damals war es nicht schwer einzusehen, daß damit eher der Unreife gegenüber der Reife in der Kunst Vorwuch geleistet wurde. Den Kompositionen, die am Dienstag zu hören waren, könnte wohl nur wider besseres Wissen oder Fühlen der Vorwurf einer revolutionären Modernität gemacht werden. Der Charakter des Volksliedes, der diesmal vorherrschte, ist der in der Zeit allgemein geläufige; mehr Klang als Sang. Ob wir hören „Muh i dem“ und „Der Mai ist gekommen“, oder vielmehr Gesänge des Dresdener S. Jüngst und des Leipziger Th. Curisch-Währen — es macht nicht viel aus. Anders steht es mit dem Jülicher Fr. Hegar. Allerdings konnte nur eine etwas weite Entfernung von Sachkenntnis ihn wie einen Gezeissionisten, einen Wilden behandeln. Diesmal war keine Eigenart wieder deutlich geworden; ein reiches, doch niemals ungebändertes Können, das den alten Gesang der Tafelmusik durchaus nicht verdrängt.

Längst widerlegt. Vom Bundesratlich aus hat man besonderes Gewicht auf die Anschauungen der bayrischen Deputierten gelegt; man sollte sich auch in anderen Beziehungen daran zum Nachdenken nehmen. (Große Heiterkeit und lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Gypert (libd. Völkerverein) bleibt auf der Tribüne fast unerschütterlich und scheint für erhöhte Fürsorge für die Veteranen einzutreten.

Abg. Köhler (wirtsch. Bg.) befürwortet seine Resolution auf Einführung freiwilliger Kurse über landwirtschaftliche Naturkunde für Mitglieder des Heeres.

Abg. Sabel (Soz.):

Herr v. Oldenburg suchte sich einen guten Abgang zu verschaffen, indem er dem deutschen Volke vor der Sozialdemokratie grüßlich machte, weil sie es abgelehnt hat, an der Verleibungsbeziehung für den portugiesischen König teilzunehmen. Herr v. Oldenburg, wie befinden uns da in sehr guter Gesellschaft. Das ungarische Parlament (Nachen rechts), wo kein einziger Sozialdemokrat sitzt, genau wie im preussischen Abgeordnetenhaus auf Grund des Dreiklassenwahlrechts, hat eine Verleibungsbeziehung für den portugiesischen König unter der Motivierung abgelehnt, daß der König von Portugal ein Feind jedes Parlamentarismus gewesen sei, daß er die Verfassung außer Kraft gesetzt habe. Wenn man im Glashaufe sitzt, Herr v. Oldenburg, soll man nicht mit Steinen werfen. Ich möchte Herrn v. Oldenburg den guten Rat erteilen, nachdem der starke Mann in Portugal, Franco, nach dem Wankfall plötzlich seinen Protektor, seinen König, im Silde gelassen und in wilder Hast die Flucht ergriffen hat, an seiner Stelle nach Portugal zu gehen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Oldenburg möge sich aus den Vorgängen in Portugal eine Lehre nehmen, wo die Diktatur, die Verkümmern der Volksrechte hinsichtlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er Beschluß daran findet, möge er es einmal bei uns in Preußen-Deutschland versuchen. Vielleicht wird er dann ähnliche Zustände erleben, wie sie jetzt in Portugal an der Tagesordnung sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Das Militärkabinett bekämpfen wir, weil es außerhalb jeder Verantwortung steht und trotzdem alle Fäden in der Hand hat, daß der Kriegsminister ihm gegenüber nur eine Puppe ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärämterhandlungen haben bisher nicht aufgehört, trotzdem wiederholt an allerhöchster Stelle und auch von dem Herrn Kriegsminister gegen sie Stellung genommen worden ist. In der Öffentlichkeit hört man allerdings weniger von ihnen, aber in den Kasernen und Kasernenhöfen blühen sie ebenso wie früher. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Oldenburg hat sehr treffend gesagt, seitdem er nicht mehr aktiver Soldat ist, erkenne er die Notwendigkeit des Reichstags an, als Offizier habe er auf den Krieg nicht gekümmert. Es scheint, als wenn die Herren Offiziere und Unteroffiziere auch darauf pfeifen, was der Herr Kriegsminister hier von dieser Stelle aus ausführt, sonst wäre es nicht denkbar, daß noch heute immer wieder solche schändliche Militärämterhandlungen vorkommen. Sie allein tragen die Verantwortung dafür, wenn die Soldaten zur Selbsthilfe gegen ihre Schänder greifen. Jeder Dumme kränkt sich, wenn er getreten wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten sind auch für Disziplin, aber Disziplin und blinder Kadavergehorsam sind hinfällig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Recht ab, sich über Soldatenmishandlungen zu beschweren, da sie selbst die Arbeitswilligen mishandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Mann nach der Bekämpfung bei dem betreffenden Truppenteil bleibt, so hat der Vorgesetzte Hunderte von Mitteln, um einen solchen Mann zu peinigen. Die Militärämterhandlungen werden nicht eher verschwinden, ehe nicht solche Soldatenmishandlungen mit Schimpf und Schande aus der Armee ausgeschlossen werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon einmal den Fall erwähnt, wo Leute, die eben aus dem Kriege 1872 zurückgekehrt waren, sehr bald darauf zu einer Lebung wieder eingezogen wurden, und sich hier die schändlichste Behandlung von dem Sohn eines Kriegsministers gefallen lassen mußten. Das Grundübel liegt darin, daß die höheren Vorgesetzten nicht genügend acht geben auf die Behandlung der Soldaten durch die Unteroffiziere. Einige Herren scheinen in dieser Beziehung geradezu blind und taub zu sein. In der 11. Kompanie des 64. Regiments hat ein Unteroffizier beim Exerzieren einem Untergebenen, weil er den rechten Arm etwas zu hoch gehoben hatte, mit dem Seitengewehr so in die rechte Brustseite gestoßen, daß der Stoß durch die Unterjade and das Hemd

bis in das Fleisch

gegangen ist. Dieser Soldat war nicht etwa Sozialdemokrat, sondern eingeführtes Mitglied eines bürgerlichen Vereins. Er hatte Lust und Liebe zum Soldaten und war ein ausgezeichneter Turner. Der Unteroffizier hatte ihn angefahren: Halbi Du den Arm wieder so hoch, so haue ich Dir den Arm ab! Als dann der Soldat angeht wurde, und überhaupt keine Griffe mehr machen konnte, erhielt er den Stoß. Ein solcher Unteroffizier ist nicht fähig, überhaupt einen Mann auszubilden, er muß so schnell wie möglich aus der Armee entfernt werden. (Abg. v. Oldenburg: Hat er ihm den Arm abgehauen?) Also für Herrn v. Oldenburg liegt nur dann eine Rikhandlung vor, wenn die Unteroffiziere die Mannschaften direkt zu Krüppeln machen! Ich möchte Herrn v. Oldenburg ersuchen, sich als Untergebenen hinzustellen, und einen solchen Stoß von einem Unteroffizier zu erhalten. Er wird dann vielleicht eine andere Auffassung von Soldatenmishandlungen bekommen. Neben dem Unteroffizier tut sich auch der Okefelle hervor. Bei den geringsten Versehen wird dem Soldaten der Morgenstarrer entzogen, so daß sie ohne Frühstück Dienst tun müssen. Zum Mittagessen wird ihnen kaum 10 Minuten Zeit gegeben. Die Zustände in dieser Kompanie können nur darauf zurückgeführt werden, daß der Kompaniechef seine Pflicht nicht erfüllt, daß er sein Aufsichtsrecht nicht ausübt. Und ebenso wenig erfüllen die Offiziere dieser Kompanie ihre Pflicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie durch fortgesetzte Rikhandlungen Soldaten für die Zeit ihres Lebens an ihrer Gesundheit geschädigt werden und die Militärbehörde sich dann der Pflicht entzieht, für diese Leute zu sorgen, zeigt folgender Fall: Der Wäckerle Groffe, der Sohn eines ordentlichen Wäckerleisters, hatte kurz vor seinem Dienstantritt eine Schlägerei. Nun ging bei seinem Regiment, es war das 1. Infanterieregiment Nr. 4, eine Demanization ein, er sei Sozialdemokrat und Vogabund erster Güte. Als er beim Regiment eintraf, wurde ihm sofort Rat gemacht, was ihn erwartete. Es wurde ihm gesagt: Wir haben Schriftstücke darüber in der Hand, was für ein großer Salanke du bist. Aber wir werden dir das schon besorgen.

lebendig kommt du von uns nicht weg.

(Gut! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesem jungen kräftigen Menschen — in seinem Orte war er als besonders kräftig bekannt — ist heute ein vollkommen gebrechlicher Mensch geworden, der vollständig arbeitsunfähig geworden ist. Die fortgesetzten Rikhandlungen führten bei ihm zu epileptischen Anfällen. Trotzdem wurde ihm die Aufnahme ins Lazarett verweigert. Aus Unkenntnis der Besche machte er keine Ansprüche beim Regiment geltend, weder er den bunten Rod auszog. Er hätte das Regiment nicht verlassen dürfen, bis er seine Ansprüche gestellt hätte und diese befriedigt waren. Jetzt hat er alle Jankanzwege erschöpft, ist aber überall abgewiesen. Daß aber die Militärbehörde selber sieht, daß sie eine Schuld trifft, zeigt der Umstand, daß das Armeekorps dem Raune, obwohl seine Ansprüche auf Rente bis jetzt abgelehnt sind, zweimal eine Unterstützung von 10 resp. 20 M. zuerkannt hat. Anzusehen hat der junge Mann ferner an das Regiment die Bitte gerichtet, ihm doch die beiden Demanizationen mitzuteilen, welche indirekt die Schuld an seinen Rikhandlungen

tragen, damit er sie wegen verleumderischer Verleibung belangen könnte. Er hat niemals etwas mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt. Das Regiment lehnt das aber ab und schreibt ihm die Kränklichkeit, gegen die beiden im Zivilwege vorzugehen, ab. Der stellvertretende Herr Kriegsminister hat wohl die Pflicht, diesen Fall auf das eingehendste zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß, wenn sich alles so verhält, diesem zum Krüppel geschlagenen Menschen sein Recht wird, so daß er nicht der Ortsbehörde zur Last zu fallen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Laufe der Debatte ist auch auf die Veteranen hingewiesen worden. Ich will auch die Bitte eines alten Kriegsveteranen hier zur Sprache bringen. Der Mann hat im Jahre 1866 den Sturm auf Alfen und im Kriege von 1870/71 die Schlacht bei Beaumont und andere Schlachten mitgemacht. Er wurde in dem Feldzuge 1870/71 umgeritten und erlitt dadurch eine schwere Erschütterung des ganzen Körpers. Wenn er nicht ein kräftiger Mann gewesen wäre, hätte er nicht zwei Feldzüge mitmachen können. Heute ist er vollkommen arbeitsunfähig. Um seine Ansprüche bei der Militärverwaltung durchsetzen zu können, hat er sich an das Bezirkskommando in Lütterbog mit der Bitte gewandt, ihm seine dazu notwendigen Alfen herauszugeben. Das Bezirkskommando aber lehnte die Bitte ab. Obwohl er vollständig arbeitsunfähig ist, sind auch alle seine Eingaben an das Kriegsministerium zurückgewiesen worden. Das ist der Dank des Vaterlandes! Das herrliche deutsche Reich hat nicht soviel Mittel, um einen alten Kriegsveteranen in seinen letzten Lebensjahren vor Not und Elend zu schützen. Er muß vielmehr der Ortsbehörde als Ortsarmer ausgeliefert werden. Das ist die Entwürdigung des dankbaren Vaterlandes für die Soldaten, die ihre Pflicht im Kriege erfüllt haben! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Heute und gestern ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Herren Offiziere in einem patriarchalischen Verhältnis zu ihren Untergebenen stehen. (Nachen bei den Sozialdemokraten.) Wer in der Kaserne hat leben müssen, der kennt das patriarchalische Verhältnis, das dort herrscht. Damit geben Sie und Wasser auf unsere Mühlen. Wir haben die Aufgabe und die Pflicht, die Kasernen aufzuklären, ehe sie zur Armer kommen, daß sie als Soldaten nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Diese Aufgabe werden wir auch in der Zukunft erfüllen. Wir werden die Soldaten darauf aufmerksam machen, daß auch ihnen das Mittel zur Selbsthilfe, das

Recht der Nothwehr,

suchen mit jedem Menschen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Von den beantragten Resolutionen ist besonders wichtig diejenige, welche die sofortige Erhöhung der Löhnung verlangt. Außerdem muß darauf gedrungen werden, daß man die Soldaten nicht zwingt, sich die nötigen Submittel usw. selbst anzuschaffen. Es muß ihnen vielmehr alles, was sie brauchen, geliefert werden; wenn man die jungen Leute zwingt, zwei Jahre in der Kaserne zu bleiben, so darf man ihnen nicht zumuten, diese Dinge von ihrer lässlichen Löhnung zu bestreiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber bitte ich den stellvertretenden Herrn Kriegsminister im Namen der Versammlung, in den von mir angeführten Fällen Abhilfe zu schaffen und dafür zu sorgen, daß den Leuten ihr Recht wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Leonhart (fr. Bp.) beschwert sich über die Verlegung der Militärärzte vor den Zivilärzten bei der Vergebung von Konzessionen.

Abg. Hind zu **Hindstein** (L.) spricht den Sozialdemokraten das Recht ab, sich über Soldatenmishandlungen zu beschweren, da sie selbst die Arbeitswilligen mishandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hind (nall.) kritisiert die geplanten neuen Submissionsbestimmungen der Militärverwaltung. Die Einschränkung der militärischen Betriebsverhältnisse können wir nur begrüßen. Generalmajor v. **Lehau** sagt zu, daß bei den Submissionsbedingungen den Wünschen des Handwerks entgegenkommen werde.

Abg. Gausmann (D. Bp.): Es ist bisher von der Militärverwaltung auf zwei sehr wichtige Anfragen keine Antwort erteilt worden. Einmal darauf, wie die Militärverwaltung das Versprechen des Herrn Reichstagslers einlösen will, durch welches er Ersparnisse der Vereinfachung auch in der Arme in Aussicht gestellt hat. Wie dürfen doch annehmen, daß jener Einbehaltsplan in unserer Reichsverwaltung besteht, daß der Reichstagsler nicht nur dazu da ist, den ornamentalen Schmuck für die Reichstagsverhandlungen abzugeben. (Sehr gut! links.) Zweitens ist keine Antwort erfolgt auf unsere Anfrage, wie weit die Befugnisse der Militärverwaltung gegenüber denen des Militärkabinetts geht. Diese wichtige Frage läßt sich nicht damit abmachen, daß man immer wieder das Wort Kommandogewalt betont. (Sehr richtig! links, Nachen rechts.) Wir sind doch nicht dazu da, immer nur die Karten zusammenzuschlagen, wenn das Wort Kommandogewalt hier eriont (Nachen rechts), sondern unsere Aufgabe ist es, den gefährlichen Zustand eines Reichstages ab gegenüber dem Militärkabinett zum Ausdruck zu bringen. In den Kreisen der Offiziere herrscht eine große Verbitterung, weil sie stets im unsicheren sind über ihre Zukunft und jeden Augenblick wegen der Ungnade eines einzelnen Vorgesetzten vor das Nichts gestellt sein können. Es war ganz unangebracht, daß Herr v. Oldenburg in höhnischem Tone der Anken zugerufen hat, sie besitze wohl kein Material über Militärämterhandlungen. Herr Müller-Reinigen hat ausdrücklich betont, daß er eine Reihe trauriger Fälle kenne und nur die Debatte nicht damit beschweren wolle. Ebenso unangebracht war es von Herrn v. Oldenburg, auf die besonderen Verdienste der Junker im Kriege 70 hinzuweisen. Auf jeden Junker, der damals gefallen ist, sind tausend Bürger gekommen. (Sehr gut! links.) Dadurch werden die Gegensätze zwischen Bürgertum und Adel nur verstärkt. Herr v. Oldenburg sprach das große Wort: Der Wissenschaft muß ein Hügel angelegt werden, die medizinisch untersucht, wieviel krankhafte Anlagen bei verdrücktem Tun mitgewirkt haben. Das tut er in demselben Moment, wo in seinen Kreisen diese Wissenschaft so hoch gelobt wird, als sie erlante, daß Frau v. Elbe pathologisch sei und ihre Anlagen keinen Glauben verdienen. (Sehr gut! links.)

Die Ausführungen über die Unmöglichkeit der Herabsetzung der Dienstzeit bei der Kavallerie erinnern lebhaft an die Verhandlungen zu Anfang der neunziger Jahre, wo auch fast alle Sachverständigen sich gegen die Herabsetzung der Dienstzeit bei der Infanterie wandten. Ueberzeugend sind die Gründe heute so wenig wie damals. Dem **Abg. Vebel** muß ich besätigen, daß die Kasernen heute Verhöhlen für Sozialdemokratie sind. Um so weniger sollte man so reden, wie Herr v. Oldenburg; dadurch kann nur der Gegensatz verstärkt werden zwischen den Junkern und allen denen, die stolz darauf sind, Bürger zu sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Generalleutnant **Sitt v. Krümm**: Dem **Abg. Gausmann** kann ich auf seine Frage, wo Ersparnisse gemacht werden sollen, nur antworten, was auch der Kriegsminister schon einmal geantwortet hat, daß der Herr Reichstagsler nur gemeint habe, wenn die Landesbesetzung ausgedehnt und die Umwandlung durchgeführt sein wird, wird die Zeit zu Ersparnissen kommen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Verteilung der Arbeiten zwischen Militärkabinett und Kriegsministerium kann ich natürlich nicht so präzisieren wie Herr Gausmann es wünscht; seien Sie aber überzeugt, daß der Kriegsminister sich nichts nehmen läßt, was ihm zuzumutet. (Bravo! rechts.) Das Verhältnis der Offiziere zum obersten Kriegsherrn ist ein gefährliches, das gebe ich Herrn Gausmann zu, aber es ist auch ein persönliches und erhält dadurch seine Härde. — Mit Herrn **Traberger** bin ich einverstanden, daß in den Kreisvereinen der Geist der Kameradschaft gepflegt werden soll, und Frieden und Eintracht in ihnen nicht gehört werden darf; aber es muß in ihnen auch der Geist der Königstreue und der vaterländischen Gesinnung gepflegt werden. (Reif. rechts.) Der **Abg. Koble** hat behauptet, daß Verhältnis der Kontrollverwaltung mit Verest bestrahlt wird; wenn für die Verfassung ein triftiger Grund vorliegt, kann davon gar keine Rede sein. Den vom **Abg. Sabel** angeführten Fällen wird die Verwaltung nachgehen. Sein Vorschlag, jeden Soldaten,

der sich beschwert, zu versehen, gäbe ein bequemes Mittel, sich günstiger Garnisonen zu verschaffen; man brauchte sich nur bedingungslos zu beschweren, um schließlich nach Berlin zu kommen. (Heiterkeit.) Nur einen Satz des **Abg. Inbel** unterbreite ich, daß nämlich ein großer Unterschied besteht zwischen den Sozialdemokraten und der Militärverwaltung.

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Der stellvertretende Chef des Kriegsministeriums hat seinen selbst zugegeben, daß er die Verteilung der Aufgaben zwischen Militärkabinett und Kriegsministerium anzugeben nicht imstande ist. Das ist es eben, was wir beklagen. Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Oldenburg-Jauschau (L. persönlich): **Abg. Gausmann** hat mich mißverstanden, das war sein Recht. (Heiterkeit.)

Abg. Gausmann (D. Bp.): Herrn Oldenburgs Rede hat gezeigt, daß er nicht nur als Leutnant, sondern auch heute noch nicht weiß, wozu der Reichstag da ist. Das ist auch sein Recht. (Große Heiterkeit.)

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Angenommen werden die Resolutionen der Budgetkommission, eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit vorzulegen, des Zentrums über den Entschluß, der Wirtschaftlichen Vereinigung über fakultative landwirtschaftliche Kurse, der Sozialdemokraten über die Durchführung der Öffentlichkeit der kriegsgerichtlichen Verhandlungen, der Sozialdemokraten und Freisinnigen auf Reform des Militärstrafgesetzbuches, der Konservativen und Freisinnigen auf Gewährung freier Fahrt für die beurlaubten Soldaten, letztere einstimmig.

Die Resolution der Sozialdemokraten auf Einführung der einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Resolution auf Erhöhung der Löhne wird zurückgestellt. Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung, Mittwoch, den 5. Februar, 11 Uhr.

Im Ministerrath: Dr. Delbrück. Die zweite Beratung des Berggesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Deumer (nall.) verteidigt die Preispolitik des Kohlenhandels. Es ist bezweifelnd, daß dieselben Herren, die im Reich die Sozialpolitik im Automobiltempo betreiben wollen, zugleich die geschworenen Feinde des Kohlenhandels sind. Als ob all die Kosten der Sozialpolitik, die Herabsetzung der Arbeitszeit usw., nicht dazu führen müßten, die Preise zu erhöhen. Die Herren wollen, wie ich in Umwandlung des Sprichworts sagen möchte, dem Syndikat, den Produzenten, den Pelz waschen, ohne die Konsumenten nah zu machen. Die Herren haben durch ihre Sozialpolitik im Reich die Konsumenten nah gemacht und trotzdem ihnen nun den Pelz durch ihre fulminanten Reden gegen das Kohlenyndikat. Die niedrigen Kohlenpreise der 70er und 80er Jahre waren nur möglich durch ungeheure Kapitalverluste, eine große Reihe von Augenhabern sind damals an den Bettelstab gekommen. In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs würden wir bei wildem Wettbewerb ohne die regulierende Tätigkeit des Syndikats drei- bis viermal so hohe Preise gehabt haben. Bei einer Verstaatlichung des gesamten Bergbaus würden die Preise nicht niedriger, sondern höher werden. (Hö nigor est, hunc tu Romano cavoto! Hier ist es iawarz, hier vor fürcht dich, Römer!) (Bravo! bei den Konservativen.)

Abg. Goldschmidt (fr. Bp.): Ich kann bestätigen, daß zur Zeit der niedrigen Kohlenpreise im Rheinland zahlreiche Familien ihr Vermögen verloren haben. Daß die Lagen der Sozialpolitik die Preise verteuern, wird niemand bezweifeln. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Sozialpolitik im Automobiltempo betrieben werden soll, aber ich bin auch kein geschworener Feind der Syndikate. Ich wünsche, daß Arbeitgeber und Arbeiter sich organisieren, aber ich wünsche auch, daß die Arbeitgeber sich dann nicht auf der prosopischen Standpunkt stellen, mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln zu wollen. (Sehr richtig! links.) Wie wenig von einem Automobiltempo der Sozialpolitik die Rede sein kann, beweist die Tatsache, daß 18 Jahre nach dem Versprechen der Kaiserlichen Hofschaff endlich die Vorlage über Arbeitskommission beim Bundesrat eingegangen ist. — Weiter ist die Nachricht durch die Presse gegangen, daß die Beamtenbefolgungsvorlagen im Reich und auch in Preußen auf den Herbst vertagt werden sollen. Ich erwarte, daß der Herr Minister dieser die Beamten aufs höchste beunruhigenden Nachricht wird widersprechen können. Sollte er es nicht können, wozin kommen wir dann mit dem Verfall des Hauses, beim Etat Beamtenfragen nicht zu besprechen! (Sehr gut! links.) — Die Herren, die davon sprechen, daß die Löhne der Bergarbeiter an der Grenze des Möglichen angekommen seien, besorgen, daß, wenn die Lebenskosten weiter steigen, die Löhne notwendigerweise mit steigen müssen. Es ist Tatsache, daß ein Teil der Arbeiter den gesamten Mehrerwerb für die gesteigerten Lebenskosten hat aufwenden müssen. (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß die Löhne in der Privatindustrie höher sind wie in den Staatsbetrieben. Wertvolles Material enthält die Denkschrift des Staatssekretärs v. **Beckmann-Hollweg**, die dieser dem Reichstag über die Unfälle im Bergbau vorgelegt hat. Diese Unfälle werden immer seltener werden, wenn man die Arbeiter mit Betrug zur Grubeninspektion. (Bravo links!)

Abg. Wolff-Lissa (fr. Bp.) bittet um mögliche Förderung der Braunkohlengewinnung in den Ostprovinzen.

Abg. Koll (nall.): Wir sind nicht für Vermehrung, sondern für Verminderung der Grubeninspektion, damit die Arbeiter mehr das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit haben. Das beste Mittel zur Befestigung der Kohlenart sind staatliche Maßnahmen zur Förderung des Abfahrs der Gruben in schlechten Zeiten durch Gewährung von Ausnahmetarifen im Inland.

Minister **Dr. Delbrück**: Herrn **Goldschmidt** kann ich erwidern, daß mir von einer Beratung der Beamtenvorlagen nichts bekannt ist. (Bravo! auf allen Seiten des Hauses.) Die Braunkohlengewinnung im Osten läßt sich ziemlich große Schwierigkeiten. Wenn wäre die Erschließung der Braunkohlenfelder ein Segen für Westpreußen und Posen, und ich werde mein Möglichstes in dieser Richtung tun. Genauere Auskunft darüber, was zu diesem Zweck geschehen soll, kann ich heute noch nicht geben. Lassen Sie mir Zeit, um die nötigen Grundlagen für ein erfolgreiches Vorgehen in dieser Richtung zu finden.

Abg. Busch (L.): Herrn **Sabel** bedauere ich auf die Auserkennung seines Parteigenossen **Streichmann** gegen das Kohlenyndikat im Reichstag. — Herrn **Goldschmidt** stimme ich darin zu, daß von einem Automobiltempo der Sozialpolitik keine Rede sein kann. Auch sind mir keine geschworenen Feinde der Syndikate, sondern bekämpfen nur ihre Auswüchse. Daß die Löhne der Bergarbeiter so enorm gestiegen sind, ist nicht richtig, jedenfalls ist die Steigerung durch die Erhöhung der Lebenskosten wieder weit gemacht. Die Erklärung des Ministers über die Beamtenbefolgungsvorlagen wird jedenfalls im Lande freudiges Echo finden. Durch Auserkennung wie die: Staat und Parlament sollen sich um die Kohlenart nicht kümmern, treibt man nur Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie. (Beifall im Zentrum.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Es kommt ein Antrag des Zentrums zur Beratung, die Staatsregierung zu ersuchen, Erhebungen darüber anzustellen, wie nach Durchführung der Novelle zum Berggesetz von 1906 über die Knappschafsteuern in diesen Beträge und Leistungen gegenüber den früheren im einzelnen sich gestellt haben, und zwar in den Braunkohlen und in den Pensionsklassen, und das Ergebnis kundlich bald vorzulegen.

Abg. Bruck (3): Die Forderung für eine reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung ein, halten den gegenwärtigen Moment aber nicht für geeignet. ...

Minister Dr. Delbrück: Ich bin bereit, das erforderliche Material, das mir für die Durchführung der letzten Berggesetzgebung zur Verfügung steht bzw. noch zugeht, dem Hause vorzulegen. ...

Abg. Hilke (natl.): Die Bergwerksbetreiber und die Vertreter der Regierung haben sich alle Mühe gegeben, um eine Einigung zu erzielen. ...

Abg. v. Brockhausen (L.): Durch die Ablehnung des Vermittlungsvorschlages seitens der Bergarbeitervertreter sind den Arbeitern jährlich 2 1/2 Millionen Mark entzogen worden, ...

Abg. Gotschmidt (rs. Sp.): Wir stimmen dem Antrage des Zentrums zu und schließen uns auch dem Wunsche an, daß es im nächsten Jahre zu einer friedlichen Einigung kommen möge. ...

Abg. Dr. Wagner (fl.) erklärt, daß seine Partei mit dem vom Antrage Bruck geforderten Erhöhungen einverstanden sei. ...

Abg. Hilke (natl.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß er den Antrag nicht habe, namens seiner Partei dem Antrage Bruck zuzustimmen, ...

Abg. Lufsen (natl.) über die Verhinderung des Salinenbetriebes an Hohensalza infolge der dort vorgekommenen Wassereinträge. ...

Abg. Ruff (3.) in möglichst weitem Umfange die Erteilung von Urlaub an die Arbeiter. ...

Abg. Fohs (natl.) tritt für die Errichtung eines neuen Gebäudes für die Geologische Landesanstalt in Berlin ein. ...

Abg. Fohs (natl.) tritt für die Errichtung eines neuen Gebäudes für das Oberbergamt Breslau ein. ...

Aus der Budgetkommission.

Sitzung vom 5. Februar.

Die Diskussion über Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und die Fahrkartensteuer wird fortgesetzt. ...

Staatsoberverwalter nach der Gewerbeinspektion unterstellt, was in Preußen nicht der Fall ist; das Verlangen der Regierung geht dahin, überall die preussische Einrichtung durchzuführen. ...

Abg. Eichhorn tritt der Größeren Auffassung bei und verlangt nähere Auskunft über die Absichten der Regierung für die Revision der Fahrkartensteuer. ...

Der Minister erklärt die Belastung der ersten und zweiten Klasse für zu groß; die Differenz zwischen der Steuerhöhe für diese und für die dritte Klasse müsse gemindert werden. ...

Es werden weiter Personalverhältnisse besprochen. Emmel nimmt sich der Lokomotivführer an, andere Redner sprechen für andere Berufsgruppen. ...

Der Referent Schwabach wünscht Auskunft über die Ursachen der außerordentlich hohen Betriebskoeffizienten. ...

Die Einmaligen Ausgaben werden ohne erhebliche Debatte genehmigt. Die reichslandischen Abgeordneten bringen dabei kleine Lokalwünsche zur Sprache. ...

Im außerordentlichen Etat werden angefordert 19 1/2 Millionen. Es werden nur kurze, belanglose Bemerkungen zu den einzelnen, meist Bahnbauten und Erweiterungen betreffenden Anforderungen gemacht. ...

Zur Beratung kommt nunmehr der Etat der Justizverwaltung. Es werden angefordert an laufenden Ausgaben 2464000 M. und an einmaligen Ausgaben 36000 M. ...

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission des Reichstags. (Sitzung vom 4. Februar.) Die Wahl des polnischen Grafen Mielzynski (2. Wose) war angefallen, weil auf einer Anzahl Stimmzettel Vorname und Stand in polnischer Sprache angegeben waren. ...

Sodann nahm die Kommission die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Eichhoff (L. Düsseldorf, Lenney-Kemfeld, Kettmann) in Angriff. ...

In dem von der sozialdemokratischen Seite eingeleiteten Wahlprotest wird u. a. behauptet und von der Kommission eventuell für erheblich erachtet, daß in Reimschmid mit amtlichen Wahlzetteln, in welchen Wahlzettel enthalten gewesen seien, agitiert worden sei. ...

Das Reichstagsgesetz in der Kommission. Die Kommission hat bisher erst zwei Sitzungen abgehalten, weil bei den vielen Kommissionen die zurzeit tagen, die Kommission nicht öfter als wöchentlich einmal zusammenzutreten kann. ...

Das Reichstagsgesetz in der Kommission. Die Kommission hat bisher erst zwei Sitzungen abgehalten, weil bei den vielen Kommissionen die zurzeit tagen, die Kommission nicht öfter als wöchentlich einmal zusammenzutreten kann. ...

Abg. Stern, Köhde und Genossen beantragten dem Paragraphen hinzuzufügen: ...

Die durch das Verfahren entstehenden Kosten, insbesondere die Gebühren und Auslagen der Tierärzte, sind aus der Staatskasse zu bestreiten. ...

Abg. Scheidemann kennzeichnet scharf dieses Verhalten, die Zustimmung zu als notwendig erkannten Anträgen von der Kostenregelung abhängig zu machen. ...

Die Vorkommnissekommission beriet in ihrer Sitzung vom 4. Februar einen Zentrumsantrag, der den ganzen Abschnitt IV des Vorkommnissegesetzes streichen wollte. ...

Die Bauforderungskommission beschloß gestern, die §§ 4 und 5 der Regierungsvorlage unberändert anzunehmen. ...

Aus der Partei.

Einem vierteljährlichen Extrabeitrag von 10 Pfennig beschloß die Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Dresden-Stadt, um einen Wahlfonds zu schaffen. ...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Gottesgnadenprozess aus Mecklenburg vor dem Reichsgericht. In der Majestätsbeleidigungsstrafsache gegen den Verantwortlichen der „Mecklenb. Volksztg.“ Genossen Kühn, den die Rostocker Strafkammer am 30. November vorigen Jahres zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte, ...

Strafnoten der Presse. Wegen Beleidigung der Wilhelmshabener Polizei wurde der Genosse Jander von der „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. zu einhundert Mark Geldstrafe verurteilt. ...

Aus Industrie und Handel.

Das Intelligenzblatt der Industriellen. Das geistig hervorragendste Organ der Industriellen ist die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“. Eine Anfrage dort wird besätigt, daß sie nur den Extrakt aller angeordneten und geheimen Wissenschaften verzapft. ...

Was hat denn die sozialistische Frage den Arbeitern zu Gewinn gebracht? Da einen Lohnzuschlag, dort einen Minimallohn, im dritten Falle Lohnerhöhung und Kürzung der Arbeitszeit. ...

Wenn die Arbeiter nichts erzielt haben, warum läßt man denn über die Gefährdung der Industrie? Wenn die Gewinnrückläufer mit der einen Hand doppelt nehmen, was sie mit der anderen gaben, ...

Der laßt da — nicht? Die Epistel schließt mit folgendem redaktionellen Intelligenzansatz: „Den Arbeitern werden aber durch die wunderbaren Rechenkünste Sinn und Verstand berathig verwiert, daß sie Freund für Feind und Feind für Freund halten.“ ...

Träger selbst gefährliche Weltanschauung breiten Schichten der Bevölkerung eingeengt worden, aber in formaler Beziehung hat die Schärfe des Denkens, die Fähigkeit, in Wort und Schrift das eigene Interesse zu verteidigen, erheblich zugenommen, und neben vielen unverständlichen Dingen ist natürlich auch manches Korn echter Bildung nicht erfolglos ausgefallen worden.

Es müssen wahrlich komplizierte Hirne sein, die das alles gläubig aufnehmen — ungefähr gerade so kompliziert, wie das Gewissen der Intelligenzmannen.

Anträge für Lokomotivfabriken. Das Eisenbahn-Zentralamt in Berlin ist beauftragt worden, wegen Uebernahme der Herstellung von 516 Lokomotiven verschiedener Gattung für die bestehenden Bahnen mit den Werken, die zurzeit für die preussisch-preussische Staatsbahnenverwaltung beschäftigt sind, in Verhandlung zu treten. Die Anlieferung der Lokomotiven soll bis zum 31. März 1909 beendet sein.

Die Berliner Börse im Jahre 1907.

Der Wert der Buchungen der Berliner Börse, der im Jahre 1905 den Rekordstand mit 21 091 Millionen Mark erreicht hatte und im Jahre 1906 auf 18 000 Millionen Mark zurückging, hat im letzten Jahre einen weiteren Rückgang und zwar auf 16 578 Millionen Mark erfahren. Die Zahl der Buchungen ist dagegen noch gestiegen und zwar von 331 900 im Jahre 1905 auf 351 725 im Jahre 1906 und auf 371 042 im letzten Jahre. Die rückläufige Bewegung im Berichtsjahre veranschaulicht die folgende Tabelle über die Zahl der Buchungen in den einzelnen Monaten:

Januar . . .	39 305	Mai . . .	30 303	September . . .	20 269
Februar . . .	32 306	Juni . . .	28 129	Oktober . . .	30 491
März . . .	47 341	Juli . . .	24 178	November . . .	28 822
April . . .	34 186	August . . .	25 885	Dezember . . .	23 269

In den sechs hauptsächlich gehandelten Vergewerkspapieren: Bochumer Gußstahl, Deutsch-Lagemberger Bergwerk, Gelsenkirchener Bergbau, Harpener Bergbau, Vereinigte Königs- und Laurahütte und Rhönung sind die Umsätze erheblich gestiegen. Der Anteil der sechs Papiere an dem Gesamtumsatz stellt sich auf 34,79 Proz. im Jahre 1905, 27,43 Proz. im Jahre 1906 und 42,15 Proz. im letzten Jahre. Von den Gesamtumsätzen wurden 15,1 Milliarden Mark gleich 90,01 Proz. durch Verrechnung und 1490 Millionen Mark durch Zukauf ausgeglichen. Ueber die durchschnittlichen Zinssätze orientiert diese Aufstellung:

	Bank-Diskont	Privat-Diskont	Umlauf-Darlehen
1905	4,26	3,56	4,23
1906	5,03	4,45	5,08
1907	5,33	4,40	5,20
1901	4,09	3,08	3,86
1902	3,92	2,18	3,05
1903	4,23	3,00	3,96
1904	5,08	3,13	3,88
1905	5,20	2,84	3,63
1906	3,96	4,03	4,95
1907	3,05	5,12	7,73

Der Gesamtumsatz des Kassenscheins betrug in Eingang und Ausgabe 47 998 369 400 M. oder gegen das Vorjahr 2345 1/2 Millionen Mark weniger.

Herrscher Kohlenyndikat.

Im Abgeordnetenhaus hat sich Minister Delbrück am Dienstag über das Kohlenyndikat geäußert. Aber nicht über dessen Verfassung. Das die Konsumenten geschädigt werden müssen, darin ist er sich mit den Syndikatsherren einig. Er glaubte dafür wohl auf etwas Gegenliebe rechnen zu können und nahm die Hilfe des Syndikats in Anspruch — um englische Kohlen zu erhalten. Aber seine Hoffnungen sah er schwinden. Er fragte also: Es wurde uns vorgehalten, daß das Kohlenyndikat sogar englische Kohlen gekauft habe, um seine Abnehmer zu befriedigen. Ich wollte auch 100 000 Tonnen englische Kohlen erwerben, es sind aber nur 6000 geworden, und das Kohlenyndikat hat mich nicht weniger als unterstützt dabei. Dazu bemerkt das „F. V.“: „Ganz klar ist es nach den bisherigen Mitteilungen noch nicht, was der Minister bei diesem mit einem lebhaften „Hört! hört!“ aufgenommenen Auslassungen im Auge gehabt hat. Es wird aber zu bedenken sein, daß der Fiskus mit den beabsichtigten Kohlenbezügen aus England als Reuling an den Markt tritt, und daß er sich daher über eine ganze Reihe von Dingen vorher informieren muß, so über die englischen Zeichen, die zum Export nach Deutschland bestimmte Kohlen fördern, über Händlerfirmen, die diese Bezüge eventuell vermitteln, über Reedereien, die die Verschiffungen übernehmen, über die Qualität der Kohlen, ob diese gerade zu den beabsichtigten Zwecken verwendbar ist usw. Vielleicht hat sich in solchen Fragen der Minister an das Kohlenyndikat um Unterstützung gewandt, da dieses ihm, was die praktische Durchführung des Geschäftes anlangt, in jedem Falle vorant ist. Diese seine Sachkenntnis scheint nun offenbar das Syndikat dazu benützt zu haben, die Verträge des Ministers, zu unannehmbaren Bedingungen die Kohlen zu bekommen, zurückzudrängen. Gleichviel, wie die Sache liegt, ist es charakteristisch für die Art, wie das Kohlenyndikat geleitet wird, daß es nun sogar den Horn der preussischen Regierung erregt hat, die dem Syndikat gegenüber lange genug Rücksicht und Entgegenkommen bewiesen hat.“

Kohlenverteilung. Die Vereinigung der mitteldeutschen Braunkohlenwerke hat beschlossen, ab 1. April die Preise für Thüringen und den Leipziger Bezirk pro Wagon um 1 M. für Braunkohlen und 3 M. für Kalkkohlen hinaufzusetzen.

Trufbildung in der amerikanischen Nahrungsmittelindustrie. Wie die „Zeitung für angewandte Chemie“ mitteilt, hat die Vertrustung der amerikanischen Nahrungsmittelindustrie durch die Garmeyer'schen Interessen in letzter Zeit wiederum bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist gelungen, im Laus 21 Fabriken mit einer Tagesproduktion von 19 500 Tonnen Nahrungsmitteln zusammenzufassen. Der Tag scheint nicht mehr fern zu sein, an dem die ganze Industrie in Michigan, Ohio, Colorado, Utah, Idaho unter die Kontrolle des amerikanischen Zuckertust gebracht sein wird.

Gerichts-Zeitung.

Schul von Streibrechern.

Das Reichsgericht hat am Dienstag das ungeheuerlich harte Urteil des Landgerichts Berlin I vom 6. Oktober 1907 gegen den Former Abolbert Probst bestätigt. Wie unseren Lesern erinnerlich, hatte das Landgericht Probst wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in zwei Fällen, einmal im rechtlichen Zusammenstoß mit öffentlicher Beleidigung und vorsätzlicher Körperverletzung, ferner wegen öffentlicher Beleidigung und endlich wegen vorsätzlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte soll nach dem Urteil vor dem Arbeitswilligen Alisch ausgepien, ihn Streibbrecher genannt, geohrfeigt und sonst noch beleidigt haben. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt, das Gericht ging auf das Doppelte. Die Revision scheiterte daran, daß die Beweisaufnahme über den Tatbestand selbst vor dem Reichsgericht unzulässig ist.

Doket die Ehefrau des Wirts wegen Ueberschreitung der Polizeistunde?

Ein Wirt, welcher das Verweilen seiner Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus duldet, macht sich nach § 385 des Strafgesetzbuches strafbar. Ein Destillateur und Schankwirt Sch. war einige Wochen verreist und hatte die Verwaltung des Geschäfts seiner Ehefrau überlassen, welche wegen Ueberschreitung der Polizeistunde verantwortlich gemacht worden war. Abweichend vom

Schöffengericht sprach die Strafkammer Frau Sch. frei, weil für die Ueberschreitung der Polizeistunde nur derjenige verantwortlich sei, welchem das Geschäft gehöre, der Vertreter des Wirts könne hingegen nicht für die Ueberschreitung der Polizeistunde haftbar gemacht werden. Diese Entscheidung forderte die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an und betonte, außer dem Besitzer und Eigentümer des Geschäfts hätte auch dessen Vertreter. Das Kammergericht hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. Es führte u. a. aus: Die Vorentscheidung erweise bedenklich und nicht frei von Rechtsirrtum. Habe Sch. seine Ehefrau zur Leitung des Schankbetriebes während seiner Abwesenheit bestellt, so sei aus § 151 der Gewerbeordnung zu folgern, daß Frau Sch. auch für Zuwiderhandlungen aus § 385 i. c., d. h. für Ueberschreitungen der Polizeistunde, verantwortlich zu machen sei. § 151 der Gewerbeordnung bestimmt: „Sind bei der Ausübung des Gewerbebetriebes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teils desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hatte, so trifft die Strafe diese letzteren.“

Ein Ordnungsmann.

Dem Schuhmann Karl Schulz in Stettin hatte am 29. Juli v. J. ein 19jähriger Handelsmann seine Not geklagt, daß er von einem Werkmeister das diesem geliehene Geld nicht wieder zurückbekommen könnte. Darauf ging Schulz während seines Dienstes, abends um 9 Uhr, mit dem Handelsmann zu dem Schuldner, zeigte ihm den Schuldschein vor und drohte ihm Verhaftung an, wenn er nicht bezahle. Schulz dachte zunächst an eine neue Kassenkarte und forderte eine Legitimation oder einen Verhaftungsbefehl. Hierauf legitimierte sich Schulz als Schuhmann. Der Werkmeister forderte nun den Schuhmann auf, seine Wohnung zu verlassen und drängte ihn hinaus. Der Schuhmann schleppte darauf den zahlungsunlustigen Schuldner bis zur Treppe. Dort gelang es dem Werkmeister sich loszureißen. Wegen versuchter Rädigung, Hausfriedensbruchs und Mißbrauchs der Amtsgewalt hatte sich der Schuhmann am Dienstag vor der Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 7 Monate Gefängnis. Das Gericht kam im ersten Falle zu einer Freisprechung, weil es dem Schuhmann glaube, er habe sich in gutem Glauben befunden. Wegen der beiden anderen Delikte wurde auf 3 Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe erkannt. Der Schuhmann befindet sich noch im Dienst.

Ein sonderbarer Reineidsprozeß.

Der Tatendrang der Staatsanwälte treibt manchmal recht sonderbare Blüten, das beweist ein Prozeß vor der Strafkammer 8 zu Hannover. Dort hand am 1. Februar eine jugendliche Arbeiterin unter der Anklage des Reineides. Sie war in einem Prozeß gegen eine Frau als Zeuge vernommen und sollte da eine falsche Aussage gemacht haben. Die Frau war abgefaßt, als sie auf dem Kirchhof in Linden Rosen von einem Grabe gepflückt hatte. Deshalb erhielt sie von dem hannoverschen Schöffengericht 5 M. Geldstrafe. In dem Prozeß beschwor nun die jetzt angeklagte jugendliche Arbeiterin, die betreffende Frau habe nur rote Rosen abgepflückt, während andere Personen auch weiße Rosen im Besitze der Frau gesehen haben! Darum der Reineidsprozeß! Die Angeklagte wurde freigesprochen, weil nicht mit einwandfreier Sicherheit festzustellen war, daß sie weiße Rosen im Besitze der Rosenliebhabin gesehen und daß sie überhaupt beobachtet hat, ob diese auch weiße Rosen gepflückt hat. Es fehlte also der subjektive Tatbestand des Reineides. Und um die Feststellung, ob weiße oder rote Rosen gestohlen sind, werden fünf gelehrte Richter in Bewegung gesetzt, wird eine jugendliche Arbeiterin mit einer Anklage des Reineides bedacht! Das sollte Aufgabe einer Anklagebehörde nicht sein. Aber im Reiche der vollkommenen Rechtsgarantien ist es natürlich nicht unerwartet, ob weiße oder rote Rosen gestohlen werden. Und wenn eine Verurteilung erfolgt wäre, dann löfete der Rosenliebhaber 5 M. Geldstrafe, die Feststellung, daß es nicht nur rote, sondern auch weiße Rosen waren, aber — eventuell Zuchthausstrafe! —

Verfammlungen.

Der Verband der Friseurgehülfen, Zweigverein Berlin und Vorort, hielt am Donnerstag seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes, den Liere gab, war zu entnehmen, daß im Jahre 23 Versammlungen, davon 5 General- und 3 außerordentliche Generalversammlungen abgehalten wurden. Außerdem fand eine Bezirkskonferenz und der Verbandstag statt. Es wurden 12 Vorträge gehalten. Ferner Bezirke eingeteilt. In der Kontrolle der zwei Feiertage beteiligten sich sämtliche Mitglieder. Die Hälfte der Mitglieder feierte den 1. Mai durch Arbeitsruhe. Die Hochschule für Herrenfrisuren wurde gut in Anspruch genommen. Eine lebhaftige Agitation fand gegen Arbeitsvermittler und gegnerische Arbeitsnachweise statt. Die Tarife für Köpfer und Adlershof sind zum 31. März gekündigt. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 44 Sitzungen. Von 40 verhängten Sperren konnten nur 15 mit Erfolg beendet werden. 82 Kollegen mußten ausgeschlossen werden. Die Arbeiten des Bureau sind außerordentlich gewachsen; neben der Auskunftserteilung und Anfertigung von Schriftstücken hat die Arbeitsvermittlung Fortgefunden. Im Berichtsjahre wurden 833 feste und 7061 Aushilfsstellen vermittelt. Aus den Berichten der Vorortvertreter war ein reges Vereinsleben zu konstatieren. Dem Kassensbericht, den Langner gab, war zu entnehmen, daß die Einnahme inklusive des Bestandes von 1126,04 M. 11 200 M. und die Ausgabe 10 164,73 M. beträgt, so daß ein Bestand von 1126,27 M. verbleibt. Die Ausgaben betragen u. a. für die Hauptkasse 3348,05 M.; an Unterhaltung 1197,75 M.; Rechtschutz 331,75 M.; Agitation 391,05 M. usw. Die Mitgliederzahl beträgt am Schlusse des Jahres 607. Nach reger Diskussion wird 10 M. Ranfgebeld bewilligt. In den Vorstand werden sodann gewählt: Gassen, Sende, Lorenz, Leuschner, Raug, Liere, Wunzel und Klischmüller. In die Nachweisungskommission die Kollegen Löhn, Janzen, Sager, Engel, Hampe und Giese. In die Hauptverwaltung wurden gewählt: Bernde, Raug und Ad. Schmidt; als Revisoren: Wunzel, Spolle und Liere.

In einer Versammlung der Steinbildhauer, die letzthin im Gewerkschaftshaus stattfand, erstattete der Obmann Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission im verfloffenen Jahre. Es fanden insgesamt statt 15 Branchenversammlungen, davon 6 für die Alabasterbranche, 17 Sitzungen der Kommission, 2mal nahm dieselbe an kombinierten Sitzungen mit dem Vorstand teil, ferner 5 Vertrauensmännerversammlungen, 24 Vordenrechte (Versammlung einzelner Arbeitsplätze) und 8 besondere Unternehmungen. Von der Aussperrung der Bauarbeiter wurden auch die Steinbildhauer in Mitleidenschaft gezogen insofern, als es für die Arbeitlosen wenig oder keine Arbeitsgelegenheit gab, und wurden dieselben aus der Lokalfasse der hiesigen Verwaltung für die Dauer der Aussperrung extra unterstützt. Die Zureise war für diese Zeit gesperrt. Zur Regelung des Umfragens nach Arbeit wurde beschlossen: Jeder zurückweisende sowie örtlich arbeitslose Kollege hat sich zunächst beim Verwalter im Bureau zu melden, bevor er sich nach Arbeit umsieht. Infolge des erhöhten Vertrages vom 1. bis 3. Quartal, welcher durch die Aussperrung in der Holzindustrie und der Bauarbeiter sich nötig machte, war die Anzahl der ausgeschlossenen Beitragszahlenden auch in der Steinbranche größer als sonst, und ist leider zu bemerken, daß es vorwiegend solche Kollegen waren, die selten oder gar nicht arbeitslos waren. Es mußten dieserhalb ausgeschlossen werden 74 Kollegen (vom 1. bis 3. Quartal), wovon später ein Teil neu eintrat, auch infolge von Nachzahlung die Ausschüsse zurückgenommen wurden.

— Das Innehalten des Vertrages seitens der Unternehmer bezüglich des Zuschlages für auswärtige Arbeiten, Fahrgeldvergütung 3. Klasse, Zuschlag für event. Ueberstunden, Arbeit unter dem Minimallohn usw. ließ manches zu wünschen übrig. Die Schlichtungskommission, welche von den Arbeitern angerufen wurde, läßt heute noch auf ihre Einberufung seitens der Arbeitgeber warten. Bei Ablauf des Vertrages wird auf all diese Vorposten zurückzukommen sein. Der Besuch der Branchenversammlungen war durchschnittlich gut, nur einzelne Firmen fehlten leider bis auf wenige Kollegen fast vollständig, so daß von 23 beschäftigten 4 und von 14 beschäftigten 2 Kollegen die Versammlung besuchten. — Sammlungen für kranke und verstorbene Kollegen ergaben 550 M., welche Summe auf 5 Fälle verteilt wurde. In der Alabasterbranche kam es im August zu einer Bewegung; nach einigen Verhandlungen und einem Streik in einem Geschäft von 2 Wochen Dauer wurde die Forderung, Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden, bewilligt. Für die neue Kommission wurden 7 Kollegen gewählt, dazu je ein Vertrauensmann für die Marmor- und Alabasterbranche. Unter „Verschiedenes“ wurde über die Konkurrenz für das Auer-Denkmal lebhaft diskutiert und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Berliner Steinbildhauer protestieren gegen die oberflächliche Handhabung der Konkurrenz zum Auer-Denkmal. Sie ersehen in der ganzen Art eine ungerechte Behandlung der beteiligten Bildhauer. Vor allem aber drückt die Versammlung ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß ein Denkmal, welches einen Arbeiterführer ehren soll, von einem unorganisierten Kollegen bei einer Firma ausgeführt wird, welche unseren Forderungen bis jetzt am allertüchtigsten gerecht geworden ist. Eine Verständigung mit unserer Organisation hätte man für notwendig und selbstverständlich halten dürfen.“

Vermischtes.

Strandung. Der russische Dampfer „Kowa“, mit einer Ladung von gefrorenem Lachs vom Anrgebiet nach Hamburg unterwegs, strandete unterhalb von Glückstadt infolge Rebell an holsteinischen Eisküfer. Wie von Glückstadt gemeldet wird, ist die Lage gefährlich, es wird ein Durchbruch des Schiffes befürchtet. Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Ein Rencontre zwischen Dampfer und Walfisch. Der Ozeandampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Fürst Bismarck“, der vor einigen Tagen in Plymouth landete, hatte während seiner Ueberfahrt ein merkwürdiges Abenteuer zu bestehen. In der Höhe von Coruna sichteten die Passagiere einen riesigen Walfisch, der vor dem „Fürst Bismarck“ her schwamm, große Wassermassen aufwühlend. Der Dampfer hatte das Tier bald eingeholt und ihm im Vorbeifahren einen kräftigen Rippenstoß verleiht. Hierdurch gerirrt, wandte sich das Tier gegen den riesigen Gegner und verlor die den Kampf mit ihm aufzunehmen, indem es mit aller Macht gegen die Schiffswand anrannte, so daß die Stöße den ganzen Schiffkörper erschütterten. Da der Fischbein spendende Meerbewohner aber wohl einlaß, daß er es mit einem Stärkeren zu tun habe, wandte er dem „Fürst Bismarck“ den Rücken und verschwand schaufelnd und schaukelnd in den Tiefen. Die Passagiere schätzten die Länge des Tieres auf mindestens 50 Fuß.

Schiffszusammenstoß. Nach einer Meldung aus Stettin stieß gestern vormittag der Dampfer „Silesia“ der Reederei Kuntmann und der Dampfer „Königsberg“ der Reuen Dampfer-Kompagnie infolge von Fälschungen im Stettiner Haff zusammen. „Silesia“ blieb unbeschädigt und setzte seine Reise nach dem Mittelmeer fort, „Königsberg“ wurde am Hinterrumpf beschädigt und fuhr zur Ausbesserung nach Stettin zurück. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Grubenbrand. In dem Bergwerke Tezobintia ist einer Meldung aus Lemberg zufolge ein großer Brand ausgebrochen, dem mehrere Personen, darunter auch der Direktor der Grube, zum Opfer fielen.

Weitere Opfer der Schneestürme. Aus Algier wird das Verschwinden einer weiteren Abteilung 21aten der Fremdenlegion bestehend aus 14 Mann unter dem Befehl eines Sergeanten und zweier Unteroffiziere berichtet. Es wird befürchtet, daß auch diese während der jüngsten Schneestürme umgekommen ist. Ärzte und Krankenwärter sind nach Fort Halle abgegangen, wohin auch General Vigny unterwegs ist. Ferner wird aus Algier gemeldet, daß eine Abteilung von 18 Soldaten, welche zu einer in der Nähe von Horrua lagernden Expedition gehören, vermisst wird. Die Ortschaft Horrua, welche 1500 Meter über dem Meerespiegel liegt, ist infolge von Schneeverwehungen vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Eine Hülfskolonie ist bereits unterwegs.

Stürme am Adriatischen Meer. Wie aus Fiume gemeldet wird, wütet dort seit gestern eine fürchterliche Vora. Die lokale Schifffahrt nach Abozzia und den kroatischen Küstenplätzen mußte eingestellt werden.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenhale Straße 11/12: Versammlung. **Preis- und Disziplinarversammlungen.** Johann Jacoby. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Bugge, Kustanten-Allee 65.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preis gut. Geflügel: Zufuhr nachlassend, Geschäft ruhig, Preise normal. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich reger, Preise beschleunigt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in Blumenkohl, Geschäft sehr still, Preise kaum zu bejahnen.

Witterungsübersicht vom 5. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhülle	Wetter	Temp. in C.
Strombe	772,8	SW	2	bedeckt	1	Naparrnda	749,8	SW	4	Schnee	-8
Hamburg	775,2	SW	2	bedeckt	1	Vetersburg	764,8	SW	1	bedeckt	-1
Berlin	773,8	SW	1	bedeckt	-0	Scilla	781,8	SW	4	halb hb.	7
Frankfurt	775,8	SW	1	bedeckt	-2	Boeden	773,8	SW	2	bedeckt	4
München	774,8	SW	2	Schnee	-6	Gars	775,8	SW	4	bedeckt	0
Wien	771,8	SW	2	bedeckt	-4						

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Februar 1908. Veränderlich, vorwiegend trüb, am Tage etwas wärmer mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 4. 2.	seit 3. 2. cm	Wasserstand	am 4. 2.	seit 3. 2. cm
Remel, Mühl	340 ¹⁾	cm ¹⁾	Saale, Großh.	104	-16
Bregel, Unterburg	206 ¹⁾	-12	Saale, Spandau ²⁾	128	-1
Beisel, Horn	238 ¹⁾	-2	Ratzenow ³⁾	140	-4
Deich, Harber	124 ¹⁾	-11	Spree, Spremberg ⁴⁾	130	0
Stroffen	181	+3	Rechtow	165	+2
Braunsfel	189 ¹⁾	0	Weser, Wenden	-45 ¹⁾	-38
Wartze, Schrimm	241	+1	Wenden	96	-18
Landenberg	169 ¹⁾	+1	Weser, Wenden	318	-10
Rehe, Bordenau	78	-2	Rauß	163	-23
Elbe, Reitmarx	6	-24	Rauß	223	-40
Dresden	-66 ¹⁾	-23	Redar, Heilbronn	88	-16
Harz	231 ¹⁾	-19	Rain, Wertheim	165	-5
Magdeburg	200 ¹⁾	-15	Weser, Trier	106	-14

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ Grundbeil. — ⁵⁾ schwaches Treibeis. — ⁶⁾ schwacher Eisgang. — ⁷⁾ schwaches Grundbeil.

Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Es muß etwas Unglückseliges sein, in der Luft zappeln zu müssen und vergebens für die strapazierten Hände und Füße nach einem festen Ruhepunkt zu suchen. So geht es den „Hirschen“ im Verein der Deutschen Kaufleute.

Und nun müssen sie wieder zappeln! — die „Hirsche“. Die Deutschnationalen wollen mit den Leipziguern zusammen einen ganz „biden“ Verband bilden.

In ihres Herzens Kengsten lassen sie den bloßfreimüthigen Goldschmidt kommen, der weiß aber keinen anderen Trost als: Los von der Arbeiterbewegung! Seid liberal! usw.

Die „wilde Jagd“ der Antisemitenborden rast durch ihre Versammlungen, um sie zu sprengen unter Führung von Thomas aus Nürnberg, einem ehemaligen „Vaterlandsofener“, jetzigen Widmarthwärtner und Führer des „schwedischen“ Schwärzen Hundert.

Der Zentralverband der Handlungsgehälfen und -Gehälfinnen zappelt nicht, — er sieht dem angeklügten jüdischen Antisemitenbund mit Ruhe, ja mit Freude entgegen. Denn schon die Ankündigung hat die Indifferenten beider Organisationen zum Nachdenken aufgerüttelt und wo nachgedacht, und nicht getobt und gebällt wird, blühen die Früchte der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die ehrlichen Wähler beider Fusionsverbände wissen das auch ganz genau und sie suchen den Eindruck, den die Ankündigung vor den Kaufmannsgerichtswahlen gemacht hat, abzuschwächen, indem sie die Verbindung als weit im Felde liegend bezeichnen. Sie haben den Gegeniaz in der Frauenfrage mit aller Schärfe hervor, der eine Prinzipienfrage, das heißt bei ihnen also ein Handelsobjekt ist.

Aber so wird ja immer geschwätzt! War doch ein Redner des Verbandes, Herr Koempf, unpersönlicher und erhielt dafür eine Zurückweisung, weil er sagte, man mühte dabei liebgewordene Anschauungen preisgeben.

Das ganze Hin- und Hergerede dieser verschiedenen gegnerischen Vereinigungen ist eitel Wind. Das wird in immer weiteren Kreisen der Handlungsgehälfen immer mehr erkannt. Hoffentlich kommt diese Erkenntnis recht deutlich dadurch zum Ausdruck, daß am 6. Februar, die

Liste III

des Zentralverbandes der Handlungsgehälfen und -Gehälfinnen Deutschlands mit einer mächtigen Stimmzahl aus der Wahlurne hervorragt.

Die Kaufmannsgerichtswahlen finden am kommenden Sonntag, den 9. Februar, statt.

Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehülfe, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, in Berlin beschäftigt ist und dessen Gehalt 5000 M. nicht übersteigt.

Jeder wählt an der Wahlstelle des Stadtbezirks, in welchem das Geschäftsflokal liegt, in dem er beschäftigt ist.

Gewählt wird in folgenden 24 Wahllokalen:

Table with 3 columns: Nr. der Stadtbez., Anzahl der Wähler, Wahlstelle. Lists 24 different locations across various districts of Berlin.

Die Wahl ist geheim!

Die Wahlzeit dauert von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Stimmzettel sind vor den Wahllokalen zu haben. Verstehe sich jeder mit genügender Legitimation.

Soziales.

Die Niederlage des Berliner Magistrats im Kampf gegen die Selbstverwaltung.

Der Berliner Magistrat hatte, wie wir schon mittheilten, von der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin verlangt, sie solle die 18 Vorstandsmitglieder auf Ersatz von 500 M. an ihnen bewilligter Kosten zum Besuch von Kongressen verpflichten.

Nach § 42 Absatz 1 A. O. G. in Verbindung mit § 1833 B. O. B. haften die Mitglieder des Vorstandes der Kasse für den durch eine Pflichtverletzung ihrerseits bei der Verwaltung entstandenen Schaden, sofern ihnen hierbei ein Verschulden zur Last fällt.

- 1. der Tagung des vorbereitenden Ausschusses zum Allgemeinen deutschen Wohnungskongress in Frankfurt a. M.,
2. der Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen in Dresden,
3. des Internationalen Tuberkulose-Kongresses in Paris auf Kosten der Kasse eine Pflichtverletzung begangen haben und daß sie bei Anwendung der im Verlezh erforderlichen Sorgfalt solches hätten erkennen müssen.

Bezüglich der ersteren dieser beiden Voraussetzungen schreibt der § 20 Absatz 2 A. O. G. vor, daß zu anderen Zwecken als den statutenmäßigen Unterstühtungen, der statutenmäßigen Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds und der Dedung der Verwaltungskosten Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse nicht erfolgen dürfen und kann es sich bei dem Inhalt dieser Vorschrift nur darum handeln, ob die hier in Rede stehenden Verwendungen, die Zahlung der Kosten der Teilnahme an den eben erwähnten Tagungen aus dem Vermögen der Kasse, zu den Verwaltungskosten zu rechnen sind. In dieser Beziehung kommt in Betracht: das Gesetz selbst gibt einen Anhalt, was unter Verwaltungskosten begriffen sein soll, nicht; der Begriff wird als bekannt vorausgesetzt und sind daher nach allgemeinem Sprachgebrauch darunter diejenigen Kosten zu verstehen, welche die Organe der Kasse aufwenden müssen und dürfen, um die Erfüllung der gesetzlichen und statutarischen Aufgaben der Kasse zu bewirken.

Ergibt sich hiernach, daß in jedem einzelnen Falle zu prüfen ist, ob die über die statutenmäßigen Unterstühtungen, die statutenmäßige Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds hinaus gerichteten Verwendungen als Verwaltungskosten angesehen werden können, so würde sich eine solche Prüfung erübrigen, wenn die Ansicht des Magistrats für zutreffend zu erachten wäre, daß die Organe der Kassen, sofern die Verhandlungen (auf Kongressen) für die gebührende Erfüllung der den Kassen zugewiesenen Aufgaben von Bedeutung sein sollten, sich aus den anzuschaffenden Berichten hinreichend informieren könnten. Ganz abgesehen davon, daß diese Ansicht in ihrer Verallgemeinerung dazu führen könnte, das Zustandekommen jedweder Beratungen der bezüglichen Interessenten wegen Mangels an Teilnehmern überhaupt in Frage zu stellen, so verkennt sie völlig die Bedeutung der hier in Frage stehenden Kongresse. Dazu bestimmt, durch gegenseitigen Austausch der Ansichten und der gemachten Erfahrungen, durch die Beleuchtung, welche die zur Verhandlung stehenden Fragen durch den Vortrag geeigneter Personen und die sich daran anschließenden Diskussionen erhalten, eine Sache zu fördern und zu klären, gehen sie nicht allein dem Teilnehmer die Möglichkeit, seine Ansichten und Bedenken in die Wagschale zu werfen; sie verschaffen ihm auch ein ganz anderes Nares Bild, als ein gedruckter Bericht es kann, von dem für und Wider, und setzen ihn in die Lage, selbst zuverlässiger abzuurteilen zu können und Dritten die auf dem Kongresse gesammelten Erfahrungen mitzutheilen. Nur soviel kann daher dem Magistrat zugestanden werden, daß für Kassen mit geringer Mitgliederzahl und geringem Geschäftsumfange eine Beschädigung der Kongresse überflüssig sein kann. Das aber führt zur Prüfung der konkreten Sachlage.

Die Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin zählt über 100 000 Mitglieder, hat ein Vermögen von mehreren Millionen Mark, schließt ihren jährlichen Etat in Einnahme und Ausgabe mit einem Betrage von 1 1/2 Millionen Mark und hat eigene Kranken- und Rekonvaleszenzhäuser sowie eine eigene Lungenheilstätte. Unter Verächtdigung dieser nicht bestrittenen Tatsachen, welche beweisen, daß die Kasse einer nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ weit über das Durchschnittsmäß hinausgehenden Geschäftsumfang hat, ergibt sich ohne weiteres, daß, wenn die Kasse ihren dadurch entstehenden Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommen will, ihre Organe, also insbesondere der Vorstand, sich über alle in Betracht kommenden Fragen eingehend informieren und auf dem Laufenden erhalten müssen. Daraus aber folgt, daß die Beschädigung der Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen in Dresden, und die des Tuberkulose-Kongresses im wohlverstandenen Interesse der Krankenkasse und innerhalb des Pflichtkreises ihres Vorstandes lag, erstere weil bei der Jahresversammlung Fragen des Krankenlassenwesens zur Verhandlung standen, die Besprechung unter Fachleuten zur Aufklärung der Mitglieder über Fragen des Krankenlassenwesens auch im unmittelbaren Interesse der Kasse liegt, letztere weil die Kasse den inzwischen ausgeführten Bau einer Lungenheilstätte betrieb und es daher durchaus angemessen war, wenn sie alle neuerlichen Erfahrungen und Fortschritte bei dem Bau zu verwenden suchte. Überdies hat der Magistrat bezüglich

der Beschädigung des Tuberkulosekongresses hiergegen noch einzuwenden, daß der Vorstand sich bei Ausführung des Baues doch im wesentlichen auf den Vorschlag des Baumeisters und Arztes verlassen mußte. An diesem Einwande ist jedoch nur soviel richtig, daß den Bauaufwand und ärztlichen Vorschlägen eine erhebliche Bedeutung zukommt, daß aber der Vorstand fehlerhaft gehandelt haben würde, wenn er bei einem solchen Bau sich selbst nicht anderweitig über alle in Betracht kommende Fragen persönlich informiert und vergewissert hätte, daß der Bau den neuesten Erfahrungen in jeder Beziehung entsprechend hergestellt würde.

Ist hiernach in Beschädigung der Jahresversammlung und des Kongresses auf Kosten der Kasse eine Pflichtverletzung der Vorstandsmitglieder nicht zu erblicken, und erweist sich daher schon mangels dieser Voraussetzung der diesbezügliche Teil des Klageanspruches unbegründet, so kann es allerdings unter Verächtdigung des oben Darzugesetzten zweifelhaft erscheinen, ob die Beschädigung der Tagung des vorbereitenden Ausschusses zum Allgemeinen deutschen Wohnungskongress auf Kosten der Kasse noch innerhalb des Rahmens der derselben zugewiesenen Aufgaben lag. Dies aus doppeltem Grunde. Einmal betrafen die Verhandlungen auf dem Wohnungskongress selbst die Besserung der Wohnungsverhältnisse und damit die Hebung des Volkswohls. Auch entbehrt die Behauptung der Beklagten, daß diese Verhandlungen für die sehr häufig an den Vorstand herantretende Entscheidung, ob Heim- oder Krankenhausbehandlung anzuordnen sei, von erheblicher gewesen seien, nach Lage der Sache, zumal da die Kasse schon längst vorher Wohnungsquellen veranstaltet hatte, der ausreichenden Begründung. Sodann und insbesondere ist nicht ersichtlich, warum die Teilnahme an der Tagung des vorbereitenden Ausschusses, welche hier allein in Frage kommt, erforderlich war. Allein einer Beseitigung dieser Zweifel nach der einen oder anderen Richtung hin bedurfte es nicht, da selbst, wenn unterstellt wird, daß die Beschädigung der Tagung auf Kosten der Kasse objektiv einen Verstoß gegen das Gesetz enthielt, der Erstattungsanspruch trotzdem unbegründet ist, weil denjenigen Beklagten, welche diese Beschädigung beschloffen haben, ein vertretbares Verschulden hierbei nicht zur Last fällt. Wie bereits oben hervorgehoben ist, hatte der Vorstand zur Zeit des hier fraglichen Beschlusses wiederholt Wohnungsquellen veranstaltet, die Aufsichtsbehörde hatte Erinnerungen dagegen nicht erhoben, der Präsident des Reichsversicherungsamtes bereits unter dem 24. April 1902 über die ihm damals überbrachte erste Wohnungsanfrage mit dem Hinzufügen, daß sich der Vorstand um die Mitglieder der von ihm vertretenen Krankenkasse wohl verdient gemacht habe, sich durchaus lobend ausgesprochen. Bei dieser Sachlage, insbesondere bei dem Unterbleiben jeglichen Widerspruchs seitens der Aufsichtsbehörde, konnte der Vorstand bei seiner pflichtmäßigen Prüfung annehmen, daß auch die Mitwirkung zu einer Besserung der Wohnungsverhältnisse zu den Aufgaben der Kasse gehöre, ohne fehlerhaft zu handeln, d. h. die im Verlezh erforderliche Sorgfalt außer Acht zu lassen. Er konnte daher nicht allein die Beschädigung des Kongresses selbst, sondern auch mit Rücksicht darauf, daß bereits gründliche und übersichtliche Vorarbeiten geliefert waren, die Krankenkasse auch bei der Größe ihrer Mitgliederzahl an den zur Erörterung stehenden Fragen sehr interessiert war, die Beschädigung der Tagung des vorbereitenden Ausschusses beschließen, um durch seinen Vertreter ebl. auf eine feinen Wünschen entsprechende Tagesordnung hinzuwirken. Den Vorstand trifft mithin, selbst wenn die Beschädigung der Tagung an sich unzulässig gewesen ist, nicht der Vorwurf eines Verschuldens. . . . Hiernach war die Klage abzuweisen und wie gesehen zu erkennen. Hervorzuheben bleibt nur noch, daß diese Entscheidung mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 13. 4. 1906 nicht in Widerspruch steht. In demselben wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Verwendung von Kassensmitteln und insbesondere auch von Reiseflosten dann nicht grundsätzlich untersagt sei, wenn den Organen der Kasse die Ausführung über die gesetzlichen Aufgaben der Kassen und über ihre eigenen Aufgaben gegenüber den Kassen und deren Mitgliedern dadurch ermöglicht werden sollte. Daß diese Voraussetzung bei Beschädigung der Jahresversammlung und des Tuberkulosekongresses vorlag, ist oben nachgewiesen."

Aus der Frauenbewegung.

Eine Dienstbotenzeitung. Der allerorten kräftig aufstrebenden Dienstmädchendenbewegung ist eine papierne Begleiterin entstanden, die „Deutsche Dienstbotenzeitung“, deren erste Nummer uns vorliegt. Unter den Mitarbeiterinnen dieser Zeitschrift figurieren einige aristokratische Damen, die wahrscheinlich am besten wissen müssen, wo die Dienstmädchen der Schuh drückt. Eine Preisgabe: „Wie spart man am besten?“ bildet den Röder, der zum Abonnentem verlocken soll. Der übrige Inhalt des Blättchens dient fast nur dem einen Zweck, die dienenden Mädchen in ausschließlicher Interesse ihrer Arbeitgeber zu beeinflussen. So finden wir in der Rubrik „Aus dem Dienstbotenleben“ nur Notizen über Bräutereien von Dienstmädchen für 25, 30, 40jährige Dienstzeit. In fröhlichem Tone und geschränkter Sprache berichtet eine „Erzählerin“ von ihrem 25jährigen Jubiläum, an dem sie so viele Ehrungen empfing, daß „ihre Herz vor Dank gegen Gott und Menschen schwoll“. Kurz, das Blatt appelliert stets an das einfache, unaufgeklärte Dienstmädchen, das mit der Besindeordnung als mit einer von Gott gewollten Einrichtung zufrieden ist und von einer Organisation seiner Berufsgenossinnen noch nie etwas gehört hat. Daß in einem solchen Blatte schließlich noch ein widerlicher Hyazinthenmus gedreht wird, versteht sich fast von selbst, sonst wäre der Verdummungsapparat ja nicht vollständig. Um so mehr bekremdet es, wenn wir in einem so rücksichtsvollen Organe einer Mitarbeiterin wie Klara Siebig begegnen. Wie konnte sich ihr Name auf den Titel des Blattes, wie ihr aus dem vollen Leben geschöpfter Dienstbotenroman „Das tägliche Brot“ in die Spalten dieser Zeitschrift verirren? „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh.“ möchte man ihr zurufen.

Unsere Dienstbotenorganisationen aber mögen ihre Mitglieder davor warnen, daß sie ihre sauer erworbenen Groschen für die „Deutsche Dienstbotenzeitung“ ausgeben. In die Hände der weiblichen Hausangestellten gehört „Die Gleichheit“, die ihre Interessen in einem besonderen sorgfältig redigierten Teil von modernen Gesichtspunkten aus wahrnimmt und sie überdies den Zusammenhang ihrer Bewegung mit der der organisierten Männer und Frauen ihrer Klasse erkennen lehrt.

Der heilsame Einfluß des Frauenstimmrechts auf die Befreiung zum Schutze der Arbeiter wird von einem Londoner Geistlichen, W. A. Hobson, der sich fünf Jahre in Queensland (Australien) aufgehalten hat, rühmend anerkannt. Er erzählt, wie die Frauen für ein Achtstundengesetz eintraten und zugunsten der Handlungsgehälfen und -Gehälfinnen für den frühen Ladenschluß agitierten. Ihre Agitation hatte Erfolg: die Geschäfte müssen um 6 Uhr abends geschlossen werden. Die Ladeninhaber wie das Publikum haben sich vollständig daran gewöhnt. Die Einkünfte werden bis um 6 Uhr erledigt und die Angestellten der Geschäfte haben einen frühen Feierabend wie die anderen Arbeiter. In England (und in Deutschland nicht minder) glaubt man heute noch in vielen Orten, daß man erst um 9 Uhr, manchmal sogar erst um 10 Uhr, die Geschäfte schließen könne, und die Frauen sollen daran gerade am meisten die Schuld tragen, weil sie des abends am liebsten einkaufen. Wo die Frauen in dieser Frage ihre eigene Meinung zum Ausdruck bringen konnten, wie in Queensland, da haben sie deutlich gezeigt, daß sie den Hütern der bedrängten Pöbelangelegenheiten wohl verstehen. — In Berlin wartet man immer noch auf eine Entscheidung über die Petition für den Achtstundenschluß.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

WEISSE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche weisse Waaren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt,

zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Gardinen

Engl. Tüll-Gardinen	Fenster = 2 Flügel . . . 2 ⁵⁰ 3 ²⁵ 4 ⁰⁰ bis 14 ⁵⁰			
Engl. Tüll-Stores	Stück 1 ⁸⁵ 2 ⁶⁵ 3 ²⁵ bis 9 ⁰⁰			
Engl. Tüll-Bettdecken	f. 1 Bett Stück 1 ⁹⁵ 2 ⁷⁵ 4 ²⁵ 5 ²⁵			
Engl. Tüll-Bettdecken	für 2 Betten Stück 3 ⁷⁵ 4 ⁹⁵ 6 ²⁵ 8 ⁰⁰			
Engl. Tüll-Gardinen	Meter 30 45 70 Pf. bis 1 ⁴⁰			
Erbstüll-Bettdecken	für 1 Bett 7 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ bis 17 ⁵⁰			

Weisses Porzellan mit Goldverzierung

Tafelgeschirre Festonform	Goldrand und Linie
Speiseteller flach und tief	28 Pf.
Dessertteller	15 18 23 Pf.
Suppenschüsseln	2 ⁰⁰ 3 ²⁵ 3 ⁷⁵
Kartoffelschüsseln mit Deckel	1 ⁹⁵ 1 ⁹⁵
Salatièren vierreihig	28 42 75 Pf.
Bratenschüsseln oval	42 70 Pf. bis 1 ⁴⁵
Platten rund	1 ¹⁰
Saucièren	85 95 Pf.
Beilagenschalen oval	45 Pf.
Kaffeegeschirre neuconische Form	
Kaffeekannen	42 55 Pf. bis 1 ⁶⁵
Teekannen	80 Pf. 1 ⁰⁰
Milchkannen	12 15 bis 70 Pf.
Zuckerdosens	60 Pf.
Tassen	20 23 28 Pf.

Tafelgeschirre Festonform	m. Goldempra Guirlande
Speiseteller flach und tief	38 Pf.
Dessertteller	22 25 28 Pf.
Suppenschüsseln	3 ¹⁵ 5 ⁰⁵
Kartoffelschüsseln mit Deckel	2 ⁴⁵
Salatièren vierreihig	50 75 Pf. bis 1 ⁵⁵
Bratenschüsseln oval	95 Pf. 1 ⁶⁵ bis 2 ⁵⁵
Platten rund	1 ⁶⁵ 2 ¹⁰
Saucièren	1 ⁶⁵
Beilagenschalen oval	75 95 Pf.
Kaffeegeschirre neuconische Form	
Kaffeekannen	70 90 Pf. bis 2 ⁴⁵
Teekannen	95 Pf. 1 ²⁰ 1 ⁶⁰
Milchkannen	23 30 bis 95 Pf.
Zuckerdosens	65 85 Pf.
Tassen	28 35 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 6. Februar.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Königl. Opernhaus. Cavalleria rusticana, Johann von Paris.
Königl. Schauspielhaus. Uriet Nicola.
Deutsches. Die Räuber.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues. Baccarat.
Neues Schauspielhaus. Der Peter.
Anfang 8 Uhr.
Lesing. John Gabriel Borkman.
Berliner. Blaubart.
Kunspielhaus. Panne.
Schauspielhaus. Der rote Leutnant.
Schiller-Charlottenburg. Maria Stuart.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Schauspielhaus. König Heinrich.
Heddel. Maria Magdalena.
Komische Oper. Die Land.
Wehen. Ein Walzertraum.
Kleines. Mandragola.
Weiden. Bibl.
Luiten. Des Mädchens Lebensweg.
Trianon. Baron Loto.
Thalia. Immer oben auf.
Vorführung. Der Trompeter von Säckingen.
Theater an der Spree. Ein kritischer Tag.
Bernhard Hofe. Der große Gottlieb.
Bürgerl. Schauspielhaus. Fleckmann als Gelehrter.
Metropol. Das muß man leben.
Apollo. Miklan der Moderne.
König. Walzermahn.
Jolles Caprice. Mal was andres.
Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen.
Salomonisches Urteil.
Kaffee. Die Freuden der Hauslichkeit.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Vahage. Danny Gärtler. Spezialitäten.
Metropol. Stettiner Säger.
Guthay Wehrens. Ringkämpfer und Handball. Vöffe, sowie zwanzig Spezialitäten.
Carl-Gabriel-Theater. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.
Jolles Bergère. Spezialitäten.
Nr. 111. Lindenstraße 18/19.
Theater 8 Uhr: Antio und die Pyramiden.
8¹⁵ Uhr: Prof. Rathgen: Lithium und Ammonium.
Sternwarte. Anwaltsberk. 57/58.

Berliner Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Donnerstag, Freitag 8 Uhr:

Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Baccarat.
Freitag zum 1. Male:
Simon.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Gastspiel Ferdinand Bonn.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.

Mandragola.
Freitag: Mandragola.
Sonnabend: Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalena. 8 Uhr: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 7^{1/2} Uhr halbe Preile:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
König Heinrich.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Sein Prinzchen.
Sonnabend: Sein Prinzchen.
Sonntag 3 Uhr: Nathan der Weise.
Abends 8 Uhr: König Heinrich.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Freitag: Die Einführung aus dem Geroll.
Sonnabend: Die Handwerksleute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalena. 7^{1/2} Uhr: Don Juan.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Kienzl.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kollege Crampton.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Hermannsschlacht.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Phyllister. Hierauf: **Die Lore.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Phyllister. Hierauf: **Die Lore.**
Schiller-Saal (Charlottenburg).
Freitag 9 Uhr: Vortrag Dr. P. Oriel: Camille Saint-Saëns.

Volkstümliche Vorstellungen

zu ermäßigten Preisen
in der **Lortzing-Oper.**
Dienstag, 11. Februar: „Zauberflöte“. Oper in 3 Akten von Christoph Willibald Gluck.
Donnerstag, 13. Febr.: „Trompeter v. Säckingen“. Oper in 3 Akten u. 1 Dorf. v. Bürger. Musik v. Kehler.
Sonnabend, 15. Februar: „Troubadour“. Oper in 4 Akten von Verdi.
Preise der Plätze: Für Orchester und Barockorgel 5,00. Große und Balkonloge und Orchest.-Balk. 3,00. I. Par. 2,50. II. Par. 1,70. Rum. Par. 1,20. Mittelbalkon 1. u. 2. Reihe 2,00. Mittelbalkon 3. Reihe 1,70. Sillie 118 außer an der Logeplätze in den Logenreihen 1,00. Friedrichstr. 158: Carl Schmölke, Friedrichstr. 200: B. Reich, Friedrichstr. 191: Paul Rühl, Schöneberg, Martin-Luther-Strasse 81 und Köpenicker Damm, Charlottenburg, Goethe-Strasse 23. 300/16

Theater an der Spree.
Koppenstr. 98.
Anfang 8 Uhr.
Der kritische Tag.
Freitag, Sonnabend: Delusopolis.
Sonntag 3 Uhr: Radgewiesen.
Abends 8 Uhr: Der kritische Tag.

BERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Der große Gottlieb.
Anfang 8 Uhr. Nachmittagspreile.
Freitag: Der große Gottlieb.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 31.
Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Der eingebildete Kranke. (Geschlossene Vereinsvorstellung.)
Sonnabend 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Abends: Des Mädchens Lebensweg.
Sonntag nachm.: Wallensteins Tod.
Abends: Des Mädchens Lebensweg.
Montag: Des Mädchens Lebensweg.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 15022*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.
Hochwertigster Unterricht, auch in moderner Buchführung.
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Zirkus Schumann

Donnerstag, 6. Februar, 7^{1/2} Uhr:
Unvergleichliche Vorstellung.
Neuengagiert! Neuengagiert!
Mr. Resisto.
das elektrische Rätsel.
Neuestes Wunder aus Amerika.
Mr. Resisto löst 300000 Volt elektrisch tödlich wirkenden Strom zu verschiedenen Experimenten durch seinen Körper leiten.

Family Klein

sechs Personen mit dem urförmlichen Regier, und das hervorragende neue Programm mit der um 9^{1/2} Uhr beginnenden Pracht-Aufführungspantomime:

Amerika

mit eigens dazu engag. 120 schwarzen Leuten. Das Tagesgespräch in Berlin.

Happoldt's

Neuer Konzertsaal.
Donnerstag:
Großes Bockhertfest u. Ball.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Salomonisches Urteil.

Papa und Genossen

Ein Nachspiel zu
Beide Stücke mit den Autoren Anlon und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Publich allein!
Der Fall Blumentopf.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Heute abend 7^{1/2} Uhr prächtige **Gala-Vorstellung.**
Neu! Neu! Neu!
Die australischen Holzfäller.
Szenen aus dem austral. Busch. Auftreten des Herrn G. Stensbeck, Direktor des Berliner Tatterlaffs. Phänomenal! Phänomenal!
Aurora-Truppe
Kerner: Prof. Garionland aus Amerika! Das Phänomenalste auf dem Gebiete der Luftgymnastik, etc.
Um sechs 10 Uhr:
Auf der Hallig!
Dr. Kunst-Pant des Zirkus Busch.

Hebbel-Theater.

Königsgraber Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: **Maria Magdalena.**
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

Apollo Theater

9^{1/2} Uhr. Täglich: 9^{1/2} Uhr.
Miklan der Moderne.
Operette von F. Lehár.
In Szene gesetzt v. Direkt. R. Säter. Dirigent: Kapellmstr. J. Gindshofer. Mimant: **Hil Werber** als Gast.
Ab 8 Uhr: Die bedeutendsten neuen Ultratraktionen und La Belle Alaxia.
Sonntag 3^{1/2} Uhr: Familienvorstellung.

W. Noacks Theater

Direktion Rob. Dill. Kommissar!
Große Extra-Vorstellung!
Nur einmalige Aufführung!
Das Mädchen von Heilbronn.
Großes Ritterhausspiel von Kleist.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Freitag zum 25. Male: In der Ferne.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Baron Toto.
Sonn. nachm. 3 Uhr: Galtens Frauen.

Baustelle

200 Quadratrußen, Industriegegenb bei Teitow, Bauklasse 0 — drei Etagen — Gas, Wasserleitung, zum Preise von nur 20 Mk. pro Quadratruße zu verkaufen.
Anzahlung 2500 Mark, Rest mit 4^{1/2} Proz. auf langjährig Hypothek. Offerten unter K 5 an die Expedition des „Vormärts“.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörssaal 8 Uhr: Prof. Rathgen:
Lithium und Ammonium.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
8 Uhr. 8 Uhr.

„Bibl.“
Schwan in 6 Akten von de Gorge
und de Marlon.
Deutsch von R. Schöner.
Freitag Richard Alexander.
Sonntag, den 9. Februar, nachm.
3 Uhr: Der Gürtelbesitzer.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollaender. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schulte.

Bender, Giampietro,
Joseph, Thielcher,
Barmand, Massary.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 9. Febr., nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

WINTERGARTEN
7 6 5

Otto Reutter.

Les Fleury in ihren Pariser Typen.
De Dio, Phantasie-Tänze.
Sam Elton, komischer Jongleur.
Tiller girls: „Am Meerstrand“.
Cécile Thévenet, Sängerin von der
Opéra comique in Paris.
Kelly und Agnes, amerikanische
Exzentriker.
Recher, Affen-Theater.
Die goldene Siras.
Pomponette, Pariser Tänzerin.
Millmann Trio, Drahtseilakt.
Die 2 Rosen, gymnastischer Akt.
Der Biograph.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:

Danny Gürtler
der König
der Bohème
und das große Februar-
Programm!

Neue Welt
Salemstraße 108-114.
Größtes und originellstes
Bockbierfest
Groß-Berlins.
Gente:

**Kongreß der
schweren Männer.**
Prämierung der 3 schwersten.
3 Preise: 60, 40, 20 M.
Redungen bis 10 Uhr a. d. Kaffe.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.

Der Februar-Spielplan.
12 Attraktionen 12
Jede Nummer ein Schlager!
Haus in der Falle.
Schwan von S. Stephan.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Trubel.

Freie Volksbühne

Die Mitglieder der I. Abteilung, die die nächste
Vorstellung im „Berliner Theater“ am 21. April
(3. Osterfesttag), nachmittags, nicht besuchen können, müssen
ihre Adresse bis zum 1. März an die Geschäftsstelle ein-
senden. Ebenso werden die Mitglieder anderer Abteilungen,
die an Stelle der verhinderten Mitglieder am 3. Oster-
festtag die Vorstellung besuchen können, gebeten, ihre
Adresse anzugeben.

Wagner-Feier

Sonnabend, den 15. Februar, pünktlich 8 1/2 Uhr,
im **Mozartsaal,**

unter Mitwirkung des Mozartorchesters (Dirigent Kapell-
meister A. Mendel), des Violoncellisten Konzertmeisters Meyen
und der Wagnerlängerin Fräulein Lipai Kurz.
Festmarken à 90 Pf., Gastkarten à 1,25 M. in den Zahlstellen.

Freitag, den 7. Februar, 8 1/2 Uhr:
Lortzing-Theater: **Luisen-Theater:**
23. (III.) Abend-Abteilung. 21. (I.) Abend-Abteilung.
Die Entführung aus dem Serail. Der eingeheilte Kranke.

Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den 9. Februar, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater **Neues Schauspielhaus**
5. (6.) Abteilung: 10. (11.) Abteilung:

Ledige Leute. **Iphigenie auf Tauris.**

Freitag, den 31. Februar,
im großen Saal des Gewerkschaftshauses:

27. Kunstabend.

Lichtbildervortrag des Kunstschrift-
stellers Herrn J. A. Lux-Dresden.
Einlaßkarten in allen Zahlstellen von nächster Woche
ab zu haben. 240,00

Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

Stadt-Theater Moabit.

Moabit 47-49.
Donnerstag, den 6. Februar 1908:

Der Sonnwendhof.

Vollständiges Spiel in 5 Akten von
S. D. Rosenfeld.
Nach der Vorlesung:

Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Kasino-Theater.

Reichshallenstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint - Haus lacht
Reu! **Steldi-Duo.** Reu!
Reu! **Der komische Sägemer.** Reu!
Reu! **Kati Galtint.** Reu!
Die Freunde d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: **Siederleute.**

**Walhalla-
Variete-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr.

**Das großartige neue
Februar-Programm!**

Dressierte
Löwen, Tiger, Leoparden,
vorgeführt von R. Havemann,
und die übrigen stängebunden
== **Parladeskünster.** ==
Tunnel: **Waldierfest, Regiments-
kapelle** ufm.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Zum Schluß: Reu!
**Husaren-
Streiche.**

Anfang: 7 Uhr.
Sonnt. 7 Uhr.

Sanssouci

Kollbuser
Straße 8.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute sowie jed. Sonntag
und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Zubeinander Befall!
Der Säugling.
Beg. Sonnt. 5. u. Soabend. 8 1/2.

Butter

Best. Marken
naturrein Kuhbutter
10 Pf. - 1,25 M.
echt. Vienenböck 4,20 M., 3. Probe
1/2 Butter, 1/2 Conig 5.- R. Frau Toni
Andermann, Danczka Nr. 32 die Dreifach.

Honig

Best. Marken
naturrein Kuhbutter
10 Pf. - 1,25 M.
echt. Vienenböck 4,20 M., 3. Probe
1/2 Butter, 1/2 Conig 5.- R. Frau Toni
Andermann, Danczka Nr. 32 die Dreifach.

Hustentropfen

Aberrichtend
schnell
und sicher
Nur echt, wenn
mit Marke
„Medico“
beschriftet.
Nicht 20 Pf.

In allen Drogerien, und bei **Otto
Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

Wegen Erbschaft

suche die Oberfrau des Arbeiters **Karl
Schröder, Anna Weidfeld geb.
Dett.** geboren den 28. Januar 1865
zu Bällau. Auskunft erbittet
J. H. Plate,
Obstheim bei Neuhaus (Ostf.).

**Gustav
Behrens-
Theater.**

Berlin W.,
Goltzstr. 9.

Kampfer u. Kandidat,
urkomische Posse.
Kidd u. Kettle, amerik. Exzentriks.
Konkainija-Truppe, 4 Personen.
Zufoß Biograph.

16 erfrischende Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
10, 20 und 30 Pf.

Buggenstagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich

Albert Böhme

und das
großartige Februar-Programm.

Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die **allerersten Militär-
Kapellen:** Beder, Prymaroff,
Wörlich, Reumann, Offenb.
Völlig.

Generalversammlung

der **Wäbelfabrik „Einigkeit“**
G. B. m. B. H.
Die diesjährige ordentl. General-
versammlung findet Sonntag, den
16. Februar, vorm. 9 Uhr, in unserem
Konior, Röhmler Straße 154a, statt.

Tagesordnung:
1. Berichts des Jahresabschluss.
2. Bericht über die stattgefundenen
Revisionen.
3. Neuwahl des Vorstandes und
Aufsichtsrates.
4. Statutenänderung und Geschäfts-
liches. 29235

Die Bilanz liegt im Konior zur
Einsicht aus.
Der Vorstand,
J. Stephan, C. Finkbeiner.

**Deutscher
Waren-Einkaufs-Verein**

G. m. b. H. Berlin 47 G. m. b. H.

Fernsprecher:
Engrosslager Amt 8 No. 1029
Fernsprecher:
Hauptbureau Amt 6 No. 0004

**Unsere Berliner Hof-
Verkaufsläger befinden
sich**

Leipziger Straße 101-102,
Ecke Friedrichstr. (Equitable),
Chausseestr. 1a, „Hof“ (am Ora-
nienburg Tor),
Oranien Straße 60, „Hof“ (am
Moritz-Pl.),
Kreuzbergstr. 30,
Schöneberg, Hauptstraße 129
und **Feurinstr. 12, Versand:**
nur durch Zentrale Berlin SW. 47.

**Unsere Hof-Verkaufslä-
ger sind durch kleine
blaue Transparente
kenntlich gemacht.**

**Geschäftszeit werk-
täglich v. 8-1 Uhr und
2 1/2-9 Uhr. Sonntag vormit-
tag nur v. 8-10 Uhr.**

Rabattauszahlung 100%
erfolgt gegen Vorweisung der
Benachrichtigung bis Ultimo
Januar 08 Leipziger Str. 101/2.

Billige Rohabake.

Max Jacoby, Strellitzerstr. 32

**Sozialdemokratischer Verein
im fünften Berliner Wahlkreise.**

Sonntag, 9. Februar, abends 6 Uhr, in den **Union-Sälen,** Greifswalder Str. 222:

Versammlung.

Vortrag des Genossen Redakteur **Karl Wermuth:** Der Sozialismus und seine geschicht-
liche Mission. - Hierauf folgend: **Gefelliges Beisammensein und Tanz.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

VI. Wahlkreis

(Schönhauser Vorstadt).
Freitag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, in **Fräulein Allerlei-Theater,** Schönhauser Allee 148:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 234/16*

Der Kampf um das freie Wahlrecht in Preußen.

Referentin Genossin **Klara Zetkin-Stuttgart.**
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Sonnabend, den 8. Februar er., in den festlich dekorierten Sälen der „**Altienbrauerei
Friedrichshain**“ (am Königstor):

Gr. Wiener Maskenball.

Zwei Musikkapellen.

Einlaßkarten a 30 Pf. sind bei allen Bezirksführern, Bezirkskassierern und im Verbandsbureau in Empfang zu nehmen.
Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde und Bekannte sind hiermit freundlichst eingeladen.
Anfang 8 1/2 Uhr. (254/2*) **Der Vorstand.**

TALER!

Bürger-Kommission
Berlin und Vororte franco Haus.

Zucker Pfund 9 Pf.

1 Pfd. Ia. Zucker, gem. . . 0,09
1/2 Brot, ca. 2 Pfd. . . 0,23
1/2 Pfd. ff. Sahnen-Butter . . 0,65
2 Pfd. Ia. Tafelsalz . . 0,10
10 Schachteln Schweden . . 0,05
1 Pfd. Ia. Ringäpfel . . 0,54
1/2 Pfd. Ia. gebr. Kaffee . . 0,60
D. W. V. Mischung . . 0,18
1 Pfd. Ia. Rangen-Tafel-Reis 0,18
1 Pfd. Ia. gesch. Vikt.-Erdseen 0,13
1 Pfd. Eierbandwurst . . 0,33
in Summa Mark 3,00

Hierzu 1 Rabattkarte
mit 4 Marken **gratis!**

Für sämtliche vorherbezeichnete Kom-
missions-Waren (nur erstklassiger
Qualität) kann außerdem belie-
bigiger Ersatz aus Rubrik II unseres
Prospektes ausgewählt werden.

Ausführ. Prospekte über
42 ähnliche Kommissionen
größerer und kleineren Um-
fanges vorabfolgen ebenfalls
unsere nachstehend ver-
zeichneten Hofverkaufsläger
gegen Vorauszahlung von
10 Pf. einschließlich unseres
56 Seiten starken Haupt-
kataloges, i. S. 35 Pf. franko,
welche bei zweiter Kom-
missions-Bestellung zurück-
vergütet werden.

**Deutscher
Waren-Einkaufs-Verein**

G. m. b. H. Berlin 47 G. m. b. H.

Fernsprecher:
Engrosslager Amt 8 No. 1029
Fernsprecher:
Hauptbureau Amt 6 No. 0004

**Unsere Berliner Hof-
Verkaufsläger befinden
sich**

Leipziger Straße 101-102,
Ecke Friedrichstr. (Equitable),
Chausseestr. 1a, „Hof“ (am Ora-
nienburg Tor),
Oranien Straße 60, „Hof“ (am
Moritz-Pl.),
Kreuzbergstr. 30,
Schöneberg, Hauptstraße 129
und **Feurinstr. 12, Versand:**
nur durch Zentrale Berlin SW. 47.

**Unsere Hof-Verkaufslä-
ger sind durch kleine
blaue Transparente
kenntlich gemacht.**

**Geschäftszeit werk-
täglich v. 8-1 Uhr und
2 1/2-9 Uhr. Sonntag vormit-
tag nur v. 8-10 Uhr.**

Rabattauszahlung 100%
erfolgt gegen Vorweisung der
Benachrichtigung bis Ultimo
Januar 08 Leipziger Str. 101/2.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Ortsgruppe Berlin.
Freitag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „**Englischen
Hof**“, Neue Hofstraße 3:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Albert Kohn**
über: „**Arbeiterversicherung und Alkoholfrage**“. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 292/10

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Männer-Vortrag

Gente: „**Gesellschaftshaus Wedding**“, Müllerstr. 7. und
morgen Freitag: „**Arntshallen**“, Kommandantenstr. 59, abds. 8 1/2.

Jugendünden und Neurasthenie

erklärt am lebensgroßen Torso von **Dr. Grundmann.**
Eintritt 20 Pf., dafür Vortrag über die **Geisteskrankheiten**, **Deutscher Def.**
Naturgöttliche Sprechstunde 11-2, 6-8, Sonntag 10-12.

Kunst-Abend

arrangiert von **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende:

Margarete Walkotte Fräulein **Luxemburg**
Herr **Dr. Marx Möller** Violinvirtuosin & Fräulein
Frl. Käthe Dietz, Konzerts-
sängerin & Herr **Hans** **Ellenbeth Sonntag**
Fredy vom Apollo-Theater Pianistin u. Herr **Bernhard**
Nitzsche, Pianist a. Flügel.

Entree 60 Pf. im Vorverkauf. Abendkasse 75 Pf.
Anfang 7 1/2 Uhr. (292/12*) Anschließend **BALL**.
Vorverkauf bei Herrn **Horsch**, Engelufer 15.

Achtung! Vereine!

Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.
Sonntag, 8. März und 15. März, der große Saal mit
Ruhendäumen frei. Sonnabend, 21. März, großer Saal frei.
1. und 2. Cicerofesttag großer Saal mit Bühne frei.
C. Hoffmann, 7. 10628.

Handlungsgehülfen!

Wählt am Sonntag, den 9. Februar: Liste III, Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow-Weesow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 9. Februar, mittags 12 Uhr, im großen Saale des Volkshauses zu Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Paul S. i. r. i. c. h. - Charlottenburg.
2. Diskussion.
3. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
4. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
5. Anträge.

Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. — Gäste haben Zutritt. Der Zentralvorstand.

Lichtenberg. Am Donnerstag abend gelangen die Fragezettel für Arbeitslosenzählung zur Ausgabe. Austragung der Zettel am Freitag.

Friedersdorf-Petershagen. Heute abend 8 Uhr bei Gierle, Friedersdorf: Zahlreiches, zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Bossen. Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet eine außerordentliche Wahlvereinsversammlung im Restaurant Schmitz, Baruther Straße, statt. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, Wahl eines Parteipredigers und Verschiedenes. Wir bitten um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Stolpe a. d. Nordbahn (Hohen-Neuendorf). Am Sonntag, den 9. Februar, früh 9 Uhr, findet im Lokale der Witwe Bergemann in Stolpe der Jahrtag statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Kreis-Generalversammlung. Ueberritt zum Bezirk Reinickendorf-West und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Berliner Nachrichten.

Die Rückständigkeit im Berliner Schulwesen

Kommt recht krasch zum Ausdruck, wenn wir einen Vergleich ziehen mit dem Auslande. Als kürzlich eine Kommission von Kopenhagener Stadtverordneten hier in Berlin zum Studium verschiedener städtischer Einrichtungen weilte, hat man den Herren unter anderem auch unsere Schulen gezeigt. Und da ist es diesen Leuten besonders aufgefallen, daß die einzelnen Klassen eine so starke Frequenz aufweisen. Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ hat nun die neueren Volksschulen Kopenhagens eingehend beäugt und läßt sich über die dortige Klassenfrequenz und sonstige Einrichtungen wie folgt aus:

Der Kopenhagener Volksschullehrer nimmt auf die Charaktereigenschaften jedes seiner Schüler die größte Rücksicht. Das wäre bei der großen Schülerzahl in den Berliner Schulen ein Ding der Unmöglichkeit. Der Kopenhagener Lehrer kann aber seine Kleinen genau kennen; denn die höchste zulässige Schülerzahl ist 36; im allgemeinen beträgt die Zahl nur 30, ja, es gibt Klassen, die nur 18 Schüler haben! Folgender Zug ist charakteristisch: In einer Klasse der von mir besuchten Schule schlief ein kleiner Junge während des Unterrichts den Schlaf des Gerechten. Der Lehrer sah dies, wachte aber den Jungen nicht, sondern ließ ihn ruhig eine halbe Stunde schlafen; der Lehrer wachte, daß jener Junge um 1/5 Uhr aufgestanden war und vor dem Schluß der Stundenlang Milch austrug; er wachte, daß der Knabe erschöpft war und die halbe Stunde Schlaf brauchte. Dies vertrauliche Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler und zwischen Lehrern und Schulinpektoren — so nennt man in Kopenhagen die Direktoren der Volksschulen — ist charakteristisch; er scheint der Herr „Inspektor“ in einer Klasse, so haben sowohl Lehrer wie Schüler in der Kopenhagener Schule, wie ich mich selbst überzeugt habe, das Gefühl, daß sie ein guter alter Freund besuche, der ihnen wohl will. Feiert ein Kind seinen Geburtstag, so wird auf dem Katheder eine Danebrogflagge an miniaturgröße gehißt!

Für das Wohl der Kinder wird durch die Volksschulen in Kopenhagen außerordentlich viel getan. So werden in den strengsten Wintermonaten die Kinder, die aus den ärmsten Familien stammen — das sind etwa ein Drittel aller Schüler! — in der Volksschule umsonst gespeist. Durch die Schule werden auch Kleider und Schuhe unter die ärmsten Kinder verteilt. Die Volksschule verfügt über einen großen Vaberaum mit Tischen; ein Bad alle 14 Tage ist für die Kinder obligatorisch. — Die Klassenräume sind groß und hell; überall ist Dampfheizung eingeführt; die Ventilation ist vorzüglich und erfolgt durch erwärmte Luft. Die Schulgebäude sind oft von botanischen Gärten umgeben, jedenfalls alle neueren; in diesen Gärten sind etwa 300 Pflanzengattungen vorrätig. Zum botanischen Unterricht läßt der Lehrer heraufholen, was er braucht.

Die Mädchen lernen in den letzten Schuljahren perfekt Schneiden und Kochen. Zu diesem Zweck sind Schneiderateliers und Lehrküchen eingerichtet. In der Lehrküche kocht jede der höheren Mädchenklassen dreimal wöchentlich; die Kleinen essen an gemeinschaftlichen Tischen selbst, was sie zubereitet haben.

Man denke: In Kopenhagen ist die höchst zulässige Schülerzahl einer Klasse auf 36 festgelegt, bei uns beträgt sie 60, 62, 65 und in einzelnen Fällen noch darüber hinaus. Daß die Durchschnittsfrequenz in den letzten Jahren etwas zurückgegangen ist, ist nicht zum wenigsten dem ständigen Drängen unserer Freunde im Notend. Hause geschuldet. Wie rückständig aber unsere Schulverwaltung auf diesem Gebiete noch ist, beweist eine Bemerkung unserer Schuldeputation, die sie in einer den letzten Schulargzberichten vorausgeschickten Einleitung macht. Dort heißt es u. a.: „Die weitere Herabsetzung der Höchstbesetzungsziffer auf der Unterstufe ist insofern für die Organisation unserer Schulen nicht unbedenklich, als sie die Gefahr erhöhen würde, daß diese Klasse nicht genug Kinder erhalten und deshalb eingezogen werden müßte.“ Nach dieser Logik können also die untersten Klassen gar nicht stark genug besetzt werden. In Wirklichkeit ist natürlich das Gegenteil der Fall. Wenn die Kinder etwas lernen sollen, muß gerade die Frequenz in den untersten Klassen erheblich herabgesetzt werden. Nur so ist ein gedeihlicher Unterricht möglich. Unsere Schulverwaltung muß sich vom Ausland beschämen lassen.

Blut ist dicker als Wasser.

In der sonntäglichen Rubrik „Öffentliche Meinung“ des „Berliner Lokalanzeiger“ und des ebenfalls Scherkschen „Tag“ werden die Berliner Straßendemonstrationen in einer Weise behandelt, die man ganz besonders niedrig hängen muß. Zunächst kommt ein Abonnent, der seiner Angabe nach lange in England lebte, zum Wort, indem er die Berliner Demonstrationen mit den seit langer Zeit in England üblichen vergleicht. Sehr richtig bemerkt der Einsender, daß England das Land der Massenversammlungen auf freiem Felde und der Volksaufzüge in den Straßen sei. Im Winter durchwandern fast täglich viele Tausende von Arbeitslosen in geschlossenen Zügen die wichtigsten Verkehrsadern der Millionenstadt London. Fast jeder Streik und jede sonstige, die weitesten Kreise interessierende innerpolitische Angelegenheit ist der Anlaß dazu, daß das Volk seinen Willen in öffentlicher Form kundgibt und seinen berechtigtesten Gefühlen freie Luft macht. Aber obwohl bei diesen Veranstaltungen, wie es ja nun mal in jeder größeren Stadt der Fall sein wird, selbst der sogenannte Mob nicht fehlt, kommt es nur höchst selten mal zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei. Man hat eben in England längst eingeschaut, daß in unserer politisch hochbewegten Zeit derartige öffentliche Kundgebungen kein Kinderspiel sind, keine Ausgeburt der Lust an Unruhen und Wählerzeiten, sondern eine politische Notwendigkeit. Ist das Volk gut genug zum Steuern, so muß ihm auch die Möglichkeit geboten werden, ein kräftiges Wort mit dreinzureden, wenn schlechte Volksvertreter und noch schlechtere Gesetze den Kurs der Ausfagepolitik steuern. Und will das Volk eines Verfassungsstaates diese selbstverständliche Meinung öffentlich und großzügig den Nachbarn zum Ausdruck bringen, so darf es hieran solange nicht gehindert werden, als bis die öffentliche Sicherheit nicht in der empfindlichsten Weise gefährdet wird. Weil dieser Fall aber, wie gesagt, in England fast niemals eintritt, deshalb leistet die Polizei dort bei den Aufzügen geradezu Schrittmacherdienste. Die Polizei hat nicht blindwütig mit dem Säbel auf Wehrlose ein, die sich im Vertrauen auf das zu verlangende gestützte Vertrauen nicht zur Gegenwehr gerüstet haben, sondern sie geleitet fein säuberlich die Demonstrierenden mitten durch die Millionenmetropole an der Themse nach den Hauptversammlungsorten unter freiem Himmel. Nicht mal Spittel mischt sie ihnen, sobald dann die Volksredner ihre Krämpfe ausspielen, unter die Karten. Und weder Großmama Viktorias Thron, noch der Onkel Eduards hat jemals bei diesem einzig richtigen Prinzip gewackelt.

Wenn nun aber der Palm-Engländer weiter meint, daß Berlin für solche Demonstrationen, das heißt wohl für solche „Nachsicht“ der Polizei, nicht der geeignete Boden sei, so wird damit nur bewiesen, daß er die Londoner zu sehr lobhudelt und die Berliner zu wenig kennt. Am 12. Januar haben die Berliner Demonstranten den Beweis geliefert, daß sie vorzüglich organisiert und diszipliniert sind, mindestens ebenso gut wie die Engländer. Ihre Demonstrationen bewegten sich von Anfang an in musterhafter Ordnung, und lediglich dadurch, daß die Polizei sich als „politischen Weisenbuben“ aufspielte und gewalttätig einen Keil zwischen die Massen treiben wollte, wurde die Ruhe gestört und die Sicherheit des Publikums gefährdet. Die Hellden vom „Lokal-Anzeiger“ zerschören natürlich in einer geheimnismisshandeln Redaktionsbemerkung gleich wieder das Gute; das der Einsender anregt. Sie bekommen die politische Infuenza, einen wahren Schüttelfrost, und fassen von „allerlei Möglichkeiten“, mit denen bei uns die Polizei zu rechnen habe. „Möglich“ ist es auch, daß August Scherl wieder einen Adlerorden kriegt, diesmal den um den Hals zu bindenden, wenn er mit der Stahlfeder ebenso die Rechte des Volkes untergraben läßt, wie es ohne zwingenden Grund die blutige Polizeiarbeit mit der blanken Waffe getan hat.

Nicht Tage später fahren im Hofblatt a. D. ein paar merkwürdig übereinstimmende Bigbolde ein anderes Geschütz gegen die Demonstranten auf. Sie wollen nicht den unterschiedslosen Polizeisäbel, der ja auch auf ihren reaktionären Rücken zufällig mal blutige Striemen ziehen könnte. Sie fahren auch nicht nach Schießpulvern und Kruppschen Kanonen. Nein, ihr Kampfelement ist das reine, klare Wasser aus dem unterirdischen Berlin. Wäre die Sache nicht so fürchtbar ernst, man könnte darüber Tränen lachen. Also die „brave, beherzte“ Berliner Feuerwehr soll anrücken und mit den unartigen Demonstranten „kleine Wäsche, große Wäsche“ spielen. Das dumme Volk, bei dem ja die Feuerwehr vorläufig noch einen populären Stein im Brett hat, sieht neugierig zu, wie die Hydranten geöffnet und die wasserspeienden Rohre eingeseht werden. Auf ein gegebenes Zeichen des Herrn Polizeihauptmanns von Spritzer, der im Schmuck aller Orden und Ehrenzeichen erschienen ist, werden ein halbes Duzend Wasser-schläuche auf die Massen gerichtet... ohne Wahl zielt der Strahl... prustend und lachend färcmt die Menge auseinander, wie von Furien gejagt zurück nach den Quartieren des Elends... die Revolution ist aus!

Das reine Ei des Kolumbus, nicht wahr? Da ist es ja noch sehr nett, daß diese wihigen Staatsvertreter, denen der „Lokal-Anz.“ auf den Leim geht, nicht das Kolumbusci faul werden lassen und vorschlagen, die wohlthätige Macht des Wassers aus der — Kanalisation zu entnehmen. Bei uns ist freilich auch so etwas „möglich“.

Aber Scherz beiseite. Es ist eine bodenlose Gemeinheit, zu behaupten, daß neunzig Prozent der Demonstranten dem politisch verständnislosen Mob angehört und gar nicht gewußt haben, um was es sich eigentlich handele. Nur jemand, der vorfichtig in der Dunkelkammer blieb, als das Volk zeigen wollte, daß es auch nach ein Töndchen mitzureden hat, kann solche Unwahrheit in die Welt setzen. Und es ist freilich, mit einer derartigen Verdrehung der Wahrheit den angeborenen Haß der herrschenden Polizei gegen die Arbeiterbataillone noch zu schüren. Vielleicht lassen in April-Phryx ein paar dumme Jungen, die den Nachtwächter bei Tage angestickt haben, sich von der Ortsfeuerwehr ins Vordach jagen. Der Brand des berechtigten, systematisch grobgezogenen Unwillens, der tief im Volke lodert, läßt sich mit Wasser so leicht nicht löschen. Der kalte Wasserstrahl, der das Volk treffen soll, hat längst schon sein anderes Ziel erreicht — trotz aller Säbellei und Heherlei. Wer ernstlich mit der Feuerspritze die Forderung des Volkes nach dem Wahlrecht abtun zu können glaubt, der ist und bleibt ein kompletter Narr. Kögen solche und andere Leute, die die heiligsten Volksrechte auf der Nadelspitze balanzieren lassen, sich das von einem großen Herrn gern gebrauchte und angeblich von ihm selbst

erfundene Wort hinter die noch nicht trockenen Ohren schreiben: Blut ist dicker als Wasser!

Ein Motorbootbetrieb

soll von privater Seite auf dem Landwehrkanal zwischen dem Haleschen Tor und der Potsdamer Brücke eingerichtet werden. Es wäre die höchste Zeit für unsere städtische Verkehrsdeputation, so schreibt man uns, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob man auch die Wasserwege Berlins der Ausnutzung durch das Privatkapital überlassen soll. Zweifellos rentabel wäre beispielsweise eine Omnibus-Bootslinie von der Börse (Friedrichsbrücke) mit Anlegestellen an der Friedrichstraße (Weiden-dammer Brücke), Karlstraße (Aronprinzenbrücke), Alt-Moabit (Rottelbrücke) nach den Felten, die bisher gar keine regelmäßige Verbindung nach der Stadt haben. Für eine solche Linie, die später bis nach dem Panzerviertel und Charlottenburg verlängert werden könnte, genügt 10 Boote, deren Preis sich in brauchbarer Qualität insgesamt auf etwa 120 bis 150 000 M. stellen würde; eine Ausgabe, die im Etat der Stadt Berlin gar keine Rolle spielt. Mit 200 000 M. läßt sich die ganze Linie einrichten, deren Betrieb bei genügendem Wetterverkehr auf den Booten (Glasdeuben, Heizung durch Auspuff-gase) selbst im Winter nicht zu ruhen brauchte. Rehnlich könnte eine Linie auf der Oberspree vom Spittelmarkt in der Richtung nach Mummelsburg eingerichtet werden, wo der Winterbetrieb allerdings nicht möglich ist. Bei den geringen Betriebskosten der Motorboote sind solche richtig gelegten Linien zweifellos rentabel. Es ist nicht einzusehen, daß man den Gewinn aus solchen Privaten überlassen soll.

Das neue Fernsprekamt Ia wird nach amtlicher Mitteilung vom Publikum nicht immer in der richtigen Weise angerufen. Die Vermittlungsanstalt Ia in der Französischen Straße ist, wie berichtet, seit einigen Tagen im Betrieb. An das neue Amt sind die früher zum Amt I gehörigen Anschlüsse mit der Nummer 6000 und darüber angeschlossen. Hinsichtlich des Vermittlungsabienstes bildet die neue Anstalt Ia ein selbständiges Amt. Es hat nach sämtlichen übrigen Vermittlungsanstalten Berlins, der Vor- und Nachbarorte eigene Verbindungsleitungen. Um Verbindung mit einem der Anschlüsse Ia 5000 und höher zu erhalten, haben alle nicht zu Amt I oder Ia gehörenden Teilnehmer ausdrücklich das Amt Ia zu verlangen und nicht Amt I, wie dies noch vielfach geschieht. Will z. B. ein Teilnehmer des Amtes VI mit einem Teilnehmer des Amtes Ia sprechen und ruft zunächst Amt I, so muß das Amt VI erst das Amt Ia anrufen und zur Ausführung der Verbindung auffordern. Dieses Verfahren ist natürlich umständlich und verzögert den Betrieb. Es liegt deshalb im eigenen Interesse der Teilnehmer, Verbindungen mit Sprechtstellen des Amtes Ia nicht über Amt I, sondern unmittelbar von Amt Ia zu verlangen. In der Oktober-Ausgabe des Teilnehmer-Verzeichnisses des Berliner Bezirkes ist die Amtsbezeichnung Ia bei den in Betracht kommenden Anschlüssen schon überall angegeben. Häufig werden kurze Verzeichnisse von Anschlüssen, die oft angerufen werden, von den Teilnehmern selbst angefertigt und beim Sprechapparat angehängt oder aufgelegt. Es wird sich empfehlen, derartige Listen jezt zu berichtigen.

Das starke Ueberhandnehmen von Anzeigen, worunter im gewerblichen Leben immer mehr geklagt wird, tritt mit besonderer Deutlichkeit in dem statistischen Material hervor, das die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin für das Jahr 1907 gemeldet und in ihrem Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie veröffentlicht haben. Auf Grund dieses Materials fassen die Aeltesten ihr Urteil wie folgt zusammen: In welcher Weise sowohl im Korporationsbezirk wie in Deutschland das Ausstellungswesen überhand genommen hat, beweist die Tatsache, daß in Deutschland für das Jahr 1907 über hundert Ausstellungsprojekte betrieben wurden und immer neue Ausstellungspläne in der Luft schweben. Den mannigfaltigen Veranstaltungen, die mit Wesen und Zweck von Ausstellungen nichts zu tun haben, muß der Name Ausstellung als Deckmantel dienen. Ohne ein volkswirtschaftliches Bedürfnis allgemeiner Natur, namentlich auch ohne den Zweck der Förderung bestimmter Gewerbezweige pflegen solche Unternehmungen ins Leben zu treten und durch unläutere Mittel die Geschäftsleute zur Beteiligung anzulocken, insbesondere auch durch Zusagestellung von Auszeichnungen, denen die Träger der Ausstellung die Namen von „Diplomen“, „Medaillen“ usw. beilegen. Nach einer aufgestellten Tabelle beträgt in einigen Ausstellungen die Zahl der Prämierungen etwas mehr als die Hälfte der Zahl der Aussteller. In zwei Ausstellungen reicht die Prämierung an 95 Proz. der gesamten Aussteller heran. Alle diese Ziffern werden noch überboten von den wirklichen Schwindelausstellungen, die sich jeder Nachprüfung und Statistik entziehen. Die allgemeine Tendenz gegenüber dem Ausstellungswesen: Abkehrung der allumfassenden Universalausstellungen und Beförderung der Fachausstellungen trat auch in unserem Korporationsbezirk deutlich hervor.

Gefährliche Landung eines Militär-Luftschiffes. Eine Fahrt durch Schneesturm machte am Dienstag ein Militär-Luftschiff, welches gegen 10 Uhr vormittags auf dem Uebungsplatz in Tegel aufgestiegen war. Der Ballon wurde nach östlicher Richtung abgetrieben und fuhr in verhältnismäßig langsame Fahrt über Köpenick und Friedrichshagen hinweg. Gegen 2 Uhr mittags geriet das Luftschiff in der Nähe von Hartmannsdorf bei Friesen-walde in einen heftigen Schneesturm, der die Führer des Ballons, drei Offiziere, veranlaßte, einen Landungsversuch zu unternehmen, um so mehr, als der Ballon durch den heftigen Sturm abwärts gedrückt wurde. Das Luftschiff wurde aber dem Dorfe zugetrieben und jagte in so geringer Höhe über die Dächer der Häuser hinweg, daß eine Katastrophe fast unvermeidlich erschien. Die Gondel streifte ein Scheunendach und rief dieses ab. Fast die gesamten Dorfbewohner waren zur Hülfleistung herbeigezogen und mehreren Männern gelang es jezt auch, die herabhängenden Seile des Ballons zu ergreifen und letzteren festzuhalten. Nun konnte die Landung innerhalb des Dorfes ohne Schwierigkeiten vollzogen werden. Der Ballon wurde nach Fängschleufe gebracht und von dort mit der Bahn nach Tegel überführt.

Das Auffinden von Kindesleiden häuft sich in der letzten Zeit in recht bedenklicher Weise. Auch gestern wurde uns wieder uoer einen Leichenfund berichtet. In dem Hause Friedenstr. 9 wurde der Leichnam eines wenige Tage alten Mädchens entdeckt. Er war im Hausflur in einer Ecke niedergelegt worden. Ob hier ein Kindesmord vorliegt, wird erst durch die Obduktion festgestellt werden. Die Leiche war in rosa Packpapier eingeschüllt.

Töblicher Mord in den Kanalisationskassett. Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern nachmittag in der Prinz-Heinrich-Straße zugezogen. Dort werden gegenwärtig Kanalisationsarbeiten vorgenommen. Der Arbeiter Franz Pesche aus der

Magmillant. 8 war damit beschäftigt, über den etwa fünf Meter tiefen Kanal Bretter zu legen, um dadurch Uebergänge für die Passanten zu schaffen. Bei dieser Arbeit wurde B. vom Schmelz befallen und kopfwärts stürzte er in den Schacht hinab. Er schlug mit dem Kopfe auf die unten eingestramten Pfähle auf und erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch. Außerdem zog er sich innere Verletzungen sowie einen Oberarmbruch zu. In hoffnungslosem Zustande fand der Verunglückte im Krankenhause am Friedrichshain Aufnahme.

Todeszug eines Babstänigen aus dem Fenster. Die Tat eines Geisteskranken rief vorgestern Abend in der Schillingstraße ungewöhnliches Aufsehen hervor. Der 39 Jahre alte Arbeiter Anton Engelhardt, der mit seiner Familie in der vierten Etage des Hauses Schillingstr. 20 wohnte, war schon wiederholt in der städtischen Irrenanstalt in Herzberge interniert gewesen. Erst kürzlich war er wieder von dort als geheilt entlassen worden. Vorgestern Abend kam bei dem Unglücklichen plötzlich wieder der Wahnsinn zum Ausbruch. Der Kranke rief in seinem Zustande das Fenster auf und stürzte sich vor den Augen seiner im Zimmer anwesenden Angehörigen auf die Straße hinab. Mit geschmetterten Gliedern blieb er auf dem Bürgersteige liegen. Unter den Händen eines hinzugerufenen Arztes starb er bald darauf.

Schwer verletzt wurde gestern Mittag 12 Uhr der Hausdiener Nordt, der bei der Firma Leo Landa, Kaiser-Wilhelm-Straße 20, beschäftigt ist. Er war mit einem Handwagen unterwegs und wurde von einem Omnibus der Linie 27 angefahren. Nordt kam zu Fall, erhielt mehrere Hufschläge von dem Pferd und wurde 20-25 Meter mitgeschleift, bevor die Pferde zum Stehen kamen. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der Verletzte nach der Unfallstation in der Kleberstraße gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt.

Leblos getrunken hat ein Ehepaar S. in der Schweinmörder Str. 44. Eine Nachbarin vernahm später ein bedächtiges Röcheln, das aus der S.'schen Wohnung herausdrang. Man ließ die Tür daraufhin gewaltsam öffnen und fand das Ehepaar leblos im Bette liegend auf. Auf dem Fußboden lag die Glaskanne. Es wurde den beiden Lebensmüden der Magen ausgepumpt und ihre Entleerung in das Lazarettkrankenhaus veranlaßt. Der Zustand des Ehepaares ist recht bedenklich.

Die Ursache zu diesem Schicksal liegt in schwerer Not, veranlaßt durch Krankheit und Sclerose.

Der Biletthandel für Theater und Circus steht noch wie vor in flüchtiger Eile. Hierzu schreibt uns ein Leser:

„Ich beabsichtige, am Sonntag einen Circus zu besuchen, bekam aber leider keine Biletts. An der Kasse war alles ausverkauft außer 3 und 5 Mark-Plätzen. Diese konnte ich mir aber nicht leisten. Nachdem der Circus eröffnet war, traten die Händler in Aktion. Dieselben hatten Biletts zu allen Plätzen, und nicht zu wenig; mir wurden Biletts, welche 1 M. kosteten, zu 1,50 M. angeboten, was ich aber ablehnte. Dagegen will ich aber darauf, daß die Polizei nicht sieht. Es fanden mehrere Schupsteine um die Kasse und dabei 5 bis 6 Händler und boten Biletts an, aber kein Schupmann sagte etwas.“

In manchen Fällen verfährt die Polizei entgegengekehrt. Und sind Fälle bekannt, daß die Polizei Privatpersonen, die an der Kasse des Circus für sich ein Biletts kaufen wollten, in barischer Weise fortweist, weil sie fälschlicherweise annahm, daß es sich um Händler handle. Also einmal so und einmal so. Uebrigens wird es nicht leicht sein, diesen Biletthandel aus der Welt zu schaffen, so viel auch gerade die Direktionen der Circus dagegen getan haben.

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich gestern Mittag in der Kaiserin-Augusta-Allee in der Nähe des ehemaligen Steuerhauses. Dort fuhr ein mit Eisentellen beladener Wagen durch die Unvorsichtigkeit des Führers seitlich gegen einen in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 54, der nach dem Bahnhof Hüttenstraße ausfuhr. Der Privatwagen schleuderte und rief die neben demselben gehende, Liebenwalder Straße 46 wohnhafte Witwe Blau um. Gleichzeitig stürzte ein Teil der Ladung von dem Wagen herunter und fiel der am Boden Liegenden auf den Kopf. Die W. erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde zunächst nach der Unfallstation in der Hüttenstraße gebracht und von dort auf ärztliche Anordnung nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Zwei Schirme sind in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69, Hof pariere, stehen geblieben. Die Eigentümer wollen sich melden.

Das Variété. Im Februarprogramm des Passage-Theaters nimmt die Akrobatik und Gymnastik einen breiten Raum ein. Lustgymnastiker wechseln ab mit Handakrobatik; die Leistungen gehen aber nicht über das Mittelmaß hinaus. Gewaltige Anforderungen an die Nerven stellt ein aquilibristischer Akt auf rollender Kugel. Mit verbundenen Augen balanciert Hassan eine rollende Kugel mit den Füßen auf einem Gerüst bis zu einer beträchtlichen Höhe. Man atmet erleichtert auf, wenn das gefährliche Experiment vorüber ist. Den größten Teil des Abends füllt Danny Garter aus. Ein sonderbarer Mensch, dieser Garter. Der Wahnsinn wird zur Methode. Bald feiert er mit brüllenden Worten den Arbeitmann, um in gleichem Atemzuge den Kaiser und Dismarck herauszubekommen und sie zum Kampf gegen Zentrum und Pfaffenamt aufzurufen. Ein monarchischer Sozialdemokrat, wie er sich einmal nannte. In den höchsten Tönen befragt er Heinrich Heine, dem er selber ein Denkmal setzen will, wie er zwischen durch erzählt. Dabei verläßt er sich mit dem Publikum in Beziehung zu setzen und so das Interesse an seiner Person und seinen Vorträgen wach zu halten. Dadurch bringt er es fertig, dem Publikum Sottisen zu sagen, die es einem anderen sehr viel bemerkter würde. Verschämtheit ist nicht seine Sache, er hat sich auch selbst als König der Bohème getront. Wenn Garter so weiter arbeitet, wie er das am ersten Abend seines Wiederauftretens im Passage-Theater tat, daß er eine gefällige Stunde lang die Zuhörer in Atem hielt, möchten wir um kein sonderes Organ, aber auch um seinen Verstandeskräften bangen. Zum Schluss wurde dem Heineckendärmer Garter ein Prälat in Gestalt einer Heinebüchse gesendet; erst da erlaubte er übrigens seinen Zuhörern „mit ihren Augen, Berliner Weizbierbräu“, ihm Applaus zu spenden.

Im Wintergarten beherrscht Otto Reutter das Programm. Otto Reutter ist Dichter und Humorist, beides zugleich. Seine Vorträge sind Scherz und Witz und von größter Aktualität. Wie er den „Klotz“ als ein unnatürliches Verhältnis verspottete, wie er dessen Miß und Fröhe aufzeigte und sein baldiges Ende drohete, das mußte recht sympathisch an. Dieser politische-satirische Vortrag gehörte eigentlich vor ein Arbeiterpublikum, in dem Herr Reutter dankbarer Zuhörer finden würde. Man hätte sich wohl auch hier, oder nur weil es Reutter war. Auch seine sonstigen Darbietungen waren recht nett; ihnen könnte man Stundenlang zuhören, ohne zu ermüden. Die Vortragstare ist es, die fesselt. Auch sonst bietet das Wintergartenprogramm recht gute Spezialitätennummern.

Im Berliner Aquarium bieten dem Besucher die sogenannten Stilllebenbecken, welche Angehörigen der verschiedensten Gattungen wirbelloser Seetiere die Bedingungen eines beschaulichen Daseins erklären, reichen Stoff zu ansiegender Beobachtung und belehrender Unterhaltung, wie er ihn anderswo nicht findet. In den fast nie ausgehenden Arten kommen hin und wieder neue. So ist auch die höchst absonderliche Klasse der Noctiere, sehr kleine, feinstehende und zu rindern, oder moosblatt-, und farnähnlichen Kolonien verbundene Lebewesen, durch einige neue Vertreter, die den wissenschaftlichen Namen Nuriogona führen, ergänzt worden. Nicht als Einzelne, sondern als eigenartige, durch Anordnung und Teilung entstandene Tierkörper sind auch die Schwämme anzusehen, unter denen sich insbesondere ein an Korallen erinnernder Gitterschwamm durch sein prächtiges Rot hervorragt. Das Rot- und Farbenspiel erfährt nach reiche Ausgestaltung durch die in Bau und Aussehen so abwechslungsreichen Schlammblätter, von welchen nicht nur verschiedene See- und Schlangensterne, sondern auch mehrere Seeigel und einige der langgestreckten Holothurien oder Seequalen aufstehen.

Im Zoologischen Garten sind zwei seltene und interessante Glühwürmchen eingetroffen, von denen das aus Borneo kommende

Schwarzrückenichthorn durch seine absonderliche, gleichmäßig gelbbraune Färbung, mit breitem schwarzen Längsstreifen auf der Oberseite und schwarzweiß meliertem Schwanz, jedem Besucher des neuen Raquetierhauses sofort auffällt. Eine zweite Form, das sogenannte Zwergichthorn, ist in Ostafrika heimisch und trägt einen graugelben Pelz. Die frisch importierten Tiere lieben es noch, sich den Bliden der Besucher nach Möglichkeit zu entziehen. Die Raquetierammlung des Gartens umfaßt gegenwärtig circa 70 verschiedene Formen und gewährt damit einen trefflichen Einblick in den Artenreichtum dieser Tiergruppe.

Feuerwehrbericht. In der vorletzten Nacht wurde die Feuerwehr nach dem Untergrundbahnhof am Leipziger Platz gerufen. Anruf am Feuermelder war die Ursache. Gleichzeitig hatte der 20. Zug am Kollnmarkt 12/18 zu tun, wo im Keller ein Gasometer undicht geworden war. In der Gellingstr. 8 brannten abends Immobilien und in der Anhaltstr. 15a eine Bretterwand und anderes in einem Hotelzimmer. Wohnungsbrände mahlten in der Eldenerstr. 9, Bergmannstr. 15 und Schminstr. 7 gelöscht werden. Der 8. Zug mußte in der Schweinmörderstr. 18 einen Brand löschen, der auf dem Boden ausgekommen war und den Fußboden, Hausatm usw. ergriffen hatte. Der 8. Zug wurde wegen eines Brandes nach der Stallgasse 133 alarmiert. Das Zwischengehäll stand dort in Flammen. Ferner hatte die Wehr noch in der Heringstr. 8, wo Betten und Möbel brannten, am Alexanderufer 3 und an anderen Stellen zu tun.

Arbeiterversicherung und Alkoholfrage. Die Bedeutung des Alkoholgenusses für die Gesundheit und Lebenshaltung der Arbeiterklasse tritt in den Erfahrungen, die in der Praxis der Arbeiterversicherung gemacht werden, besonders stark zutage. Daher wird es von allgemeiner Interesse sein, daß ein erfahrener Krankenkassenleiter, Genosse Albert Kohn, in einer am Freitag, 7. Februar, im Englischen Hof, Neue Mohrstr. 8, stattfindenden öffentlichen Versammlung dieses Thema behandeln wird. (Siehe auch Inserat.)

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Gewerbegerichtswahlen in Rixdorf. Die Wahl der Arbeitgeberbeisitzer zum Gewerbegericht findet am Montag, den 9. März, in der Zeit von 4-7 Uhr nachmittags statt. Die Wählerlisten hierzu sind bereits seit dem 1. Februar auf die Dauer von 8 Tagen, also bis zum 8. Februar, werktäglich in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Gewerbebureau des Magistrats, Erdstraße 20, 1 Treppe, Zimmer Nr. 7, zu jedermanns Einsicht ausgelegt. Es werden daher die Arbeitgeber ersucht, ihre Aufnahme mindestens 3 Tage nach beendeter Auslegung in die Wählerliste bewirken zu lassen.

Als Arbeitgeber im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes und des § 10 des Crisostatuts gelten diejenigen selbständigen Gewerbebetreibenden, die mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbebetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. Hausgewerbebetreibende, die selbst zwei Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, gelten als Arbeitgeber, wenn sie ihren Gewerbebetrieb gemäß § 14 der Gewerbeordnung angemeldet haben.

Die Parteigenossen werden ersucht, von vorkommendem Kenntnis zu nehmen und die ihnen bekannten Arbeitgeber an ihre Pflicht zu erinnern.

Die Wahlen der Arbeitnehmer finden am Sonntag, den 8. März, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags statt. Wir betweisen hiermit schon auf die erscheinenden Bekanntmachungen.

Das Gewerkschaftsamt Rixdorf.

J. A. Heinrich Schulz, Innstr. 9.

Der Storch auf der Straße. Auf offener Straße gab es gestern nachmittag ein „freudiges Ereignis“. Ein Schupmann fand vor dem Hause Berliner Straße 88 eine junge Frauensperson auf, die soeben einem kräftigen Knaben das Leben geschenkt hatte. Mutter und Kind wurden in einer Droschke nach dem Siechenhaus gebracht.

Ueber einen Raubfall auf den Kohlenhändler Franke. Prinz-Handjery-Straße 51 wohnhaft, berichteten wir auf Grund einer Korrespondenz in der Dienstagsnummer. Es wird uns nun andererseits mitgeteilt, daß von einem Raubfall auf Franke gar keine Rede sein könne. Bereits vorige Woche, am Donnerstag, Abend gegen 1/2 11 Uhr, nicht wie angegeben, in der Nacht zum Montag, sei Franke in die Prinz-Handjery-Straße gekommen und einigen jungen Leuten begegnet. Zwei von diesen, kaum der Schule enttratt, hätte Franke bereits zu arbeiten auf dem Kohlenplatz herangezogen, wofür sie aber noch kein Geld von Franke bekommen hätten. Ein etwas älterer Bursche habe, als ihm die Jungen das erzählten, einige Bemerkungen gegen Franke fallen lassen, worauf letzterer mit dem Hauschlüssel auf den jungen Burschen eingeschlagen habe. Hieraus hätten sich die jungen Burschen zur Wehr gesetzt. Nach trafe es nicht zu, daß Franke 170 M. Geld entwendet worden sei. Die jungen Leute seien polizeilich festgehalten, aber sofort wieder entlassen worden. Schon daraus ergäbe sich, daß von einem Raubfall auf F. keine Rede sein könne.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion an den Rixdorfer Magistrat betreffs Ergriffung von Maßnahmen gegen die zurzeit herrschende Arbeitslosigkeit steht heute nachmittag 5 Uhr in der öffentlichen Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit einer Petition, in welcher eine Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse verlangt wurde, namentlich handelte es sich um eine Weiterlegung der Linie H nach der sogenannten „Insel“. Der Magistrat wurde schließlich aufgefordert, mit der Straßenbahngesellschaft wegen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Verbindung zu treten.

Eine Petition der Mittelschullehrer um Erhöhung ihrer Alterszulagen wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Dem Wunsche der Stadtverordnetenversammlung, vom Magistrat eine Zusammenstellung der wirtschaftlichen Bürger Schönebergs und deren Steuerleistung zu geben, ist der Magistrat nachgegeben. Nach dieser Zusammenstellung gibt es in Schöneberg 26 002 wahlfähige Bürger, die insgesamt 4 1/2 Millionen Mark Steuern aufbringen. Die Zahl der wahlfähigen Hausbesitzer beträgt 902 und die von denselben ausgebrachte Steuerleistung 1 1/2 Millionen Mark. Die liberale Fraktion beantragt bei dieser Gelegenheit, den Magistrat zu ersuchen, eine Petition an den Landtag zu senden, worin die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs verlangt wird. Nach kurzer Aussprache wird die Beratung des liberalen Antrages bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Sodann wird beschlossen, eine gemischte Deputation einzusetzen, die für die künstlerische Ausgestaltung der öffentlichen Plätze und Gebäude und für die Unterstützung künstlerischer und kunstgewerblicher Bestrebungen besorgt sein soll.

Eine längere Debatte brachte der Entwurf des Stadtparks. Von Seiten der Unabhängigen Vereinigung wurde verlangt, die Angelegenheit zu verschleppen. Andererseits wurde gefordert, daß nun endlich mit der Anlegung des Stadtparks der Anfang gemacht werden

müsse. Der Entwurf wurde schließlich einer Kommission zur Vorbereitung überwiesen.

Die Wahlenforderung des Stadts. Dr. Hoffberg gegen den Stadtverordnetenvorsitzer Lohausen hat gestern vor dem Kriegsgericht eine überaus milde Sühne gefunden. Hoffberg wurde zu einem Tage Zerstung verurteilt. Wirklich ein billiges Vergnügen.

Charlottenburg.

Die Freie Volkshöhle Charlottenburg spielt in diesem Monat Diegands satirisches Lustspiel: „Philipp“ und Hartzlebens Schwan: „Die Lore“. Die Vorstellung der 1. Abteilung ist am Sonnabend, den 8. Februar, die der 2. Abteilung schon am Freitag, den 7. Februar. Die Karten müssen am vorhergehenden Tag gekauft sein, die 2. Abteilung hat also spätestens heute zu kaufen.

Wilmerdorf.

„Der Sozialismus und seine geschichtliche Mission“ lautete das Thema, über das Genosse Wermuth in der letzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins referierte. — Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Goddans, Krüger und D. Riedel gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten bemerkte Genosse Hinrichsen, die Delegierten mögen dafür eintreten, daß die begonnenen Demonstrationen namentlich mit erhöhter Energie fortgesetzt werden möchten. Seitens des Vorstandes wurde zur Kenntnis gegeben, daß eine Reorganisation unserer Expedition baldigst erfolgen müsse, da unser bisheriger Expeditur sehr Amt am 1. April niederlege und auf einen Ertrag unter denselben Verhältnissen nicht zu rechnen sei, weshalb man sich mit einem Dringlichkeitsantrag an den Vorstand gewandt habe. Gegen eine Reorganisation wurde Einspruch erhoben und der Vorstand beauftragt, über den Betreffenden nähere Erkundigungen einzuziehen.

Alt-Glienitz.

Eine von 400 Männern und Frauen besuchte Versammlung nahm am vorigen Freitag Stellung zu der Lebensmittelvertheuerung. Genosse Heintz hielt an stelle des verhinderten Genossen Käter das Referat. Die Versammlung folgten den Darlegungen mit größter Aufmerksamkeit und nahmen zum Schluß einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die Lebensmittelvertheuerung richtete.

Ober-Schönevide.

Wegen schwerer Mißhandlung ihres Kindes ist die Frau eines Schriftsehers V. verhaftet worden. Hierüber wird berichtet: Die Polizei hatte eine Mitteilung erhalten, daß die V. ihre 11-jährige auferhebeliche Tochter Gertrud Gramm in entsetzlicher Weise mißhandelt. Bei einer daraufhin in der Wohnung der V. vorgenommenen Feststellung wurde das Mädchen auf dem Abort, auf dem es seit Wochen ununterbrochen weilen und auch schlafen mußte, in geradezu erdärmungswürdigen Zustände aufgefunden. Der rechte Fuß war der Kleinen total erfroren, sämtliche Nerven wund und zertrümmert, von der Kleinen Beine fehlten zwei Glieder, von der zweiten Beine das Kniegelenk. Das Bein war mit Geschwüren bedeckt und die Haut an demselben zum Teil verschwunden. Auch an dem linken Fuß des Kindes waren große Frostwunden vorhanden. Das Mädchen hatte auch auf dem Abort, dessen Fenster Tag und Nacht geöffnet war, essen müssen. Geschlafen hat es auf einem Strohsack, als Decke diente überfrierende Lumpen. Die Kleine V. war im Ernährungs- und Gesundheitszustand derart jurid. geblieben, daß sie den Eindruck eines 7-jährigen Kindes machte. Auf Veranlassung eines hinzugezogenen Arztes wurde das Mädchen nach dem Rummelburger Krankenhaus übergeführt, doch befindet es sich in einem derartigen Zustande, daß es zweifelhaft erscheint, ob es am Leben erhalten werden kann. Die unnaurliche Mutter, die noch zwei auferhebeliche Knaben hat und diese besser behandelt, wurde sofort verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis in Köpenick gebracht.

Weißensee.

In der aufbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Kohl den Vorstandsbericht. Durch die Reichstags- und Gemeindevorsteher-Ergebnisse, meine Redner, sei die Tätigkeit eine äußerst rege gewesen. Es haben stattgefunden acht öffentliche, neun Wahlvereins- und eine Anzahl Wähler-Versammlungen; ferner 23 Vorstandssitzungen. Der gedruckte vorliegende Halbjahres-Rassenbericht weist eine Einnahme von 2430,42 M. und eine Ausgabe von 2104,87 M. auf. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1907 1105 Mitglieder. — Die Bibliothek enthält zurzeit 875 Bände. Benutzt wurde dieselbe 63mal. Sodann berichtete Genosse Fuhrmann über den Stand der Reorganisation. Ein Antrag des Genossen Wolff, alle Extraausgaben des „Vorwärts“ künftig auch am Tage der Ausgabe in den Vororten zur Verteilung zu bringen, wurde der Reorganisationkommission überwiesen. — Den Bericht der Lokal-Kommission erstattete Genosse Hoffmann.

Die Neuwahlen der Funktionäre ergaben folgendes Resultat: Kohl, 1. und Diez, 2. Vorgesender; Liebenow, Kassierer; Kerlich, Schriftführer; Paulert und Wedow, Bibliothekare; Kaufhold, Lender und Guth, Revisoren; Andres, Krause und Joberner, Lokal-Kommission; Wendert, Kohnert und Paul Schulz, Reorganisationkommission. Ferner wurden beauftragt als Abteilungsleiter: Vorwärts, Aras, Weber, Knecht, Fuhrmann, Gudow, Wiese für Heinersdorf und Hinrichs für Birkenwerder. Als Delegierte für die Kreis-Generalversammlungen und Groß-Berlin wurden gewählt sämtliche Abteilungsleiter, der Vorsitzende und Genosse Dreikreis. Als Ersatzdelegierte die Genossen Malke und Diez.

Spandau.

Uegen des Vorgehens der Polizei am 12. Januar protestierte am Dienstagabend im Ulrichschen Lokal in der Havelstraße eine stark besuchte öffentliche Versammlung. Auch eine große Anzahl Frauen hatte sich dazu eingefunden. Genosse Pflieger geistelte in scharfen Worten das Verhalten einiger Polizeibeamten, namentlich des Polizeiergenten Bohm und des Polizeikommissars Marks gegen ruhig ihres Weges gehende Steuerzahler. Des weitern kritisierte er das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten sowie des Oberbürgermeisters gegenüber der sozialdemokratischen Interpellation und unterzog das Verhalten des Polizeibeamten Bohm bei der Verurteilung des Genossen Gospodar, wofolbst dieser Unterbeamten des Jenos über die Inschriften auf den Kranzkränzen spielte, einer scharfen, aber gerechten Kritik. Seine Ausführungen fanden bei den Anwesenden großen Beifall und mancher Phisair ertönte, wenn der Redner die einzelnen Inschriften der Beamten gegen wehrlose Männer und Frauen schilderte. In der Diskussion machte der Stadtverordnete Genosse Wiewer den Spandauer Arbeitern den gerechten Vorwurf, bei der letzten Stadtverordnetenwahl so wenig ihre Schuldigkeit getan zu haben. Sie selbst trügen die Schuld, wenn die sozialdemokratische Fraktion jetzt nur noch vier Mann stark sei und nicht mehr die Macht habe, gewichtig gegen die anderen bürgerlichen, den Arbeitern feindlich gegenüberstehenden Stadtverordneten vorzugehen. Die Genossen Sirehke meinte, daß das Vorgehen der Polizei am 12. Januar eine Aufrechterhaltung für gewisse Schlämmlinge gewesen sei und für unfere Sache sehr gut agitiere. Sie richtete an die Frauen die Mahnung, sich bei künftigen Demonstrationen stärker zu beteiligen, da die Demonstration auch dem Frauenwahlrecht gelte. Es beteiligten sich außerdem noch die Genossen Richter, Steinwedel, Wiede und Wöhe an der Diskussion. Nach einem Schlusswort des Referenten wie des Vorsitzenden Genossen Sator, der zur Organisation aufarbeitete, wurde die interessanteste Versammlung mit einem Hoch auf das allgemeine freie Wahlrecht geschlossen und mit kräftigem Gesang der Arbeitermarxialisie legten die Massen in Bewegung, um den gefüllten Saal zu verlassen. Vor dem Lokal patrouillierten verschiedene Polizeibeamte. Es wurde ihnen aber jeder Grund zum Einbrechen genommen, indem sich die Versammlungsbesucher ruhig und verhältnismäßig schnell entfernten. Das Ulrichsche Lokal in der Havelstraße hat jetzt der Genosse Wöhe übernommen, und hat die Arbeiterkraft Spandaus dadurch auch einen Saal im Zentrum der Stadt zur Verfügung.